

## **Universitäts- und Landesbibliothek Tirol**

### **Innsbrucker Nachrichten. 1854-1945 1926**

25.2.1926



Unabhängige Tageszeitung mit Wochenbeilage

und mit der illustrierten Monatschrift „Bergland“.

Für nicht verlangte Einlieferungen an Redaktion und Verwaltung wird keinerlei Haftung übernommen, auch eine Verpflichtung zur Rückführung wird nicht anerkannt. - Eigentümer, Verleger und Drucker: Wagner'sche Universitäts-Buchdruckerei in Innsbruck, Esterlstraße 5. - Verantwortlicher Schriftleiter: J. E. Langhans. - Für den Inseratenteil verantwortlich: Rudolf Wagner.

Vertrieb: Schriftleitung Nr. 750

Bezugspreise: Im Inlande monatlich 5 40, mit Zustellung ins Haus 5 60. Einzelnummer 20 Groschen. Sonntagsnummer 30 Groschen. Mit Postzusendung monatlich 5 60. Deutschland monatlich 5 50; in das übrige Ausland monatlich 5 70. Mit Postzusendung nach Süditalien oder Italien monatlich Lire 16.-, Einzelnummer Lire 1.70 (-.80). Postsparkassa-Konto 52.677.

Vertrieb: Verwaltung Nr. 751

Die Bezugsgebühr ist im vorhinein zu entrichten. Bei Preisveränderungen wird die Lieferungszeit nur nach erfolgter Nachzahlung eingehalten. Jedes einmal eingeleitete Bezugsverhältnis währt bis zum Ende desjenigen Monats, in dem die schriftliche Abmeldung erfolgt. Entgeltliche Entwürdigungen im redaktionellen Teile sind mit einem Anzeiger und einer Nummer kenntlich gemacht.

Nummer 46

Donnerstag, den 25. Februar 1926

73. Jahrgang

Wochenkalender: Montag, 22. Petri St. r. Dienstag, 23. Romana. Mittwoch, 24. Quat., Matthias. Donnerstag, 25. Walpurga. Freitag, 26. Alexander. Samstag, 27. Veander. Sonntag, 28. 2. Rem. Rom.

## Ein italienisch-jugoslawischer Bündnisvertrag.

### Die Verhandlungen Rincic' in Rom. - Berichtigung der italienisch-jugoslawischen Grenze?

Wien, 25. Februar. (Priv.)

Wie dem „Neuen Wiener Tagblatt“ aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, wird von Rincic und Mussolini in Rom ein weitgehender italienisch-jugoslawischer Garantiepakt unterzeichnet werden, dessen Geist in einem Offensiv- und Defensivbündnis beruht. Beide Staaten garantieren sich alle ihre Grenzen. Bei dieser Gelegenheit soll auch die Interessens- und Aktionskugel der beiden Staaten abgegrenzt werden und es wird auch zu einer Berichtigung der italienisch-jugoslawischen Grenze kommen. Rincic wird in Rom nicht nur im Namen Jugoslawiens verhandeln, sondern auch im Auftrage Dr. Veneschs die bedeutendsten internationalen Probleme zur Sprache bringen. Vocarno, Deutschland und die Anschlussfrage werden den Gegenstand der römischen Beratungen bilden. Dieser Ministerzusammenkunft wird deshalb größte Bedeutung beigemessen.

Es wird hervorgehoben, daß Italien und Jugoslawien die gleichen Interessen zu vertreten haben, die durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund tangiert werden könnten. Die pan-germanistische Bewegung für den Anschluß Österreichs an Deutschland sei gerade in der letzten Zeit mit größtem Nachdruck betrieben worden und sie werde daher den Gegenstand einer gewissenhaften Prüfung bilden müssen.

Es wird im Laufe der Konferenzen ein gemeinsamer Aktionsplan der beiden verbündeten Staaten entworfen werden.

Das „Giornale d'Italia“ schreibt zur römischen Reise Dr. Rincic, das Wiedererleben des pan-germanistischen Blockes beginne sein; unausbleiblichen Frucht zu zeitigen. Jeder wisse, daß die Erhaltung der gegenwärtigen Situation in Zentral- und Osteuropa von der Unantastbarkeit Österreichs abhängt. Wenn Österreich von Deutschland annektiert würde, würde das von der Friedensverträge geschaffene Gleichgewicht umgestoßen werden. Italien habe Österreich schon erklärt, daß es nie und nimmer den Anschluß Österreichs an Deutschland gestatten werde und derselben Ansicht seien auch die Nachbarstaaten. Seit einiger Zeit wurde in Belgrad der Gedanke erweckt, den mit Italien abgeschlossenen Freundschaftspakt zu erweitern in dem Sinne, daß man konkrete Abschlüsse schloße, um Deutschlands Drang nach den Süden aufzuhalten. Der Besuch Rincic's in Rom hänge mit dieser Situation zusammen und aus diesem Grunde könne ihm eine überaus große Bedeutung zu.

Die Reise Rincic's sowohl nach Rom als auch nach Paris soll aber auch zu einem anderen Zweck erfolgen. Rincic habe nach Mitteilungen der jugoslawischen Blätter auch die Absicht, seine Kandidatur für den Vorsitz in der Märztagung der Völkerbundversammlung aufzustellen und wolle sich um die Unterstützung Mussolini's und Briand's bewerben.

## Neuordnung der italienischen Marine.

### Besprechungen Mussolini's mit der italienischen Admiralität.

Rom, 25. Febr. (Priv.) Mussolini hat gestern die italienische Admiralität empfangen. Nach dem amtlichen Berichte hat er sich lange Zeit mit dem Unterstaatssekretär für Marine affektuiert unterhalten, wobei einige wichtige Fragen, darunter die Neuordnung der italienischen Kriegsmarine besprochen worden sind. Es wurde für die nächsten Tage eine neue Besprechung angesetzt, an der auch der Finanzminister teilnehmen wird.

## Mussolini baut Ueber-Dreadnoughts.

London, 25. Febr. (Priv.) Hier sind glaubwürdige Berichte aus Rom eingetroffen, wonach Mussolini gestern nachmittags in einer Konferenz mit dem Flottenchef, die mehrere Stunden dauerte, beschlossen haben soll, ohne Mitteilung der Generalität des Parlamentes eine Flotte von ganz großen Draggsschiffen zu bauen. Die neuen Schiffe sollen von einem noch nie dagewesenen Typ sein und gegenüber allen Schiffen der anderen Flotten einen vollen Vorprung und eine

ähnliche Ueberrasschung darstellen, wie seinerzeit die Dreadnoughts. Diese Nachricht habe in England Beunruhigung hervorgerufen.

## Der Kampf gegen das italienische Schuldenabkommen in Amerika.

Washington, 25. Febr. Die Opposition Amerikas gegen das Schuldenabkommen mit Italien gewinnt immer mehr an Boden, so daß man von einem offenen Konflikt zwischen Senat und Regierung reden kann, da Präsident Coolidge das Abkommen dringend empfahl.

Nach einer Mitteilung der demokratischen Führung im Senat sind kaum ein halbes Duzend Senatoren für die Ratifizierung. Senator Borah erklärte, daß mindestens 20 republikanische Senatoren gegen den Vertrag seien. Man nimmt an, daß die Opposition, um der Ratifizierung aus dem Wege zu gehen, einen Antrag auf Verweisung des Abkommens an den Auswärtigen Ausschuss stellen werde, dessen Vorsitzender bekanntlich Borah ist. Man glaubt nämlich, es werde sich bei den Verhandlungen herausstellen, daß Mussolini eines seiner berühmtesten ungeschicktesten Telegramme an die Vereinigten Staaten geschickt hat. Jedoch konnte keiner der Senatoren sagen, ob ein solches Telegramm tatsächlich angekommen ist.

Jedenfalls besteht bei der Opposition die Zuversicht, daß der Anschluß den Vertrag ad acta legen werde. Da Präsident Coolidge die Annahme des Vertrages äußerst dringlich gemacht hat, glaubt man durch dieses Verfahren den Vertrag am sichersten abbrechen zu können.

## Bundeskanzler a. D. Dr. Seipel über den Zwischenfall mit Italien.

Wien, 25. Febr. Bundeskanzler a. D. Dr. Seipel gab bei einer Versammlung des christlichsozialen Vereines in Hinblick einen Ueberblick über die politische Lage, wobei er unter anderem ausführte, daß die große Beunruhigung, die in den letzten Wochen die europäische Politik beherrschte, drei Ausgangspunkte habe. Zunächst latte der unmittelbare bevorstehende Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund seine Schatten vorauswerfen. So sehr dieses Ergebnis im Interesse der Konsolidierung der Nachkriegsverhältnisse immer erwünscht wurde, gibt es doch in einigen der Siegerstaaten Gruppen, bei denen die Befürchtungen, es könnten wesentliche Veränderungen im Kräfteverhältnis innerhalb des Völkerbundes eintreten, überwiegen. So erklärt sich auch die große Nervosität bezüglich der Anschlussfrage.

Der zweite Ausgangspunkt der politischen Unruhe war Italien. Glücklicherweise ist inzwischen vom italienischen Ministerpräsidenten selbst unzweideutig festgestellt, daß von Italien kein bewaffneter Vormarsch über die durch den Vertrag von Saint Germain gezogenen Grenzen und also auch keine Kriegsgefahr droht. Alle Einschätzungen werden es unserem Bundeskanzler danken, daß er so rasch die beruhigende Aufklärung herbeigeführt hat. Freilich in Tirol brennt die Wunde, die diesem Lande durch den Friedensvertrag zugefügt wurde, zu stark, als daß man seinem Volke jede Regung des Mißgeföhles mit den Brüdern jenseits des Brenners und jede Neuforderung dieses Mißgeföhles verwehren und irgendwo in der Welt verdrängen könnte. Die Tiroler läßen in den letzten Tagen starke Kritik an der außenpolitischen Rede des Bundeskanzlers. Aber auch sie werden sich neuerlich überzeugen, daß die Politik der Bundesregierung Italien gegenüber die einzig mögliche und dabei eine durchaus würdige ist. Diese Ueberzeugung wird sich umso eher durchsetzen, je deutlicher die Tiroler sehen werden, daß wir anderen Oesterreicher in unseren Geföhlen durchaus mit ihnen übereinstimmen.

Eine dritte Sache endlich, die eine gewisse internationale Beunruhigung erzeugte, war das Unglück, das Ungarn getroffen hat. Anders kann man die Frankenscheriffen nicht benennen. Es ist ein Unglück für ein Volk, wenn Leute, die glauben, in der Politik sei jedes, auch ein verbrecherisches Mittel erlaubt, sich hemmungslos zu betätigen versuchen. Sie haben es verschuldet, daß Ungarn nurmehr in ein böses Gerüde in der ganzen Welt gekommen ist und sich die Einmischung des Auslandes in das gerichtliche Untersuchungsverfahren gefallen lassen

muß. Oesterreich ist, Gott sei dank, von dieser Affäre in keiner Weise berührt und es hat auch keiner der ehemals feindlichen Staaten den Versuch gemacht, Oesterreich in diese Angelegenheit hineinzuziehen. Dieses ist der österreichischen Sozialdemokratie vorbehalten gewesen.

## Mussolini's Angst vor dem Anschluß.

### Oesterreich soll wieder einmal aufgeteilt werden.

London, 25. Febr. (Priv.) „Daily Express“ veröffentlicht Mitteilungen seiner Spezialkorrespondentin über angebliche Pläne Mussolini's. In diesen Mitteilungen wird behauptet, daß Mussolini ungefähr zwei Wochen vor seiner Rede, die in ganz Europa so unliebsames Aufsehen erregt hat, in Belgrad wieder in bezug auf das alte Projekt einer neuerlichen Aufteilung Oesterreichs sondieren ließ. Schon vor zwei Jahren war Italien bekanntlich mit ähnlichen Anregungen hervorgetreten. Die Angst vor dem Anschluß Oesterreichs an Deutschland gilt als treibende Kraft bei diesen Plänen.

Der satirische „Levere“ sagt: Den Anschluß würde Italien aufs ärmste bekämpfen und mit der Ueberfreitung des Brenners beantworten. Man denke auch nicht, daß Italien ein Auge zudrücken könnte, wenn Südtirol durch eine zweite Auflage von Vocarno garantiert würde, denn der Anschluß wäre das Wiederleben von Mitteleuropa und der Bedrohung Triests. Wenn gesagt werde, Oesterreich sei nicht lebensfähig, so liege die Schuld an den seitenden österreichischen Kreisen, die weiterhin von einem Tage zum anderen leben. Der Völkerbund habe die Frage mit zu wohlwollender Güte behandelt und Italien müsse demnach in Wien radikale chirurgische Operationen dieser Frage vornehmen.

## Die wirtschaftliche Annäherung an das Deutsche Reich.

W. Wien, 24. Febr. Die Blätter melden: Oesterreich hat in Wien eine Beratung der Präsidenten der österreichischen Handelskammern stattgefunden, die sich hauptsächlich mit den Vorbereitungen dieser Wirtschaftsorganisationen für die Enquete im Handelsministerium befahzte. Einen breiten Raum nahm auch in dieser Konferenz die Besprechung über die Möglichkeiten und Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Annäherung an das Deutsche Reich ein, wobei sich eine volle Ueber einstimmung mit den Vertretern der Länderkammern ergab.

## Gegenseitige Schutzpflicht in Oesterreich und Preußen.

W. Berlin, 24. Febr. Der preussische Landtag unterzog heute den Gesetzentwurf betreffend den Staatsvertrag zwischen Preußen und Oesterreich über die gegenseitige Durchführung der Schutzpflicht ihrer in dem anderen Staate wohnenden Staatsbürger der ersten Beratung, worauf die Vorlage dem Ausschuss zugewiesen wurde.

## Festlicher Empfang von Oesterreichern in Magdeburg.

W. Berlin, 24. Febr. In Magdeburg wurde gestern etwa 500 Mitglidern des österreichischen Schutzbundes, die nach dem Ausgange des Hamburger Reichsbannerlages an ihrer Rückreise in die Heimat der Elbstadt einen Besuch abstatteten, ein festlicher Empfang zuteil. Am Bahnhof begrüßten Reichsbannerkameraden die Gäste mit klingendem Spiel. Dann ging es zum Alten Markt, wo Magistratsrat Boehme eine herzliches Willkommen darbot. Für die Gäste ergriff Vizebürgermeister Pichler (Wiener-Neustadt) das Wort. Der Feier wohnte eine große Zuschauermenge bei, die den österreichischen Brüdern zusahelte. Am Nachmittag traten die Gäste die Weiterreise an.

## Putzer und Stresemann fahren nach Genf.

W. Berlin, 24. Febr. Die Reichsregierung erörierte in der heutigen Kabinettsitzung die mit der bevorstehenden Genfer Tagung des Völkerbundes zusammenhängenden Fragen, wobei sich volle Einmütigkeit der Auffassung ergab. Reichskanzler Dr. Putzer und Reichsaußenminister Dr. Stresemann werden sich als Vertreter des Reiches nach Genf begeben.

## Berufung eines kommunistischen Reichstagsabgeordneten.

W. Königsberg, 25. Febr. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Urbans wurde bei dem Versuche, mit einem falschen Paß die Ostgrenze zu überschreiten, verhaftet. Urbans hat wegen Beteiligung an dem seinerzeitigen Aufruhr noch eine längere Freiheitsstrafe zu verbüßen.

### Der geplante Besuch des tschechoslowakischen Außenministers in Wien.

Aus parlamentarischen Kreisen.

Wien, 22. Februar.

Seit etwa drei Wochen laufen zwischen den Wiener und Prager amtlichen Stellen Verhandlungen über eine Zusammenkunft des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Kamel mit dem Außenminister der tschechoslowakischen Republik Dr. Benesch. Den äußeren Anlaß zu dieser Begegnung soll der Abschluß eines österreichisch-tschechoslowakischen Schiedsvertrages sein, der seit geraumer Zeit in Beratung steht und, wie versichert wird, einen wertvollen Ausbau der völkerechtlichen Beziehungen Oesterreichs zu den anderen Staaten bedeuten würde. Die Wahrheit scheint zu sein, daß man in Wien bemüht ist, die möglichen außenpolitischen Wirkungen der beabsichtigten Reise des Kanzlers nach Berlin durch eine gleichzeitige Zusammenkunft mit Dr. Benesch abzuwehren, um nur ja nicht in Paris oder London anzukommen. Oesterreich kann begreiflicherweise aus seiner durch den Genfer Staatsvertrag bedingten Abhängigkeit nur langsam und schrittweise seine politische Freiheit zurückgewinnen und es muß nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen noch immer Rücksichten haben, die, wenn man die Mentalität der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung richtig einschätzen dürfte, besser unterbleiben würden. Eine Auseinandersetzung zwischen Wien und Prag hätte im Augenblick allerdings auch ihre besondere Bedeutung, wenn man die letzten Ereignisse in Südtirol und die scharfe Kontroverse mit Mussolini beachtet. Rom und Prag sind in der österreichischen Frage alte Rivalen und der Gegensatz zwischen der Außenpolitik Italiens und jener der Tschechoslowakei ist in den letzten Jahren mehr als einmal deutlich in Erscheinung getreten. Aber dieser Gegensatz ist doch immer nur sozusagen rein subjektiv. In der Abneigung gegen Wien finden sich häufig genug Berührungspunkte.

Dr. Benesch hat in der Zeit nach dem Abschluß des Sanacé-Vertrages reichlich ein Duzendmal in Wien seine Visitenkarte abgeben wollen, aber ein eigenes Verhängnis brachte es mit sich, daß die geplante Reise immer wieder, oft genug in allerletzter Stunde, abgefragt werden mußte. Die tschechoslowakische Politik war in der Vorbereitung eines solchen Besuches in Wien immer den denkbar ungünstigsten Weg gegangen und die Reise mußte unterbleiben, um einen Eklat zu vermeiden. Es ist nabelegend, in dem Augenblicke, da wieder einmal eine Zusammenkunft zwischen dem österreichischen Bundeskanzler und dem tschechoslowakischen Außenminister angekündigt wird, die Erinnerung an diese Vergangenheit aufzufrischen. Ein solcher Rückblick kann nur lehrreich sein, aber er ist vielleicht auch notwendig, um von vorneherein eine gewisse Distanz festzuhalten.

Dr. Benesch wollte das erstemal im November 1924 nach Wien kommen, um hier persönlich den österreichisch-tschechoslowakischen Handelsvertrag zu unterzeichnen. Man hatte damals in Wien an den Abschluß dieses Uebereinkommens große Erwartungen geknüpft, weil man hoffte, daß mit der erzielten wirtschaftlichen Verständigung in gewissem Sinne auch eine politische Verständigung Hand in Hand gehen würde. Der erbitterte wirtschaftliche und Verkehrskampf, der nach dem Kriegsende von Prag aus gegen Wien geführt wurde, war zusammengebrochen, da man einsehen mußte, daß sich der ardenwahnstümmig überspannte Gedanke einer wirtschaftlichen Souveränität der Tschechen praktisch nicht verwirklichen ließ. Dazu kam damals nach der Annahme des Dawesplanes die Angst vor dem Wiedererstarken Deutschlands und so wurde man in Prag nachgiebiger und entgegenkommender. Aber diese freundliche Geste fand sehr rasch ihr Ende, als die Politik der Prager Regierung wieder in die Mentalität der Vorkriegszeit zurückfiel und in Wien den Erbfeind des tschechoslowakischen Volkes erblickte. Der damalige Regierungswechsel in Oesterreich nach dem Rücktritt Dr. Seipel erleichterte Dr. Benesch seine Abreise. Dr. Seipel hatte kurz vor seinem Rücktritt in einer sehr deutlichen Wendung nach Prag erklärt, Oesterreich sei nicht darauf zu haben, einseitig in irgend eine Kombination von Staaten einzutreten. Es wüßte die Herstellung seiner wirtschaftlichen Freiheit nach allen Seiten hin und lehne jede Kombination ab, deren Spitze sich gegen einen bestimmten Staat richten könnte. Diese Erklärung war die Ablehnung der österreichischen Regierung, an einer wirtschaftlichen Einreiseung Deutschlands teilzunehmen, als Dr. Benesch zu jener Zeit mit dem Gedanken einer wirtschaftlichen und Zollannäherung der Nachfolgestaaten in die Weltanschauung trat.

Die Reise Dr. Benesch's wurde auf später verschoben, immer wieder angekündigt und immer wieder unterlassen. Es war ein eigenes Verhängnis, daß sich die politische Atmosphäre im selben Augenblicke verschlechterte, als von Prag aus der Gedanke einer Zusammenkunft mit dem verantwortlichen Leiter der österreichischen Politik ventiliert wurde. An politische Zusammenkünfte zu glauben, besteht kein Anlaß. Am wenigsten kam ein solcher Zufall wohl bei dem letzten angefragten Besuch im Mai des Vorjahres in Betracht. Die Verhandlungen beim Völkerbund boten damals den Anlaß zu einer neuerlichen Erörterung des österreichischen Problems, das übrigens in Prag ohne besonderen Grund auch bei der Besprechung des deutschen Garantiepaktes zur Diskussion kam. Viel Freundlichkeit für Oesterreich hatte diese Diskussion nicht gezeigt. Dr. Benesch war etwas nervös geworden, vielleicht aus Fränkung darüber, daß Chamberlain im gleichen Zusammenhang unter lebhaftem Lachen des englischen Unterhauses seine erfolglose Geschäftigkeit festzustellen hatte. Aber Nervosität allein konnte nicht entschuldigen, was Benesch auf der Bukarester Konferenz der Kleinen Entente über Oesterreich damals sprach, dem er ohne jeden Grund den Vorwurf einer Expression vorwarf. Man erinnert sich noch, wie damals die nationalen Kreise Wiens offen mit Demonstrationen drohten, wenn Benesch trotzdem die Taktlosigkeit besäße, unmittelbar nach diesen Äußerungen nach Wien zu kommen. Die österreichische Regierung hat damals in Prag erucht, die Reise nach Wien besser zu unterlassen und diese diplomatische Liebenswürdigkeit mußte Benesch wohl als einen

Appell an sein Schamgefühl werten. Der Wink war deutlich genug, Dr. Benesch blieb zu Hause.

Fast scheint es, als ob auch der jetzige Plan einer Reise nach Wien politisch nicht sehr glücklich vorbereitet wurde. Es ist in den letzten Tagen sowohl in Wien als auch in Berlin von amtlichen Stellen sehr deutlich der Gedanke der Volksgemeinschaft unterstrichen worden und die Rede Dr. Stresemanns wendete sich ausdrücklich auch gegen die Unterdrückung der Deutschen in der Tschechoslowakei. Oesterreich hat sberlich nicht die Absicht, sich in die internen Angelegenheiten anderer Staaten einzumengen, aber man wird es ihm nicht verübeln, wenn es die Bedrängung der deutschen Stammesgenossen in den verlorenen Gebieten mißfällt, ob dies nun in Südtirol, in Polen oder in der Tschechoslowakei erfolgt. Der Abwehrkampf der Deutschen in der Tschechoslowakei gegen die tschechischen Sprachverordnungen, die das Deutschtum dort national völlig entrechten sollen, hat auch in Oesterreich einen starken Widerhall gefunden. Materieell kann Oesterreich den Deutschen in der Tschechoslowakei nicht helfen, aber moralisch leiht es ihnen aus dem Gedanken der deutschen Volksgemeinschaft jede Unterstützung. Die politische Stimmung zwischen Wien und Prag ist durch die Erlassung der Sprachverordnungen sicher nicht verbessert worden. Und Dr. Benesch wird wenig Freude an den Kommentaren der österreichischen Presse erleben, — wenn er den Plan einer Wiener Reise sehr tatsächlich verwirklichen sollte.

**Prag, 23. Febr.** Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch trifft auf der Reise nach Genf Samstag, den 6. März, früh, in Wien ein, wo er den Tag als Gast der österreichischen Regierung verbringen wird. Es ist möglich, daß Bundeskanzler Dr. Kamel dem tschechoslowakischen Außenminister bis zur Grenze entgegenfährt und ihn auch ein Stück des Weges nach Genf begleitet.

### Das Kleinrentnerproblem.

**W. Wien, 24. Febr.** Der Kleinrentnerunterausschuß hielt heute vormittags eine Sitzung ab, in der zunächst Berichterstatter Dr. Schumacher erklärte, daß er den von der Regierung ausgearbeiteten Entwurf des Kleinrentnergesetzes als seinen Entwurf übernehme. Bezüglich der gestrigen Erklärungen des Ministers Dr. Resch gab er dem Wunsch Ausdruck, daß nur die Abgaben der Hypothekarschuldner, deren Liegenschaften dem Mieterschutz unterliegen, mit der Änderung des Mietengesetzes in Verbindung gebracht werden mögen. Die übrigen werden sofort in Kraft treten. Weiter verlangt er namens des christlichsozialen Antrags, daß die Vermögensgrenze, gegenüber der ein Anrecht auf die Behandlung der Kleinrentner gegeben ist, statt mit 20.000 mit 15.000 Kronen festgesetzt wird.

Abg. Böhl erklärt, er könne die Stellungnahme seiner Fraktion noch nicht präzisieren, beziehe aber schon jetzt den Paragraphen, der den Grundlag: Ein Schilling ist gleich 10.000 Papierkronen, aufstellt, als unannehmbar. Ebenso spricht er sich entschieden gegen eine Veräußerung der Kleinrentnerfrage mit der Novellierung des Mietengesetzes aus.

Obmann Dr. Angerer verwies in längeren Ausführungen auf die Beschlüsse des großdeutschen Parteitages in Angelegenheit der allgemeinen Aufwertung.

Die Verhandlung wurde sodann vertagt. Die nächste Sitzung des Unterausschusses dürfte an dem der nächsten Sitzung des Nationalrates folgenden Tagung stattfinden.

### Erläuterungen zum Entwurf des Kleinrentnergesetzes.

**W. Wien, 24. Febr.** Um Mißverständnissen hinsichtlich der gestrigen Erklärungen des Bundesministers für soziale Verwaltung über das Kleinrentnergesetz vorzubeugen, wird amtlich mitgeteilt: Nach dem Entwurf ist von Eigentümern von Liegenschaften, auf denen vor dem 1. Jänner 1919 pfandrechtliche Forderungen begründet wurden, die ohne Gold- oder Silberverpflichtung auf österreichische Kronen oder österreichische Währung lauten, falls diese Forderungen nach dem 30. September 1919 getilgt wurden oder noch auszahlen, auf je volle 100 Kronen Nennbetrag der Forderung durch zehn Jahre an den Kleinrentnerfonds ein jährlicher Beitrag von 10 Groschen zu entrichten. Die Beitragspflicht entfällt, wenn die auf der Liegenschaft haftenden Forderungen zusammen 10.000 Kronen nicht übersteigen. Diese Bestimmung findet auf Pfandforderungen, die auf Gebäuden haften, solange für deren Zinsrücklagen das Mietengesetz vom 7. Dezember 1922 maßgebend ist, keine Anwendung, das heißt, die Beitragskosten für diese Pfandforderungen werden erst fällig, wenn das Mietengesetz eine Abänderung erfährt.

### Der Minister und sein Adjunkt.

Bei der letzten Kabinettskrise wurde der Präsident des Tiroler Landeskulturrates, Abg. Thaler, auf den Posten des Akteradministers berufen. An die Berufung knüpfte sich eine längere Vorgeschichte, die Minister Thaler aber kaum bekant gewesen sein dürfte. Minister Thaler war sich deshalb des Gewichtes seiner Stellung als Minister kaum bewußt. Wäre dies anders gewesen, hätte er im Kabinettsrate gewiß verhindert, daß dem Kanzler die Zustimmung zu seiner Antwort auf die Rede des italienischen Ministerpräsidenten erteilt wurde.

Präsident Thaler wurde doch deshalb als Minister berufen, weil die nieder- und oberösterreichischen Agrarier seinen Mann aus ihrer Mitte zur Unterzeichnung des ungarischen Handelsvertrages zur Verfügung stellen wollten. Aus diesem Grunde ist Minister Buchinger gegangen und er wurde nicht durch einen oberösterreichischen Abgeordneten ersetzt, weil die niederösterreichischen Bauer einerseits und die oberösterreichischen Kröndbauern andererseits, mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse ihrer Produktion, einer Begünstigung der ungarischen Konkurrenz unmöglich zustimmen konnten. Die Tiroler Bauern als ausgesprochene Jäger werden naturgemäß weder durch das ungarische Getreide noch durch den ungarischen Wein besonders tangiert. Minister Thaler

kann deshalb dem ungarischen Handelsvertrag seine Zustimmung erteilen, ohne seine Stellung in Tirol zu gefährden. Es ist wohl keine Uebertreibung, wenn man sagt, daß der Handelsvertrag mit Ungarn, nach österreichischen Verhältnissen gemessen, mit Thaler fällt oder steht.

Diese Situation scheint Minister Thaler nicht rechtzeitig überblickt zu haben. Nachdem er die Sache aber richtig erkannt hatte, dürfte es zu spät gewesen sein. Minister Thaler ist vorsichtiger geworden. Dies zeigt die geplante Berufung des Regierungsrates Preindl auf den Posten des kommerziellen Direktors der Bundesforste. Für die Berufung des Reg.-Rates Preindl dürften bei Minister Thaler nicht allein landsmannschaftliche, sondern auch andere Interessen ausschlaggebend gewesen sein. Minister Thaler ist in seiner Stellung zumindest für das Prosperieren der österreichischen Bundesforste verantwortlich. Dieses Prosperieren hängt im Augenblicke weniger von dem forsttechnischen als von dem kaufmännischen Direktor ab. Gerade der forsttechnische Direktor wird in bezug auf den österreichischen Wald eine ganz andere Stellung einnehmen, als der kaufmännische Leiter des Wirtschaftskörpers österreichischer Bundesforste. Minister Thaler wird aber als verantwortlicher Leiter der Bundesforste in erster Linie auf die Erfolge in der Gegenwart sehen und nur als guter Christ an das Jenseits denken und deshalb sein Ohr mehr dem kommerziellen als dem forsttechnischen Direktor leihen. Wohl aus diesem Grunde hat er sich Regierungsrat Preindl als kommerziellen Direktor verschrieben, der es in Tirol verstanden hat, aus den unglaublichen Dingen Geld zu machen. Man kann überzeugt sein, daß der neue kaufmännische Direktor aus Holz ebenso Geld zu machen versteht, wie er früher aus Getreide, Fett oder gar alten Säcken Geld zu machen verstand.

Aber gerade dieser Hang, aus allem Geld zu machen, ist bei den Bundesforsten überaus gefährlich. Berufene Forstwirte haben auf diese ungeheure Gefahr ebenso verwiesen wie die wirtschaftlichen Körperschaften, voran die Landeskulturrate. Auch der Tiroler Landeskulturrat, dessen Präsident Minister Thaler heute noch ist, hat sich den Projekten der übrigen Landeskulturrate und des Landes Tirol gegen eine Kommerzialisierung der Bundesforste angeschlossen, weil hiedurch für unsere Wälder und für das ganze Land eine ungeheure Gefahr entsteht. Es wäre deshalb zu wünschen, daß der Minister Thaler den Präsidenten Thaler nicht verleugnet, wie er den Obmann des Andreas-Hofer-Bundes verleugnet hat, und weniger Gewicht auf einen kommerziellen Direktor legt, der aus allem und jedem Geld zu machen versteht, als auf den forsttechnischen Leiter, der uns unseren schönen Wald erhalten soll.

## Tagesneuigkeiten

### Wetterberichte.

**Innsbruck, 25. Febr.** Bei uns und in Südbayern ist das Wetter noch vorwiegend trocken bei wechselnder Bewölkung und mäßiger Abkühlung. Durchschnittstemperatur in Innsbruck am gestrigen Tage plus fünf Grad, heute früh waren drei Grad. — In Südtirol ist vorwiegend beiteres und warmes Wetter.

**Regenz, 24. Febr.** Der heutige Vormittag war trüb und unstillig. Gegen Mittag heiterte es sich vollständig auf und es gab einen schönen und sonnigen Nachmittag und Abend. Das Barometer steht ausnehmend hoch. Tagestemperatur 10 Grad.

**Salzburg, 25. Febr.** Heiteres Wetter anhaltend.

**Wien, 25. Febr. (Priv.)** Wettervorausgabe: Vorwiegend heiter, sehr schwache Winde.

### Aufhebung der Passiva in der Tschechoslowakei?

**Prag, 25. Febr. (Priv.)** Der Außenausschuß des Abgeordnetenhauses hat eine Resolution angenommen, die die Regierung auffordert, mit allen Nachbarstaaten Verhandlungen über die Aufhebung der Passiva einzuleiten.

### Widerruf des Thronverzichts des rumänischen Kronprinzen.

**Mailand, 25. Febr. (Priv.)** Kronprinz Karol von Rumänien, der nach Paris abgereist ist, soll, wie verlautet, dortselbst mit Vertretern Rumäniens über den Widerruf des Thronverzichts verhandeln.

### Riesenbrand in einer englischen Stadt.

**London, 25. Febr. (Priv.)** In Kardiff ist eine der größten Feuersbrünste, die je die Stadt heimgesucht haben, ausgebrochen. Der größte Teil des Distriktes, der unter dem Namen Kardiff-Coventgarden bekannt ist, und der eine große Anzahl von Straßen umfaßt, wurde von den Flammen vernichtet. Das Feuer wütete fünf Stunden lang. 18 Geschäftshäuser sind vollständig niedergebrannt. Die Hitze, die sich während des Brandes entwickelte, war so stark, daß einzelne Feuerwehrmänner ohnmächtig wurden.

\* **Ausschluß des Bürgermeisters von Gastein aus der sozialdemokratischen Partei.** Salzburg, 24. Febr. Auf Antrag der Politischen Lokalorganisation Badgastein hat der Landespartei Vorstand in seiner Sitzung vom 22. d. M. im Sinne des § 2 des Organisationsstatutes den Beschluß gefaßt, Heinrich Wilhelm (Badgastein) aus der Partei auszuschließen. Der § 2 des Organisationsstatutes der sozialdemokratischen Partei besagt: „Der Partei kann nicht angehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogrammes oder gegen die Interessen der sozialdemokratischen Partei schuldig macht, einer anderen Partei angehört, für eine andere Partei tätig ist oder eine ähnliche Handlung begangen hat.“ Das Salzburger sozialdemokratische Parteiblatt läßt durch den in geservterem Druck wiedergegebenen Satz erkennen, daß Bürgermeister Wilhelm

sich schuldig gemacht habe, für eine andere Partei tätig gewesen zu sein. Er hat als Bürgermeister pflichtgemäß die Interessen der Stadt und damit jene aller Bevölkerungsklassen vertreten. Das darf ein Sozialdemokrat nicht; er hat ausschließlich und unter allen Umständen für die Interessen der Partei einzutreten, gleichgültig, ob dies der Allgemeinheit frommt oder nicht. Das nennt man heute „Demokratie“.

\* Eine Familientragödie. Kammer am Attersee, 24. Febr. In dem sogenannten Kasperhaufe wohnt seit Jahren das Ehepaar Haberl mit vier erwachsenen Söhnen und zwei Töchtern. Der Vater arbeitet mit zwei Söhnen in der Papierfabrik Leuzing, während die zwei anderen Söhne sich anderwärts den Unterhalt verdienen. Besonders der drittlteste Sohn Sepp war mit der Mutter, der durch das Zusammenleben nicht geringe Arbeit erwuchs, mandmal wenig liebevoll. Dies empörte den Vater, Michael Haberl, und als er am Sonntag nachts heimkam, machte er unter dem Einfluß des Alkohols seinem Groll über dieses Benehmen lauter als sonst Luft. Im Hause hatte schon alles geschlafen. Es kam nun zu einem Streit, in dessen Verlauf Sepp den Vater durch einen Hieb auf die Stirn derartig verletzete, daß sofort ärztliche Hilfe geholt werden mußte. In der Gewissenspein, den Vater — wie er meinte — erschlagen zu haben, floh der Sohn und erhängte sich in der Hofstange an einem dicken Papierzapfen. Dieser riß allerdings, doch gelang es allen Bemühungen nicht mehr, den Unglücklichen, den die Familie bewußtlos aufgefunden hatte, zu retten; er starb am Montag nach schwerem Todeskampfe.

\* Erschossen aufgefunden. Linz, 24. Febr. Heute früh wurde in einer Baracke in Weidach Ing. Siegfried Kohr erschossen aufgefunden. Rasch verbreitete sich das Gerücht, daß wieder ein Mord verübt worden wäre. Die Erhebungen ergaben aber, daß zweifellos Selbstmord vorliegt.

\* Für die Schwester acht Wochen gefesselt. Die 23 Jahre alte, in Wilsdorf wohnhafte Franziska Böller sollte in Weis eine achtwöchige Kerkerstrafe antreten. Zur selben Zeit sollte sie aber auch Hochzeit machen. Was nun? Die Gefahr war groß, daß der Bräutigam, so er von der Abstrafung seines Schicksals erfähre, den Heiratsgedanken überhaupt ganz aufgeben würde. Die Schwester faß, ging für die Braut nach Weis und sah dort auch die acht Wochen ab. Die furiose Stellvertretung kam auf und nun werden sich die beiden Frauen wegen Verurteilung zu verantworten haben.

\* Einer Mordtat auf der Spur. Graz, 24. Febr. Am 12. d. M. wurde in Graz ein Reisender Arthur Hezner unter dem Verdachte des Verleuges verhaftet. Da er sich als leitender Direktor der Generalrepräsentanz für Oesterreich und S. O. der Slovackia-K. G. in Baden bei Wien unter dem Namen Emil Steiner ausgegeben und hier mehrere Geschäfte auf Verleugung von Waren im Werte von nahezu 100.000 Schilling abgeschlossen hatte. Als Hezner am 8. d. M. in einem hiesigen Gasthof abstieg, gab er an, daß auch eine Dame mitkommen werde, und meinte daraufhin ein zweibettiges Zimmer. Die Dame, eine gewisse Hilde Karger aus Wien, mit der er längere Zeit reiste, kam jedoch nicht. Er gab zuerst nicht an, warum die Karger nicht nach Graz mitgekommen sei, und gebrauchte verschiedene Ausflüchte. Nun hat er aber beim Strafgerichte, dem er eingeliefert wurde, das Geständnis abgelegt, daß er die Hilde Karger im Dezember v. J. in Reichenberg ermordet habe. Die Erhebungen über die Richtigkeit dieses Geständnisses wurden eingeleitet.

\* Das Karlsbader Militärkloster als tschechisches Repräsentationshaus? Die tschechische Minderheit in Karlsbad wünscht, nach vor dem heurigen Saisonbeginn über ein Repräsentationshaus in Karlsbad zu verfügen und strebt deshalb an, daß das bisherige Militärklosterbauräumchen aufgelassen und das Gebäude für Repräsentationszwecke zu einem Vereinshaus umgebaut werde. Es fanden bereits mehrere Kommissionen deshalb statt. Wie weit die bezüglichen Verhandlungen mit der Militärverwaltung stehen, war bisher nicht zu erfahren.

\* Was man den Amerikanern von der Tschechoslowakei erzählt. Wie die „Meldener Zeitung“ berichtet, wird in der Bostoner Zeitschrift „The Christian Science Monitor“ vom 13. Jänner u. a. geschrieben: Die Tschechoslowakei ist unter allen Staaten ein Musterbeispiel der Freiheit, Bildung und Fortschrittlichkeit. Die Tschechen richten sich nach den Grundgesetzen des Präsidenten Masaryk (!) und sind von liberaler Gesinnung. Alle Klassen verhalten sich der Tschechoslowakei gegenüber loyal. Auch die Deutschen haben sich als den tschechoslowakischen wirtschaftlichen und kulturellen Ideen in überragendem Maße zugänglich erwiesen. Mit ihrem Verhalten gegenüber den einzelnen Stämmen haben die Tschechen ganz Europa ein leuchtendes Beispiel (!) gegeben. — Wie wird die tschechische Auslandspropaganda dastehen, wenn einmal die Wahrheit fest?

\* Von einem Förster erschossen. Berlin, 23. Febr. Einen tragischen Abschluß fand gestern ein Ausflug, den der 30 Jahre alte Hilfsarbeiter Johann Stepp mit einem Freunde nach dem Falkenhagener Forst bei Seefeld unternommen hatte. Die beiden jungen Leute nahmen im Walde Schießversuche mit einer Pistole vor und wurden dabei von dem Hilfsförster Kupper beobachtet. Der Förster meinte, die beiden Schützen an, die hinter einem Baum Deckung nahmen und zu entkommen verließen. Daraufhin gab der Förster mehrere Schüsse auf die Flüchtenden ab, wobei Stepp durch eine Kugel getroffen tödlich zusammenbrach. Der Förster meinte, daß bei seiner Vernehmung an, daß die beiden Männer ebenfalls einen Schuß auf ihn abgegeben hätten. Bei dem Erschossenen fand man zwei neue russische Pistolen, mit denen die beiden Männer Schießversuche unternommen hatten. Der unvertegt Entkommene ist ein Russe, der zusammen mit seinem erschossenen Freund in der Buchdruckerei der „Roten Fahne“ beschäftigt sein soll. Nach Zeugnisaussagen soll der Erschossene etwa zehn Schüsse auf den Förster abgebehen haben.

\* Ein Räuber im Elzug. Hanau, 22. Febr. Ein unangenehmes Abenteuer erlebte ein Reisender in dem nachts von Frankfurt a. M. abfahrenden beschleunigten Personenzug auf der Fahrt nach Berlin. Zwischen den Stationen Salzmünde und Steinau, wo diezüge wegen starker Steigung sehr langsam fahren, sprang ein Räuber auf den Zug und drang in ein Abteil ein. In dem Coupé saß nur ein Reisender, der, schnell gefaßt, durch Ziehen der Notbremse den Zug zum Stehen brachte. Ein Beamter des Zugpersonals eilte herbei, um den Räuber zu verhaften; doch gelang es diesem, nach heftiger Gegenwehr, sich frei zu machen. Um sich zu retten, sprang der Verbrecher aus dem Zug, rollte den hohen Bahndamm herab und verschwand in den Fluten der Elbe. Ob es dem waghalsigen Räuber gelungen ist, wieder ans Land zu kommen, konnte in der Dunkelheit nicht festgestellt werden. Die Bahnstrecke von Salzmünde bis zum Dittelrofenmühl ist schon wiederholt von Räubern heimgesucht worden, die es auf die Verraubung von Güterzügen abgesehen hatten.

\* Der unreine Lor. In ein großes Berliner Bauhaus tritt ein junger eleganter Mensch, verlangt einen der Direktoren zu sprechen. Man führt ihn in ein Privatkomptoir, der Direktor erscheint. „Sie wünschen?“ — „Ich möchte Ihnen einen glänzenden Vorschlag, finanzieren Sie mich, ich bin berufen, ein berühmter Sänger zu werden.“ Dabei zeigt er ein Photo, auf dem er als Parsifal zu sehen ist. Das heißt, das Gesicht ist schlecht zu erkennen, es kann auch ein anderer sein. Der Direktor läßt den jungen Mann an die Lust befördern und bemerkt nach wenigen Minuten, daß seine Briefsäcke und sein goldenes Zigarettenetui verschwunden sind. Man suchte nach dem

jungen Herrn, findet ihn nicht, klingelt aber besfreundete Banken an. Und siehe da: bei einigen ist er schon erfolgreich tätig gewesen, bei einer anderen wird er schließlich erwischt. Er wird vermutlich niemals den Parfaisal fangen, er ist zwar ein Lor, aber kein reiner.

\* Eine sonderbare Ausschreibung. Für das Postamt in Grafendorf (Mähren) ist ein Briefträgerposten ausgeschrieben. Grafendorf zählte bei der letzten Volkszählung 1552 Deutsche und zwei tschechische Einwohner. Aus der Ausschreibung in der „Kar. Osob.“ ist nun zu entnehmen, daß eine teilweise Kenntnis der deutschen Sprache gefordert wird und daß namentlich ein Musiker willkommen wäre. Offenbar soll durch Trompetenblasen der Mangel der deutschen Sprachkenntnisse erlegt werden.

\* Freilegung der alten Steinbergburg Heinrichs VI. in Goslar. Goslar, 23. Febr. Nachdem im vergangenen Herbst bei Ausgrabungen in der Nähe der Kammerberg-Kaserne die Grundmauern der alten Johannestirche freigelegt worden war, hat jetzt ein glücklicher Zufall zur Freilegung von Grundmauern geführt, die mit Sicherheit der alten Steinbergburg Heinrichs VI. zuzurechnen sind, dem „Castellum in Monte Capiteo“, wie es in den Urkunden genannt wird. Die Mauern wurden bei Ausschichtungsarbeiten am Schiffsberg freigelegt und als ein unzweifelhaft mittelalterliches Bauwerk festgestellt. Die Mauer ist etwa 90 Zentimeter stark, einen Meter hoch und in einer Länge von 30 Metern bloßgelegt.

### Der Großherzog von Mecklenburg und Gräfin Bubna.

Berlin, 24. Febr. Wie aus Dresden gemeldet wird, fand gestern vor dem dortigen Landgericht die Beweisaufnahme im Prozeß der Gräfin Bubna-Vittis gegen die Schwester des verstorbenen Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz, die in Dresden-Blasewitz wohnende Prinzessin Maria zur Lippe statt. Die Prinzessin wird auf Zahlung von 3,3 Millionen Goldmark, die die Gräfin dem Großherzog vor dem Krieg geliehen hatte, geklagt. Die Prinzessin weigerte sich, auch nur einer Schuldenerklärung von zwei Prozent zuzustimmen.

Der ehemalige Großherzog von Mecklenburg-Strelitz diente als Prinz bei der Garde in Berlin, wo er mit dem Zuschuß von 30.000 Mark jährlich nicht auskommen konnte. Da er nicht landesgemäß auftreten konnte, nahm sich die Gräfin Bubna-Vittis seiner an und verschaffte ihm die Garderobe, das nötige Taschengeld usw., wodurch die Schuld allmählich mehr als 5 Millionen Mark erreichte. Nach seiner Thronbesteigung war der Großherzog offenbar nicht in der Lage, diese Schulden zu tilgen, da der weitestgrößte Teil des großherzoglichen Vermögens seiner Großmutter gehörte. Diese soll nicht weniger als 10 Millionen Goldmark bei der Bank von England deponiert gehabt haben. Der junge Großherzog stellte seiner Freundin, der Gräfin Bubna, einen Scheckschein über 5 Millionen Mark aus. Die Gräfin ließ vom Schuldbetrag eine Million Mark nach 700.000 Mark wurden vor dem Krieg bezahlt und den Rest von 2,3 Millionen forderi jetzt die Gräfin von der Erbin des Großherzogs, der während des Krieges durch Selbstmord geendet hatte.

Bei der gestrigen Beweisaufnahme wurde nur eine vorläufige Teilforderung eingeklagt. Die Prinzessin zur Lippe behauptet, daß sie zur Zahlung überhaupt nicht verpflichtet sei, da es sich um Forderungen handle, die aus rein persönlichen Beziehungen ihres Bruders zur Dame entstanden seien, daß es sich dabei um eine „Causa turpissima“ handle und daß sie übrigens gar nicht in der Lage sei, die Schuld zu bezahlen. Der Vertreter der Gräfin Bubna-Vittis erwiderte, daß es sich um eine reine Schuldforderung handle, der nichts anderes als ein wirkliches Darlehen in Bargeld zugrunde liege. Die Schwester des Großherzogs sei auch in der Lage, die Schuld zu bezahlen, denn sie besitze ein Riesenschloß und noch andere Güter und Werte. Die Verhandlung wurde dann vertagt.

## Tirol und Nachbarländer

Veränderungen im Militärdienst. Befördert wurden: in die vierte Dienstklasse der Verwendungsguppe 8 der Oberintendant 1. Kl. a. D. Alexander Viktorz des Brigadecommandos 6, in die fünfte Dienstklasse der Verwendungsguppe 7 der WDM. 2. Kl. a. D. Wilhelm Schramel des Brigadecommandos 6. In den dauernden Ruhestand wurde mit Ende Dezember 1925 verlegt der WDM. a. D. Anton Sätze beim AM. 12.

Todesfälle. In Lustenau starb im Alter von 66 Jahren Frau Josefine Stricker. — In Schlanders verstarb der 76jährige Josef Holzner, der unter dem Namen „Bitterle“ mit seinen Hausmitteln ein vielgeschätzter Mann war; bei seiner eigenen Erkrankung vermachte er aber jegliche Arznei. — In Linz starben der Besitzer des Cafés „Central“ Ferdinand Volzinger im Alter von 51 Jahren, der Buchhalter Wilhelm Vorjace im 41. Lebensjahre und der 64jährige Hausbesitzer Ludwig Eisenhuder. — In Wien sind gestorben: der ehemalige Leiter der Universitätssternanstalt Gustav Lukas im 69. Lebensjahre, Ing. Friedrich Fischer, der Erbauer des Wiener Krematoriums, und der 72jährige Rechtsanwalt Dr. Leo Melchels. — In Deutsch-Altensburg erlag der Schriftsteller Jakob Windholz im 55. Lebensjahre einem Schlaganfall. — In Graz verstarben der Landes-Oberbaurat Hans Paatz, der städtische Steuerbeamte Abtin Humposch und die Staatsgewerbeschulprofessorin Maria Lepusich. — In Klagenfurt starb der 47jährige Realgymnasialprofessor Ludwig Nagel. — In Breslau starb der Architekt Hubert Walcher, R. v. Malcheln, der Wiedererbauer der Burg Kreuzenstein bei Klosterneuburg.

Die Verwaltungsabgabe-Marken Tirols. Nach den mit 1. Jänner 1926 in Kraft getretenen neuen Vorschriften für das Verwaltungsverfahren haben die Verwaltungsbehörden für die Verteilung von Berechtigungen, Erteilung von Bewilligungen und sonstige im Interesse der Parteien vorzunehmende Amtshandlungen Gebühren, sogenannte „Verwaltungsabgaben“, einzubehalten. Die Einhebung dieser Gebühren erfolgt in Tirol bei der Landesregierung und den Bezirkshauptmannschaften gleich wie bei den Verwaltungsbehörden



der anderen Bundesländer und ähnlich wie bei den Ausfertigungsgebühren der Gerichte durch Marken, die eine den praktischen Bedürfnissen angemessene Wertabstufung erfahren haben und in Stücken zu 50 g, 1 S, 3 S und 5 S zur Ausgabe bei den vorerwähnten Verwaltungsbehörden gelangen. Die Verwendung von Marken erleichtert einerseits der Behörde die Verrechnung der Einnahmen aus den Gebühren, dient gleichzeitig der Partei als Beleg dafür, daß sie die Verwaltungsabgabe entrichtet hat, und soll ihr ferner eine Gewähr gegen allfällige Mißbräuche im Ausmaße der von ihr zu entrichtenden Gebühr bieten. Das Erträgnis der Marken fließt dem Lande zu. Die Landesregierung hat in dem Bestreben, die heimische Industrie bei der Herstellung der Marken zu beschützigen, die durch ihre Leistungsfähigkeit weitbekannte Wagener'sche Universitäts-Buchdruckerei in Innsbruck mit der Ausführung der Arbeiten betraut. Die Entwürfe stammen vom a. ad. Maler Rudolf Lehner in Innsbruck, die Landschaften sind nach Lichtbildern des Innsbrucker Photographen Richard Müller-Innsbruck und A. Karg-Kufstein hergestellt. Der 50-Groschen-Wert ist im Hochrechte ausgeführt und zeigt in der Mitte den Tiroler Adler in geeigneter Umrahmung, oben ist die Wertbezeichnung und unten die Dienststelle angegeben. Das Markenbild ist in rot-orange ausgeführt. Die Schillingwerte erscheinen in Querformat und tragen verschiedene Landschaftsbilder. Außerdem trägt jede Marke den Tiroler Adler, die Bezeichnung der ausgebenen Dienststelle und die Wertbezeichnung. Es stellen dar: die Ein-Schilling-Marke in dunkelgrüner Farbe das Stripsenjoch im Kallereggergebirge, die Drei-Schilling-Marke in lila die Arbergebirgs bei St. Christof (Winterlandschaft), der Fünf-Schilling-Wert ist rötlichbraun hergestellt und zeigt die Gruppe des Kleinwendigens im Bezirke Osttirol, der höchste Wert zu zehn Schilling in blau stellt den Rennweg mit Löffburg, im Hintergrunde die verschneite Nordfette, als Winterbild dar.

Generalversammlung des Tiroler Geflügelzüchtereines. Es wird berichtet: Der Tiroler Geflügelzüchterverein hielt kürzlich in Innsbruck die Generalversammlung beim „Goldenen Hirscher“ ab. Der Obmann Schobesberger berichtete über die Tätigkeit des Vereines im Jahre 1925, insbesondere über die Einfuhr von Bruteiern von Deutschland, neuer Rassen zur Blutauffrischung und über die bei der Herbstmesse veranstaltete Geflügelausstellung, die einen besonders guten Erfolg erzielte. Nach dem Berichte erfolgt die Neuwahl des Ausschusses, die keine wesentlichen Veränderungen ergab. In allen züchterischen Angelegenheiten erteilt der Obmann Schobesberger in Innsbruck, Leopoldstraße 36, Auskünfte; ebenso wird dort Auskunft über die vorhandenen Rassen und den Bezug der Bruteier erteilt.

Oesterreichische Volksmission. Donnerstag abends 8 Uhr im großen Saal des Hotels „Sonne“ spricht Generalsekretär Moritz aus Wien. Nachmittags 3 Uhr im Hotel „Sonne“, Eingang Salmersstraße 2, Bibelstunde. Eintritt frei.

Die Hauptfischereijagd in Innsbruck teilt uns mit, daß am Freitag, den 12. März l. J., um 8 Uhr abends in der Beranda beim „Grauen Bären“ die diesjährige Jahresvollversammlung stattfand. Die Tagesordnung enthält die üblichen Punkte, das sind der Jahres- und Kassenbericht, die Wahl der Rechnungsrevisoren und die Verhandlung über allfällige Anträge. — Von besonderer Wichtigkeit sind aber einige Erklärungen und Reuefestlegungen des Mitgliedsbeitrages mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Beschaffung der Mittel für den Bezirks- und Landesjagdverband. Für den Fall, als die Versammlung nach den Sitzungen um 8 Uhr nicht beschlußfähig sein sollte, findet um 9 Uhr eine zweite Versammlung statt, die ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlußfähig ist.

Einbruch. In der vergangenen Woche wurde nachts der Kiosk, der bei der Straßenbahnkreuzung der Amrafer-Straße beim Kitzbühner steht, von unbekanntem Täter gewaltsam erbrochen. Es wurde eine Menge verschiedener Zigarettenorten, einige Schachteln Zigarettenhüllen, Zunder und Zigarettenpapier gestohlen.

Verleumdung eines Schuhmannes. In Muhlau ging des Berede, daß ein Kutscher in Innsbruck in der Prader-Straße von einem Schuhmann wegen Hebertragung der Straßenpolizeiordnung mit zwei Schilling bestraft wurde, daß er aber keine diesbezügliche Befestigung darüber erhalten habe. Die Innsbrucker Polizei ging der Sache nach und vernahm den Kutscher, der anfangs dabei blieb, daß er zwei Schilling bezahlen mußte, weil er sein Fuhrwerk verlor und seinen Strang abgepaßt hatte. Als er aber dem Schuhmann gegenübergestellt wurde, gab er nach anfänglichem Weigern zu, daß er die Sache erunden habe, um von seinem Dienstherrn zwei Schilling zu erhalten. Dieser hat ihm auch die zwei Schilling bezahlt. Der Kutscher wird sich wegen Verleumdung des Schuhmannes vor Gericht zu verantworten haben.

Stenographie-Kammerkurs. Der Tirolische Stenographenverein veranstaltet nächsten einen Kammerkurs zur Heranbildung von tüchtigen praktischen Stenographen (für Landtag usw.). Der Kurs ist unentgeltlich, die Teilnehmerzahl beschränkt. Gute Allgemeinbildung unerläßliche Vorbedingung; Bewerber, die bereits 200 Sätzen in der Rinnite schreiben, werden bevorzugt. Anmeldungen mit Angabe des Berufes und der Wohnung an den Tirolischen Stenographenverein in Innsbruck, Schullstraße Nr. 6, bis 8. März.

Verhaftung eines Kassenbrechers. Der von der Innsbrucker Kriminalpolizei verfolgte 27jährige Schlosser Josef Borutka aus Wien ist am Wiener Westbahnhof verhaftet und dem Wiener Landesgericht eingeliefert worden. Borutka ist derjenige, der mit seinem Komplizen Siegfried Penta, der in Innsbruck in Haft ist, Mitte November in den Kasseleien des städtischen Gaswerkes in der Hallmerangerstraße die Kassenentwürde verübte hat. Borutka ist ebenso wie sein Kollege Penta viermal vorbestraft. Seine letzte Strafe hat er im November 1923 vom Landesgerichte in Wien erhalten, das ihn damals wegen Kassenentwurf zu zwei Jahren schweren Kerkers verurteilt hat. Im vergangenen Herbst hat er das Zuchthaus verlassen und hat sich sofort wieder aufs Kassenraden verlegt.

Lottoziehung. Am 24. Februar wurden in Innsbruck folgende Nummern gezogen: 76, 50, 24, 52, 42.

Eherecht — Ehereform. Die Zeitung des Innsbrucker Eherechtsreformvereines schreibt uns: Vor kurzem hielt der Universitäts-Professor Dr. Karl Wolff in der Innsbrucker Urania einen Vortrag über „Eherecht — Ehereform“. Er legte, das Eherecht des Katholizismus (§§ 63 und 111 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches) konnte bei richtiger Gelegenheitsauslegung dadurch unwirksam werden, daß ehemalige Geistliche und Ordensmitglieder und geschiedene Katholiken (wenn auch nur vorübergehend) aus der römisch-katholischen Kirche austreten. Prof. Wolff betonte, daß nur ein vielfach in die Geleise hineingetragenes „Polittikum“ unrichtige Auslegungen dieser Geleiseparagraphen verursacht habe und nach veranlasse. Kaiser Josef II. habe den Katholiken gefählich die Trennbarkeit der Ehe mit der Wirkung zugesprochen, daß jedem genannten Eheleite die Wiederverheiratung freistehe. (Katholisches Ehepatent, Josefinesches Geleisbuch.) Die Bischöfe begannen aber gegen diese Bestimmung zu arbeiten. Dennoch hielt Josef II. in einem Hofdekret und in einem Patente aus dem Jahre 1783 diesen Zustand aufrecht. Später suchten die Bischöfe von Kaiser Franz eine Aenderung dieses

Zustandes zu erwirken; aber selbst der fromme Franz wich ihren Verlangen aus und für den staatlichen Bereich blieb das Ehehindernis des Katholizismus noch wie vor abgelehnt. Dieser staatliche Standpunkt kam auch im § 119 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches zum Ausdruck, das am 1. Jänner 1812 Gesetz wurde. Vom Ehehindernis des Katholizismus steht nichts darin. Aber die römisch-katholische Kirche kämpfte gegen das Ehegesetz weiter. Im Jahre 1814 erreichte sie Hofdekrete, durch die in den § 119 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches Bestimmungen hineingetragen wurden, die früher nicht drinnen standen. Die römisch-katholische Kirche kämpfte dann noch weiter für die Aenderung des Ehegesetzes in ihrem Sinne. Deshalb erschien mit dem Hofdekret vom 17. Juli 1835, N. O. S. 61, eine zweite Interpretation des § 119 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches zugunsten der römisch-katholischen Kirche. „Diese zwei Hofdekrete“, sagt Rechtsanwalt Dr. Erwin Lustig, Wien, in Nr. 13 des letzten Jahrganges der Monatschrift für das österreichische altkatholische Bistum, „sind die Rechtsquellen des Ehehindernisses des Katholizismus“. Diese Hofdekrete waren im absolut regierten Kaiserreich geltendes Gesetz. Ob sie aber noch in der Monarchie galten, da sie schon dort den geltenden Staatsgesetzen widersprachen, die die Gleichheit aller vor dem Gesetze und die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährleisteten, ist fraglich. Zuständige Gerichte in der Monarchie sind einer Entscheidung darüber immer geflissentlich ausgewichen. Dann kam die Republik. Die Frage, ob die genannten Hofdekrete auch in der Republik noch formell gelten, ist auch jetzt noch von keinem Gerichte juristisch untersucht worden. Besonders das Hofdekret vom Jahre 1835, das an die Gubernien von Wien, Kärnten, Dalmatien und Lombard-Venezien gerichtet war, kann im Gebiete der heutigen Republik Österreich nicht mehr Gesetz sein. Und ebensowenig können diese Hofdekrete vor den Grundgesetzen der Republik bestehen, denen sie widersprechen. Warum aber weichen die Gerichte noch einer Entscheidung über diese Frage aus? Universitätsprofessor Dr. Karl Wolf ist nicht der erste Jurist in Österreich, der diese Auslegung vertritt. In den juristischen Blättern Nr. 9 und 10 vom Jahre 1919 hat schon Dr. Emil Wolf den § 111 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches in ähnlichem Sinne interpretiert. Diese Interpretation wurde auch von Diner unterstützt und befürwortet. Und Senatspräsident Burghart wies wiederholt auf die Widersprüche des jetzt geltenden österreichischen Eherechts mit dem Friedensvertrag und dem Staatsgrundgesetz hin. Auch hervorragende Rechtsanwälte denken ähnlich und handeln darnach. Und der österreichische Eherechtsreformverein kämpft in all seinen Eingaben, die er für seine Mitglieder an die Behörden macht, gleichfalls für eine juristische Auslegung unserer Ehegesetze.

**Ein jugendlicher Einbrecher.** Es wird uns berichtet: Am 22. d. M. mittags zwischen 12 und 1 Uhr wurde in der Bahnhofstraßenkaffeehaus auf der Hungerburg ein frecher Diebstahl verübt. Ein 12- bis 14jähriger Junge drang in das unbesetzte Zimmer des Dienstmanns ein und stahl eine auf dem Tische liegende Handtasche mit einem Inhalt von drei Millionen Kronen. Einige Hausbewohner sahen den Jungen über die Straße kommen, ohne jedoch irgend welchen Verdacht zu schöpfen. Die Gendarmerei wurde sofort von dem Diebstahl verständigt, doch blieben bis jetzt alle Nachforschungen nach dem jugendlichen Dieb ohne Erfolg.

**Öffentliche Gewalttätigkeit in Hall.** Der Elektroarbeiter Franz S. aus Hall wurde nachts von den Sicherheitsorganen zur Ruhe gemahnt, weil er an unteren Stadtplatz framlisierte. Da er dieser Ermahnung keine Folge leistete, wurde er aufgefordert, ihnen auf das Wächterzimmer zu folgen. Als er auch dieser Aufforderung keine Folge leistete, nahmen ihn die beiden Sicherheitsorgane bei den Armen, um ihn fortzubringen. Nun wurde S. gewalttätig, schlug um sich und traf einen der Beamten berart auf das linke Ohr und den Mund, daß er blutete. Auch dem anderen schlug er die Klappe vom Kopfe. S. wurde daher wegen öffentlicher Gewalttätigkeit dem Bezirksgerichte eingeliefert. Er entschuldigte sich mit Volltrunkenheit.

**Unerbittlicher Bürokratismus.** Von einem Gewerbetreibenden wird uns geschrieben: Kürzlich wurde ein Kaufmann in Alham insolvent. Ich hatte bei ihm ein Guthaben von 50 S stehen, meldete aber wegen Ausfallslosigkeit die Forderung bei dem gegen den Kaufmann gerichteten eingeleiteten Ausgleichsverfahren nicht weiter an. Ich hatte nämlich bei früheren Ausgleichen die Erfahrung gemacht, daß die schließlich ausgeschüttete Quote nicht im Verhältnis zu den Auslagen und Mühen stünde, die ein Gläubiger in einem Ausgleichsverfahren hat. Von dem insolventen Kaufmann wurde aber im Schuldverzeichnis, ohne daß ich es wußte, meine Forderung angegeben. Vor einigen Tagen erhielt ich vom Bezirksgerichte Hall die Aufforderung, sofort 50 Groschen einzulösen, und es wurde mir mit der Exekution gedroht, falls ich diese „gewaltige“ Summe nicht binnen 14 Tagen erledigt habe. Diese 50 Groschen wären nämlich die Stempelgebühren, die bei einer Anmeldung meiner Forderung zu zahlen gewesen wären. Da ich aber auf sie verzichtet habe, glaubte ich auch davon entbunden zu sein, irgend welche Stempelgebühren tragen zu müssen. Das Gericht war jedoch anderer Meinung! Nebenbei mußte ich für die reformmündig zugewendete Aufforderung 70 c Postgebühren zahlen. — Das Ausgleichsverfahren bedarf wirklich einer Reform, mindestens sollte die Reform darin bestehen, daß Gläubiger, die auf ihre Forderungen verzichten, nicht auch noch mit Stempel- und Porzellanlagen belastet werden.

**„Urania“-Lichtbildervortrag in Schwaz.** Zum Vortrag des Mag. pharm. Toni Brünster in Schwaz über eine Großglühbirne wird uns geschrieben: Wer am Samstagabend den Urania-Abend besucht hat, war damit zufrieden. Der Vortragende verband die zahlreichen Lichtbilder mit einer fein abgemessenen Schilderung über eine vierzehntägige Bergwanderung auf den Großglockner. Viele Zuhörer haben durch diesen Vortrag eine neue Anregung zu frohen Bergfahrten gewonnen.

**Die Aktion gegen die Auflassung des Bezirksgerichtes Bögen.** Aus Wien, 23. ds., wird uns berichtet: In der am 17. Jänner d. J. in Bögen im Bistumstele satzungsfreundlichen Versammlung wurden die Abg. Niedrist, Scheibeln, Dr. Schumacher und Dr. Straßner einstimmig beauftragt, die Wiedererrichtung des aufgelassenen Bezirksgerichtes in Bögen zu erwirken. Diesem Auftrage entsprechend erschien heute eine Abordnung der Tiroler Nationalräte vor dem Vizekanzler Dr. Waber, überreichte die bei der Versammlung beschlossene Resolution und die Abg. Niedrist, Scheibeln und Dr. Schumacher machten sich in ausführlichen Darlegungen zum Delmeich der bei jener Versammlung zu Tage getretenen Stimmungen und Forderungen. Vizekanzler Dr. Waber nahm die Ausführungen der Abgeordneten entgegen, erklärte, daß er über die Wünsche der Bevölkerung des äußeren Bistumsteles hinsichtlich Wiedererrichtung ihres Bezirksgerichtes bereits unterrichtet sei, daß er aber auf Grund des heute Gehörten nicht verabsäumen werde, weitere Erhebungen zu pflegen, um bis zu dem späteren Zeitpunkt, da die Wiedererrichtung des Bezirksgerichtes Bögen etwa möglich sein würde, der Bevölkerung eine vollkommen geordnete und leicht erreichbare Rechtspflege zu sichern und jene Erleichterungen zu verschaffen, auf die sie berechtigten Anspruch hat.

**Wich- und Krämermarkt in Hopfgarten.** Es wird uns berichtet: Der am 24. Februar in Hopfgarten abgehaltene Viehmarkt war sehr gut besucht, jedoch war der Viehverkehr im Verhältnis zur Anzahl der Händler viel zu gering, so daß beinahe der ganze Auftrieb, ungefähr 60 Stück Rinder, nach Salzburg und Oberösterreich bei mäßig erhöhten Preisen verkauft wurde. Auslands Händler waren keine erschienen. Fingern war der Krämermarkt sehr flau. Außer einigen Obsthändlern waren nur einheimische Kaufleute am Platze. Erreuzlich war die wiederholt gehörte Frage an die Händler, ob die Drangen und Zitronen wohl nicht welcher Herkunft seien.

**Nachrichten aus Rißbüchel.** Es wird uns berichtet: Im Bezirke Rißbüchel befinden sich etwa 400 Arbeitslose, die die Arbeitslosenunterstützung beanspruchen und zirka 80, die aus verschiedenen Gründen dieser Unterstützung nicht teilhaftig werden. Mit Rücksicht auf die schlechte Winterlage wird alsbald das Hotelpersonal dazu kommen und man kann sich ein Bild machen, wie trostlos eigentlich die volkswirtschaftliche Lage ist. Auch der Bauer hat sein Vieh in Ställe stehen, weil er kein Abgabegeld hat. — Trotzdem die Jagungszeit vorbei ist und wir in den letzten Frühjahrsjahren täglich drei bis vier Unterhaltungen hatten, kommen in den nächsten Tagen zwei weitere dazu. Am 27. d. M. ist der Insoffball in den Räumen des Kurjalons zu Gunsten der Kriegsbeschädigten Rißbüchels, am 6. März ein Bürgerball im „Hinterbräu“ unter der Devise „Alt- und Neu-Rißbüchel“ zu Gunsten der Stadarmen. — Mit Rücksicht auf den schlechten Geschäftsgang hat die Stadtgemeinde den Entschluß gefaßt, den zehnprozentigen Zuschlag für Gasthöfe, Pensionen und Hotels aufzuheben.

**Pensionistenversammlung in Rißbüchel.** Es wird uns berichtet: Die am 21. d. M. beim Eggerwirt in Rißbüchel abgehaltene Vollversammlung des allgemeinen Pensionistenvereines der öffentlich Angestellten Österreichs, Ortsgruppe Rißbüchel, ist bei gutem Besuche der Mitglieder und Gäste sehr erfolgreich verlaufen. Neben einem Rechenschaftsbericht des Obmannes, Steuerbevollmächtigter Adalbert Pösch, über seine Tätigkeit als gewesener Obmann der Zählstelle, fand auch eine Ergänzungswahl in die Vorsteherung der Ortsgruppe statt. Eine Reihe von Auskünften wurde erteilt und neue Mitglieder aufgenommen. Das rosige Baden der jungen Ortsgruppe befruchtete allgemein. Die Pensionisten des Ortes und Bezirkes Rißbüchel begreifen es erfreulicherweise, daß nur durch ihren Zusammenstoß eine materielle Besserstellung erreicht und ein weiteres Zurückdrängen in das Elend verhindert werden kann. Eine von dieser Versammlung einstimmig beschlossene Resolution besagt, daß die Pensionisten die eheliche, volle Anschließung der Ruhegehälter der Pensionisten in einem Zuge an jene der Neupensionisten mit allem Nachdruck fordern und die Erfüllung dieser Forderung von der Regierung zuverläßlich erwarten. Diese Resolution kündet aber auch an, daß der Kampf der Pensionisten um die materielle Besserstellung nicht eher ruhen wird, bis die volle Anschließung der Bezüge aller Pensionisten an den Teuerungsschlüssel erfolgt sein werde. Die Regierung unterlasse fast alles, was der fortwährend steigenden Teuerung im Innern der Republik Einhalt böte. Dies könne die Pensionisten nur zum Kampfe herausfordern. Eine zweite Entschließung wurde ebenfalls einstimmig angenommen, die einen Protest gegen den Gebrauch des Wortes „Oberreich“ für „Südtirol“ durch den Bundeskanzler Dr. Kamek in seiner Rede vom 17. Februar darstellt. Der Protest lautet: „Die Versammlung schließt sich dem Protest des Volksvereines an. Wir sind Deutsche und besitzen einen eigenen Sprachschatz, so daß wir nicht erst vom Italiener zu entlehnen brauchen. Wir sind auch Tiroler und empfinden das Wort „Oberreich“ statt „Südtirol“ aus dem Munde eines österreichischen Bundeskanzlers, als Vertreter eines deutschen Volkes und des Tiroler Volkes, wie einen Faustschlag ins Gesicht. Wir können kein „Oberreich“ für uns gibt es nur ein „Südtirol“. Die Sprache eines Volkes ist souverän. Kein Volk und kein Machthaber der Erde, nicht einmal Versailles und St. Germain, haben es je gewagt, die Souveränität der Sprache zu verletzen. Das blieb ausschließlich den sprachlichen Völkern und dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Kamek zu tun übrig. Wie Italien den Landesrat südlich des Brenners in seinem Bereiche benenne, das müssen wir leider jenem überlassen. Uns aber eine nichtsjogende Uebersetzung des italienischen „Mio Adige“ für „Südtirol“ aufzutropfen, lassen wir nicht zu. Deshalb protestieren wir gegen den Gebrauch des „Oberreich“, von dem immer er erfolge. Man kann uns die deutsche Sprache rauben, aber zu sprachlichen Vandalen machen lassen wir uns niemals.“ Mit dem Danke an die Teilnehmer der Versammlung und mit der Einladung eifriger Mitgliederwerbung schloß der Obmann die Versammlung. Die nächste Versammlung findet am 21. März nachmittags 3 Uhr wieder beim Eggerwirt in Rißbüchel statt. Hierzu werden alle Vereinsmitglieder und Gäste aus Pensionistenkreisen eingeladen.

**Einbruch in St. Johann i. T.** Von dort wird uns berichtet: In der Nacht vom Samstag auf Sonntag stiegen Einbrecher bei Kaufmann Maral durch das zerbrochene Fenster ein und erbeuteten 40 Meter Stoffe. Von einem Balkon in der Bahnhofstraße holten sie mittels Leiter einige Kleidungsstücke. Am Bahnhof zerbrachen sie den Obstlosh und stahlen, was sie fanden. Bei Wegher Berterer und Wäcker Nah d. j. versuchten sie ebenfalls durch das Fenster einzudringen, wurden aber beide Male verscheucht. Im letzteren Falle fiel durch Anstoßen des eingebrochenen Fensters ein Grammophon samt den Platten zu Boden, was natürlich großen Lärm verursachte. Der Besitzer erlitt durch Beschädigung der Platten ziemlich Schaden. Die Täter scheinen die gleichen zu sein, die seit längerer Zeit schon das Brigental unsicher machten.

**Kurzarbeit bei der Tiroler Textilindustrie.** In den Betrieben Jenu und Schindler in Telfs und Imst wird, wie dem „T. N.“ berichtet wird, wegen Mangels an Aufträgen nur mehr 36 Stunden pro Woche gearbeitet. Angesichts der harten Lebensmöglichkeiten der Textilarbeiter bei geringen Löhnen, bedeutet diese Maßnahme für die insgesamt 820 betroffenen Arbeiter und Arbeiterinnen eine nicht geringe Verschlechterung ihrer an und für sich schwierigen Lebensmöglichkeiten.

**Amstags der Arbeiterkammer in Landed.** Die Kammer für Arbeiter und Angestellte veranfalet am Freitag, den 26. Februar, in Landed einen Amstags. Rechtsauskünfte in der Zeit von 6 bis 8 Uhr abends im Café Krizan über alle Fragen des bürgerlichen Rechtes und der Sozialgesetzgebung, wie Arbeitslosen-, Pensions- und Unfallversicherung, sowie Urlaub, Entgelt, Lehrlingschutz usw.

**Vermisst.** Der Schneiderlehrling Eduard Kurlzeling aus Vöng, der bei einem Meister in Steinfeld in Kärnten in der Lehre war, hat sich am 30. Jänner von seinem Arbeitsplatze entfernt und ist seither unbekannt Aufenthalt. Kurlzeling ist stark entwickelt, trägt blauen Anzug, braunen Hut, und dürfte irgendwo als Schlosserlehrling eingetreten sein. Nähere Angaben über ihn wollen an die nächste Sicherheitsdienstelle gemacht werden.

**Schülerakademie des Feldkircher Bundesgymnasiums.** Aus Feldkirch wird berichtet: Ueber Anregung des Unterrichtsministeriums veranstaltete das Bundesgymnasium in Feldkirch seine heurige Schülerakademie im Zeichen Hans Sachs, dessen Todestag sich am 19. Jänner d. J. zum 350. Male jährte. Dazu war ein reiches Programm sorgfältig eingeübt und vorbereitet worden, in dem sich Deklamation und Musikvorträge abwechselten. Prof. Dr. Echer charakterisierte in einem formvollendeten Vortrag den Dichter Hans Sachs und seine Zeit. Sodann wurden von Schülern Goethes Gedicht „Hans Sachsens poetische Sendung“ wirkungsvoll vorgetragen. Die drei Fastnachtsspiele wurden recht gut gegeben und lösten viel Heiterkeit aus.

**Rückkehr vermischter Skifahrer.** Aus Bregenz wird uns geschrieben: Die nach einer Skitour als Vermischte gemeldeten Touristen Hermann Maier und Frau sind laut einer von der Sektion Stuttgart des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins ergangenen Mitteilung wohlbehalten in Stuttgart eingelangt.

**Fang einer Riesenzelle im Bodensee.** Wie aus Bregenz berichtet wird, hat in Arbon ein Fischer im Bodensee ein Riesenzell Exemplar von einer Zelle gefangen. Der Fisch mißt in der Länge 102 Zentimeter, hat einen Umfang von 64 Zentimeter und wiegt 30 Pfund.

**Generalversammlung des Männerchores Frohsinn-Eintracht in Bregenz.** Die am Samstag vom Männerchor abgehaltene Generalversammlung nahm einen befriedigenden Verlauf. Die Berichte über die Tätigkeit des Vereins und die Kassagebarung wurden ohne Einwendung zur Kenntnis genommen. Aus den nach einer regen Wechselrede erfolgten Neuwahl gingen Ferdinand Gasser als erster und Fred Wafner als zweiter Vorstand hervor. Die Höhe des Vereinsbeitrages wurde neu festgesetzt.

**Die Gewerbetreibenden in Deutsch-Südtirol.** Am 31. Dezember v. Js. waren im Kammerbezirke Bozen 10.318 Betriebsinhaber mit 7899 Firmen des Erzeugungsgewerbes, 3244 des Handelsgewerbes und 887 der Hilsgewerbe des Handels. Von den am meisten vertretenen Erzeugungsgewerben seien erwähnt: Schuhmacher 780, Tischlereien 520, Sägewerke 480, Kleidermacher 460, Müller 275, Schmiede und Schlosser 260, Damenschneiderinnen 233, Bäcker 230, Fleischhauer 215, Zimmermeister und Wagner je 165, Friseur und Maler je 145, Maurermeister 124, Spengler und Glaser 120, Bildhauer 115, Binder 105, Sattler 100, Mechaniker und Uhrmacher je 75, Elektrizitätswerte und Photographen je 60, Elektro-Installateure 55, Wasserleitungs-Installateure 50, Baumeister 31 usw. Nicht minder interessant sind auch die Zahlen im Gastgewerbebetriebe, nämlich 921 Betriebe mit Fremdenbeherbergung und 704 ohne solche. Im Spezialhandel sind 325 Holz-, 305 Obst- und 237 Weinhandlungen verzeichnet. Gemischtwarenhandlungen gibt es im Bozner Kammerbezirke 962, Spezerei- und Kolonialwarenhandlungen 152, Handlungen mit Landprodukten 193. Viehandel betreiben 141 Personen und Manufakturwarenhandlungen wurden 129, Galanterie- und Kurzwarengeschäfte 149, Mode- und Konfektionshandlungen 86, Agentur- und Kommissionsgewerbe 195 angemeldet. Von den Erzeugungsgewerken beschäftigen nur 41 Betriebe mehr als 10 Arbeiter. Die Statistik, mit jener der Vorjahreszeit verglichen, legt jedoch die Vermutung nahe, daß die Vorschriften der An- und Abmeldungen nicht voll befolgt wurden und die bezüglichen Ziffern bei strenger Nachforschung sich etwas verchieben müßten. Leider fehlt eine Unterscheidung nach deutschen und italienischen Gewerbetreibenden, wodurch die Verdrängung des deutschen Elementes in Südtirol deutlich zum Ausdruck käme.

**Die 100.000-Lire-Spende des Bozner Präsektorskommissärs.** Wie aus Trient gemeldet wird, beabsichtigt der Provinzialverwaltungsausschuß, den Beschluß des Bozner Präsektorskommissärs bezüglich der 100.000-Lire-Spende für das Battisti-Denkmal nicht zu bestätigen, weil die Stadt Bozen aus Anlaß des Reichstagskongresses der Juvendlen und der Grundsteinlegung als Gastgeberin so viele Auslagen zu tragen haben wird, daß die Bozner Finanzen sehr schwer belastet würden, wenn dazu noch die 100.000 Lire der Spende kämen.

**Ein Irrsinniger in der Kirche.** Ein Irrsinniger drang am Sonntag nach der Lebensassenpredigt in die Meraner Pfarrkirche und machte dort Lärm. Die noch anwesenden Leute suchten rasch aus der Kirche zu kommen. Der junge starke Mann drang bis zum Presbyterium vor und wollte sich lange nicht überreden lassen, die Kirche zu verlassen. Er schien sogar itälich werden zu wollen, bis endlich ein Mann, der auf itälich reden konnte, ihn zum Verlassen der Kirche bewog.

**Vorträge und Veranstaltungen.**

**Fragen der praktischen Sozialpolitik.** Donnerstag, den 25. d. M., wird Handelskammersekretär Dr. Hermann Gerhardsinger im Handelskammerbildungsaal um 8 Uhr abends einen zweistündigen Vortrag über Fragen der praktischen Sozialpolitik halten.

**Innsbrucker juristische Gesellschaft.** Herr Universitätsprofessor Dr. Karl Wolf hält am 26. Februar abends um 6 1/2 Uhr einen Vortrag: „Zwed und Ziel des juristischen Studiums“. Der Vortrag findet im Saale Nr. 35 des Landesgerichtes (Schmerlingstraße) statt. Studierende der Universität sind als Gäste geladen.

**Lichtbildervortrag über das Salzbergwerk und die Saline Hall i. T.** Die Kammer für Arbeiter und Angestellte veranstaltet am Freitag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Hotels „Sonne“ einen Lichtbildervortrag über obiges Thema. Vortragender ist Lehrer Gustav Kuprian. Eintritt ist für jedermann frei.

**Freiwillige Feuerwehre Innsbruck.** Am Samstag, den 27. d. M., um 8 Uhr abends, findet im Großglockner „Grauer Bär“ ein Familien-Abend der Freiwilligen Feuerwehre Innsbruck unter Mitwirkung der Sängervereinigung „Wolfsfeiner“ und der Wiltener Musikkapelle statt.

**Großdeutsche Volkspartei für Tirol.**

**Parteiabend:** Am Donnerstag, den 25. d. M., 10 1/2 Uhr abends, Sprechabend im Gasthof zum „Gold. Hirchen“, Zellergasse 9 (Altstadt). Bericht über die gegenwärtige politische Lage. Referent: Abg. Doktor Straßner.

**Fahrplanänderungen.**

Die Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen teilt mit:

Der bisher dreimal wöchentlich zwischen Wien-Paris als Luxuszug geführte Schwyz-Arlberg-Wien-Express wird unter Beibehaltung seines bisherigen Fahrplanes ab 1. März l. J. in einen Schlafwagenzug umgewandelt. Die Umwandlung dieses Schlafwagenzuges wird zum normalen Tarif, also ohne Luxuszuschlag möglich sein und zwar im österreichischen und schweizerischen Durchlauf mit Fahrkarten 1. und 2. Klasse und im französischen Durchlauf mit Fahrkarten 1. Klasse vermehrt um den Schlafwagenschlag. Da durch diese Umwandlung des Arlberg-Expresszuges in der Relation Wien-Schwyz-Paris für den allgemeinen Reiseverkehr zwei weitere Schlafwagenzüge zwischen Wien und Paris dreimal wöchentlich zur Verfügung stehen, wird vom gleichen Tage an der bisher in den Zügen D 139/D 140 (Wien ab um 23 Uhr, Wien an um 6 Uhr 50) zwischen Wien-Paris geführte Schlafwagen aufgelassen.

Weiter wird mit 1. März l. J. die getrennte Führung der Bassener Schnellzüge D 157/D 158 (Wien Westbahnhof ab 23 Uhr 15, ans 25 Uhr 25) in der Strecke Wien-Westbahnhof-Pinz entfallen. Die Wagenzüge dieser Züge werden mit jenen der Schnellzüge D 139 und D 140 zwischen Wien-Westbahnhof und Pinz vereinigt geführt werden. Auf der Brennerstrecke werden bei den Zügen D 267/D 268 die Kurswagen 1. und 2. Klasse München-Meran und bei den Zügen D 265/D 266 die Kurswagen 1. und 2. Klasse München-Bentimiglia mit sofortiger Gültigkeit bis auf weiteres nicht geführt.

Erste Tiroler Radio-Schau.

Die gegenwärtig im Atelier der Radio-Abteilung Tyrolia statt- findende Ausstellung selbstgebaunter Amateur-Empfänger gewährt ein interessantes Bild heimlicher Anteilnahme an der modernsten Erfindung der letzten Jahrzehnte.

Beim Durchschreiten dieser hochinteressanten Ausstellung ist es manchmal schwer zu glauben, selbstgebaute und nicht fabriks- Apparate vor sich zu sehen, mit so großem Fleiß, Geschicklichkeit und Sauberkeit sind viele Apparate aus Amateurchänden hervor- gegangen.

Wäge es nicht mehr lange dauern, daß der schon längst ver- sprochene Sender der „Kavog“ zur Aufstellung gelangt, um auch minderbemittelten Kreisen die Anschaffung von billigen Empfängern zu gestatten.

Außerordentliche Gemeinderatsitzung in Hötting.

Es wird uns berichtet: Am 23. d. M. fand in Hötting eine außerordentliche Gemeinderatsitzung statt. Auf der Tagesordnung stand der Voranschlag für das Verwaltungsjahr 1926.

Dr. Köhl (Soz.) schlug vor, daß man zuerst über den Vor- anschlag in eine Generaldebatte und dann erst in die Spezial- debatte eingehen solle. Da dieser Vorschlag von der Mehrheit nicht angenommen wurde, erließ sich Köhl über die Unterdrückung der Minderheit im Gemeinderat, erging sich in persönlichen Aus- fällen gegen den Finanzreferenten (sein Steckenpferd), erklärte schließlich im Namen seiner Partei, daß er voraussetze, daß der Voranschlag nicht nach dem Geschmack seiner Partei ausfallen werde und daß sie daher keine Ursache hätte, an der Beratung teilzunehmen.

Der Finanzreferent SR. Mader besprach eingehend den Er- folg des abgelaufenen Voranschlags, behandelte Posten für Posten und gab genauen Bescheid über jede Ueber- und Unterschrei- tung im abgelaufenen Verwaltungsjahre.

Erfordernis: 1. Gemeindekanzlei 41.308 S.; 2. Steuerein- hebung 7409 S.; 3. Verwaltung des Gemeindevermögens 2800 S.; 4. öffentliche Beleuchtung 16.967 S.; 5. Sicherheitswache 22.809 S.; 6. Marktpolizei ufm. 2550 S.; 7. Feuerwehr 1275 S.; 8. Sanität 1650 S.; 9. Abgang laut Armenvoranschlag 23.806 S.; 10. Strohen- und Wasserbauten 50.762 S.; 11. Landeskulturrat 1000 S.; 12. Kirch- liche Zwecke 2150 S.; 13. Schulaufwand 43.987 S.; 14. Beitrag zur staatlichen Arbeitslosenunterstützung 8000 S.; 15. Wahlzweck 500 S.; 16. Kapitalzinsen und Steuern 6900 S.; 17. Subventionen 2200 S.; 18. Diverfes 4000 S.; 19. außerordentliches Erfordernis 23.000 S.; Gesamterfordernis 263.227 S.

Bedeutung: 1. Kasseffekt 7904 S.; 2. Vermögenserträge 13.656 S.; 3. diverse Taxen und Gebühren 21.978 S.; 4. Hundesteuer 8000 S.; 5. Wasserzins 12.150 S.; 6. Verzehrungssteuer 2000 S.; 7. Amstaxen und Drucksorten 1500 S.; 8. Abgabenertrags- anteile des Bundes 55.200 S.; 9. Lohnabgabe 48.400 S.; 10. Wert- zuzuwachsabgabe 7000 S.; 11. Gemeindezuschlag zur Landesge- bäudesteuer 51.100 S.; 12. Grundsteuer 37.619 S. Gesamtsomme 267.507 S.

Der Finanzreferent brachte nochmals in Erinnerung, daß es nur bei Einhaltung größter Sparsamkeit möglich ist, die Finan- zierung der Gemeinde im laufenden Verwaltungsjahre in vorge- schlagener Weise durchzuführen. Um 8 Uhr wurde die Sitzung ge- schlossen, mit dem Bedauern, daß die sozialdemokratische Fraktion gerade bei der wichtigsten Sitzung des Jahres die Flucht ergreift.

Zur Protestkundgebung im Stadtsaale.

Unsere Ansicht, daß bei der am Dienstag im großen Stadtsaale abgehaltenen Protestkundgebung die Bevöl- kerung nur das Recht der freien Willensäußerung ge- bracht worden ist und daß es sich sonach um eine gut inszenierte Komödie gehandelt hat, wird auch von dem sozialdemokratischen Parteiorgan geteilt. Die „N. Z.“ geht mit ihrem Urteil sogar weiter: sie spricht von „Theater- donner“ und einem „Sturm im Wasserglase“ und schreibt u. a.:

„Der Sturm, der in Innsbruck entzündet worden ist, könnte der Regierung eine arge Verlegenheit bereiten, wenn die christlich- soziale Landespartei auf die christlichsozialen Nationalräte ein kleines bißchen Einfluß hätte. Aber das ist nun nicht der Fall. Die christlichsozialen Nationalräte, die in Tirol gewählt sind, kümmern sich einen blauen Teufel um die Beschlüsse der christlichsozialen Parteileitung und scheeren sich nicht im mindesten um alle Kundgebungen, die im Lande veranstaltet, und um die Beschlüsse, die in Versammlungen gefaßt werden. Was noch mehr zu beachten ist: die christlichsozialen Nationalräte aus Tirol scheinen sogar das Gefühl für die Schandung des Landes durch die Rede des Herrn Kamel, in der er Deutsch- südtirol verurteilte, verloren zu haben. Die Tiroler christlichsozialen Nationalräte betrachten allem Anscheine nach mit Kamel die Annexion von Deutschsüdtirol als eine für alle Zeiten vollzogene Tatsache. Es ist so, obwohl es der „Tiroler Anzeiger“ lebhaft bestritten, daß ein in Tirol gewählter christlichsozialer Abgeordneter Herr Kamel zu seiner Südtirol verurteilenden Rede herzlich gratuliert hat. Wir sind weit davon entfernt, den Schamlosen Glückwunsch tragisch zu nehmen. Aber symptomatisch ist er! Dürfen wir fragen, welchen Zweck die Protestkündgebung in Tirol hat, wenn in Tirol



Juwel MARGARINSCHMALZ das griesliche Backschmalz KUNEROLWERKE A.G. WIEN

gewählte Abgeordnete derselben christlichsozialen Partei in Wien den Bundeskanzler zu eben derselben Rede beglückwünschen?

Aber, es bleibt ja nicht beim bloßen Glückwunsch, den ein Abgeordneter dem Minister darbringt. Die Tiroler christlich- sozialen Abgeordneten haben ein übriges getan: sie haben die Innsbrucker Kundgebung geradezu nach allen Regeln der Kunst sabotiert. An demselben Tage, wo in Innsbruck die Kundgebung angefaßt worden ist, sind in Wien die in Tirol gewählten christlichsozialen Nationalräte zu einer Sitzung zusammengetreten und haben in dieser beschloffen, dergleichen von einer parlamentarischen Aktion gegen die Regierung Kamel abzusehen! Das „dermalen“ gilt natürlich für die Zeit, da Kamel noch am Ruder ist.

Was soll also der Protestlärm in Tirol, wenn die im Lande gewählten christlichsozialen Abgeordneten es nicht nur ablehnen, die Aktion gegen die Regierung zu unterstützen, sondern ausdrücklich erklären, daß die Regierung, gegen die in Tirol so gemotzt wird — deren Chef sich unzweifelhaft gegen die achtenswertheften Gefühle des Landes schwer vergangen hat —, immer noch die Regierung ihres Vertrauens ist. Diese Protestkündgebungen, die von jenen Männern sabotiert werden, die dem Protest wirksamen Nachdruck verleihen sollten, bleiben deshalb ein bloßer Sturm im Wasserglase. Der Bundeskanzler Kamel kann über diese Protestkündgebung einen lustigen Witz prägen, die Deffianten aber, besonders die auferstirrende Deffianten, wird über diesen Zustand, daß eine Partei protestiert und ihre Abgeordneten sabotieren, große und erstaunte Augen machen.

Ueber die Versammlung selbst, faßt die „N. Z.“, nachdem sie festgestellt hat, daß die Empörung der Bevölkerung ehrlich und ohne jede Rache war, folgendes Urteil:

„Trotz der starken Worte, die von den beiden Rednern ver- wendet wurden, konnte man sich des Eindruckes nicht erwehren: es ist Theaterdonner, der da lärm und tobt! Theater- donner, nicht beachtlich, aber in der Wirkung. Man donnerte gegen die Wiener Regierung, überging es aber mit Stillschweigen, daß die christlichsozialen Tiroler Abgeordneten und mit ihnen der Landeshaupmann Dr. Stumpf in Wien trumpschaftlich be- mühten, der Regierung zu versichern, daß man gegen die feige und bedientenhafte Haltung der Bundesregierung nichts Ernsthaftes zu unternehmen gedente und daß der Empörungsturm in Tirol nur auf eine Reihe „Mißverständnisse“ zurückzuführen sei ...

Im unliebsamen Fragestellung zu verhindern, schimpft man auf die ferne Regierung in Wien und hüßt gleichzeitig die Arm in Arm mit dieser Regierung gehenden christlichsozialen Tiroler Ab- geordneten in das Dunkel nachsichtigen Schweigens. Ist es angeht dieser Tatsache nicht zutreffend, wenn man die Protest- versammlung als einen Sturm im Wasserglase bezeichnet?

Der „Tiroler Anzeiger“ erklärt im Versammlungs- berichte, „man sei nicht zusammengekommen, um genaue Beschlüsse zu fassen“; das Blatt macht dann eine Reihe von „Feststellungen“, die offensichtlich dem Zwecke die- nen, das zwiespaltige Verhalten der dem „T. A.“ nahe- stehenden Partei zu rechtfertigen. Einige dieser „Fest- stellungen“ verdienen hervorgehoben zu werden. So heißt es:

Alle aus Kreisen der Tiroler Volkspartei bisher veröffent- lichten Kundgebungen haben zum Ausdruck gebracht, daß die Erklärungen der Regierung in Tirol nicht befriedigt haben. Keine dieser Kundgebungen enthielt das Verlangen nach dem Rücktritt der Regierung, weil dieses Verlangen ja zur Voraus- setzung gehabt hätte, daß eine Regierung, die gegenüber Italien eine andere Politik machen kann, eingesetzt werden könnte. Dies ist nach allem, was bekannt ist, kaum möglich.

Die Regierung hat, wie wir zu wissen glauben, ihre Erklärungen nicht unter irgend einem unmittelbaren Druck Mussolinis ab- gegeben, sondern unter dem Eindruck der allgemeinen welt- politischen Situation. Diese hat jene Zurückhaltung erfordert, die man in Tirol fälschlich als einen Verzicht auf die Rechtstitel, die der Friedensvertrag uns einräumt, auslegte.

Tirol konnte zum Gebrauch des Wortes „Oberreich“ nicht schweigen. Die Tiroler Volkspartei hat sich fälschlich darum bemüht, dem Proteste eine entsprechende und würdige Form zu verleihen.

Fürs erste: Die Abhaltung der Stadtsaalversammlung war ebenso von der christlichsozialen als auch von der eröbdeutschen Partei beschloffen worden und in dieser Versammlung hätte, wie es ursprünglich ausgemacht war, gegen die Regierung ein Mißtrauensantrag des Tiroler Volkes eingebracht werden sollen. Der „T. A.“ hat als erstes Blatt in Tirol, bevor noch die Plakate mit der Einladung zur Versammlung öffentlich angeschlagen waren, ihren Text veröffentlicht. Und auf den Plakaten stand der Satz:

„Wir verlangen den Rücktritt eines Mini- steriums das im Schlepptau Mussolini ist.“

Darans geht doch hervor, daß das Hauptorgan der christlichsozialen Partei Tirols von dem identischen Zweck der Versammlung gewußt und daß es sich mit ihm identifiziert hat. Erst später, nach der Abgabe der Natio-

nalräte und nach dem Ansturm, der von Wien aus ein- gefloßt hat, kam man davon ab, der Verleumdung eine Entschlebung vorzulegen und man beschloß, sie „leer auslaufen“ zu lassen.

In der Erklärung des Obmannes der Tiroler Volks- partei HSt. Dr. Beer findet sich der Satz:

„Wir erklären freiwillig, daß wir keinen Grund haben, uns für den Fortbestand einer Regierung unter solcher Führung und mit solcher Außenpolitik einzusetzen.“

In etwas verblühter Form ist das eine Aufforderung zum Rücktritt der Regierung. Es ist also japhistisch, zu behaupten, daß keine Kundgebung einer christlichsozia- len Gruppe den Rücktritt der Regierung verlangt habe. Was die Feststellung anbetrifft, daß die Einsetzung einer Regierung, die eine andere Politik gegenüber Italien machen könnte, kaum möglich sei, so nehmen wir das als ein Bekenntnis der christlichsozialen Partei hin, keine anderen Männer zu haben, die sie an Stelle Dr. Kamels stellen könnte.

Ganz neu und aufklärungsbedürftig ist die Feststellung, daß die „weltpolitische Lage“ den stauzier zur Zurückhaltung veranlaßt hat. Die Ausrede ist übrigens nicht schlecht; denn auf das Gebiet der Welt- politik kann alles abgeschoben werden.

Ans der letzten Feststellung könnte geschlossen werden, daß man in Kreisen der Tiroler Volkspartei der Ansicht war, daß die Einbringung einer Entschlebung die Kund- gebung „unwürdig“ gehalten hätte. Die Sache sagt be- ständlich anders: die Unterdrückung des Mißtrauens- antrages, bezw. der Forderung nach einem Rücktritt der Regierung in offener Versammlung durch eine Ent- schlebung war ein Freundschaftsdienst, zu dem sich die Landesregierung über dringendes Ersuchen des Bundeskanzlers bereit erklärte.

Wir meinen also, daß es besser wäre, in allem der Wahrheit die Ehre zu geben. Es kommt ja in diesem Falle schließlich nicht auf parteipolitische Erwägungen und Rücksichten, sondern auf die Volkstimmung an. Und die ist bei der Verammlung am Dienstag, trotz aller Winkelzüge, klar zum Ausdruck gekommen. Wir bleiben auch dabei, daß in der Frage Südtirols nicht die politischen Parteien, sondern nur das Volk selbst zu Worte kommen darf, da sonst die große Gefahr besteht, daß aus einer guten Sache ein böses Parteipolitikum ge- macht wird.

Von nationalsozialistischer Seite wird uns mitgeteilt, daß die Parallelversammlung im Kleinen Stadtsaale improvisiert und nicht von vorneherein beabsichtigt war. Da der Kleine Stadt- saal von Hunderten von Leuten erfüllt war, die von den An- sprachen im Großen Stadtsaale nichts hörten, ergriß Regierungsrat Rargreiter (nicht Dr. Vängle) das Wort, um auf die Bedeutung der Kundgebung kurz hinzuweisen.

Dr. Steidle teilt uns mit, daß es ihm durchaus ferne gelegen war, in seiner Rede irgend jemanden zu schonen. Wenn er vom Ballhause sprach, so wollte er damit den Kreis aller jener verant- wortlichen Personen umfassen, die vom Wiener Ballhausplatz die österreichische Außenpolitik in der bekannt schwächlichen und Süd- tirol verletzenden Weise führen. Dr. Steidle sei auch mit einer ihm am Dienstag nachmittags vorgelegten Entschlebung, in der der Rücktritt der Regierung gefordert wurde, einverstanden gewesen; was mit der Entschlebung dann weiter geschehen sei, entziehe sich seiner Kenntnis. (Dr. Pembaur erklärt hiezu, daß er die von ihm ausgegangene Entschlebung überhaupt nicht mehr zurückbekommen habe.)

Dr. Pembaur ist aufgefordert worden, seine Rede am Sonntag in Wien, in einer in der Großen Stadtsaale stattfindenden Kund- gebung für Südtirol zu wiederholen. — Von den nationalen und katholischen Studententreffen wird geplant, in Innsbruck eine zweite Volksversammlung bei Ausschaltung aller Politiker abzuhalten.

Der Bericht über die Protestkundgebung ist von der am li- chen Nachrichtenstelle verstmittelt weiter gegeben worden; Dr. Pembaur ist als Redner überhaupt nicht erwähnt worden und seine Ausführungen sind, soweit sie nicht die Person des Bundeskanzlers betrafen, und daher überhaupt unterdrückt wurden, dem Abgeordneten Fischer in den Mund gelegt worden.

Beratungen der großdeutschen Parteileitung in Wien.

Wien, 25. Febr. (Priv.) Parteiamtlich wird verkauft: In der gestern unter Vorsitz des Parteiohmannes Doktor Bottawa abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des groß- deutschen Abgeordnetenklubs und Parteivorstandes wurde auf Grund der vorliegenden Berichte die in Tirol herrschende Bewegung einer eingehenden Beratung unterzogen. Da der Obmann der Tiroler Landes- parteileitung der Großdeutschen Volkspartei, Dr. Sepp Strassner, in folge der Zuspizung, die die Lage in Tirol erfahren hat, im letzten Augenblick am Er- scheinen verhindert war, wurde der Abschluß der Aussprache über den Gegenstand einer besonderen für die nächste Woche einberufenen Sitzung vorbehalten.

Die Wirkungen des Boykottes gegen Italien.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet aus Rom, daß die Handelskammer Genua einen fast 30 prozentig- gen Rückgang der Verladung nach deutschen Häfen innerhalb zwei Wochen feststellt. Demnach würde sich die Boykottbewegung gegen Italien bereits sehr stark fühlbar machen. Die Angaben der Handels- kammer Genua finden auch eine Bestätigung in dem Rückgang des Durchzugsverkehrs auf der Strecke Brenner—Innsbruck. Diese Verminderung ver- anschaulichen nachstehende Zahlen:

Table with 4 columns: Year, Wagons, Trucks, Cattle. Rows for Dec 1924, Dec 1925, Jan 1925, Jan 1926, and Feb 15, 1925-1926.

Zu der Zeit vom Dezember 1925 bis Mitte Februar d. J. ist also gegenüber dem gleichen vorjährigen Zeit- raum im Durchzugsverkehr von Italien nach Deutsch- land, soweit die Brennerstrecke in Betracht kommt, ein

Rückgang von 25 Zügen mit 8111 Wagen und 95.24 Tonnern zu verzeichnen. In Geld umgerechnet, ergab dies eine erfreuliche Summe, um die die italienische Ausfuhr verkürzt erscheint.

Für den Rückgang des Fremdenverkehrs nach Italien liegen folgende Daten vor: In der Zeit vom 1. bis 10. Februar 1925 passierten mit dem Zuge Berlin—Mailand—Rom Nr. 261 1676 Reisende; in der gleichen Zeit dieses Jahres war dieser Zug nur von 204 Reisenden besetzt.

Kein Nachlassen des Boykotts.

Berlin, 24. Febr. Der Boykott gegen Italien zeigt kein Nachlassen. Im Berliner Großhandel unterzeichneten elf Firmen die Verpflichtung, drei Monate lang keine italienischen Waren zu beziehen.

Eine sächsische Kundgebung für Südtirol.

Aus Plauen i. B. wird uns berichtet: Ueber Einladung des Gaues „Vogtland“ des Alldeutschen Verbandes sprach am 22. d. M. Postdirektor Vogatschnigg aus Wien im Saale der „Freundschaft“ in Plauen i. B. Die viele Hunderte zählenden Zuhörer jubelten dem Redner aus Oesterreich zu, besonders als er der Not der Stammesbrüder in Südtirol gedachte und zum Boykott gegen Italien aufforderte.

Wie in Südtirol Steuergelder verwendet werden.

Aus Bozen wird uns geschrieben: Wo es sich darum handelt, einträgliche Stellen zu vergeben, stellen die Faschisten ihren Mann. In hervorragendem Maße bewährt sich dabei die Einrichtung der Präfekturskommissäre (Zwangsbürgermeister).

Die Steuergelder werden zu nationalen Sammlungen und Spenden verwendet — so zeichnete bekanntlich der Bozner Präfekturkommissär Dr. Stefanini aus den Geldern der Stadt für die bevorstehende Errichtung des Cesare Battisti-Denkmales einen Betrag von 100.000 Lire.

Die Jahreshauptversammlung des Landesverbandes für Fremdenverkehr in Vorarlberg.

Wie kurz berichtet, fand am Sonntag in Schruns die Jahreshauptversammlung des Landesverbandes für Fremdenverkehr in Vorarlberg statt. Der Obmann des Verbandes Bürgermeister Doktor Ring betonte einleitend, daß der Verband der Einladung, die Versammlung in der größten Halle abzuhalten, gerne Folge geleistet habe.

gemacht. Die Verbandsleitung begrüßt das Projekt der Pfänderbahn auf das lebhafteste und ist in dem Arbeitsausschuß durch drei Mitglieder vertreten. Schließlich hielt der Vorsitzende einen

Rückblick über die Fremdenbewegung im Jahre 1925

und führte die statistischen Ziffern an, die von der Landesregierung gesammelt wurden. Danach betrug die Zahl der gemeldeten Fremden in der Zeit vom 1. November 1924 bis 31. Oktober 1925 129.391 mit 410.899 Uebernachtungen. Nach der Herkunft stehen die Fremden aus dem Deutschen Reich mit 63.274 an der Spitze.

Auf dem Gebiete des Telephon- und Telegraphenwesens wurden ebenfalls bedeutende Fortschritte erzielt. Der Stand der

Telephon-Teilnehmerstellen in Vorarlberg

betrug mit 31. Dezember 1925: 1361 Einzelanschlüsse, 659 Gesellschafts- und 63 Landanschlüsse, 90 Dienststellen, 550 Nebenstellen, zusammen 2723 Stellen. Auch im Postdienste sind verschiedene Verbesserungen in Bezug auf raschen Zu- und Abtransport der Brief- und Paketpost, insbesondere aus der Richtung Wien, zu verzeichnen.

Aus dem Bericht des Schriftführers Dörfler war hervorzuheben, daß der Verband stets der Aushebung des Päch- und Bismuzwanges das größte Augenmerk gewidmet hat. Die Mitgliederbewegung im Jahre 1925 bot leider nicht das erfreuliche Bild des Vorjahres. Die Zahl der Mitglieder ist fast gleich geblieben, jedoch konnte in den Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen eine Steigerung erzielt werden.



Leichte Ermüdbarkeit des Kopfes, vorzeitige Ermüdbarkeit der Spannkraft u. dergl. deutet auf schwache Nerven (Neurosthenie). Wer seine Nerven mit Sanatogen kräftigt, wird nicht nur des Tages Mühe leichter überwinden, sondern nach beendeter Arbeit auch noch Kraft zu frohem Genuß haben.

Sanatogen ist Nervennahrung, kein Reizmittel! In mehr als 24.000 schriftlichen Gutachten namhafter Ärzte wird seine Zuverlässigkeit und nachhaltige Wirkung bezeugt. So schreibt Herr Sanitätsrat Dr. med. Eckstein in Leipzig:

„Zeit Jahren habe ich Sanatogen in meiner Praxis verwendet und habe besonders in der Rekonvaleszenz nach schweren Krankheiten und in Fällen von Blutarmut und geistiger Ermüdbarkeit und Abspannung sehr gute Resultate gesehen. Es ist ein Nervenkraftigungsmittel allerersten Ranges, das durch kein anderes Präparat ersetzt wird.“

Jeder kann sofort einen Versuch mit Sanatogen machen, da es schon in Packungen von S 2.65 an in allen Apotheken und Drogerien zu haben ist.

Die aufklärende Broschüre „Wegweiser zu Gesundheit und Lebensfreude“ erhalten Sie auf Wunsch kostenlos durch die

2601 Sanatogenwerke Bauer & Cie., Berlin SW 48.6.

Bei lästigem Husten raten wir Ihnen Sagitta-Bonbons zu nehmen. Lösen den Schleim, lindern die Schmerzen. In allen Apotheken erhältlich. G.-V. f. Oesterreich: Alte Hof-Apotheke, Salzburg. 81 g

wurden. Die Mitgliedsbeiträge für das Jahr 1926 wurden in der gleichen Höhe wie im Vorjahre festgelegt und zwar: Einzelmitglieder 2 S, Gewerbetreibende und kleinere Gasthöfe 3 S, für Vereinigungen und Gasthöfe mit zehn Betten 10 S, für Banken, Brauereien und Großgasthöfe 20 S.

Kommerzialrat Simma überbrachte als Vertreter des Bregenzerwaldvereines in der Verbandsleitung die Einladung, die nächste Hauptversammlung in Bezau abzuhalten, welche Anregung die Zustimmung der Versammlung fand.

Im Aufhänger hat Herr Burtscher-Bludenz um die Behebung verschiedener Uebelstände am Bahnhof in Bludenz. Ing. Jäger vom Gewerbebund erörterte die äußerst miffliehen Verhältnisse beim Postamt in Schruns, was der Bedeutung des Ortes als Fremdenort durchaus nicht entspreche. Postrat Windhager erwiderte dem Vortrager, daß in den trostlosen Postverhältnissen in Schruns erst dann eine Aenderung eintreten könne, wenn für das Postamt bessere und entsprechende Räume beigelegt werden.

Bürgermeister Dr. Ring versicherte zum Schluß, daß die Verbandsleitung die vorgebrachten Wünsche bei den kompetenten Stellen vertreten werde.

Theater+Musik+Kunst

Stadttheater Innsbruck. Donnerstag abends halb 8 Uhr zum zweitenmale die Operettenneuheit „Paganini“, Operette in drei Akten von Franz Lehár. Neue Ausstattung und Dekorationen. Intendanz Spielleiter Oswald Czechowsky. Musikalische Leitung Direktor Max Köhler. Sella Berl Weingart als Gast. Violinist vom Konzertmeister Bela des Künstlertrios „Boheme“ vom Hotel „Maria Theresia“, Gemüthliche Preise. Freitag abends halb 8 Uhr Urania-Operette zu keinem Preise. „Die große Unbekannte“, Operette in drei Akten von Franz von Suppé. Nichtmitglied der Urania-Theatergemeinde zahlen die vollständigen Preise. Samstag 3 Uhr nachmittags Schülerausstellung zu ganz kleinen einheitsweisen Preisen (80 und 40 Groschen) Wiederholung der Andreas-Hofer-Gedenkfeste „Die Bubens von der Halesburg“, vaterländisches Schauspiel in vier Bildern von Hans Bator. Vorkauf der Eintrittskarten an der Tageskasse des Stadttheaters.

„Paganini“, Operette von Franz Lehár. Nicola Paganini, der Zauberer auf der Geige, als Mittelpunkt in ein paar bühnengerecht aufgebaute Episoden seines Lebens gestellt — das ist das Gesehen, das diesem Stück zugrunde liegt. Daß dabei den Frauen eine ausschlaggebende Rolle zufällt, erklärt sich nicht bloß daraus, daß man es mit einer Operette zu tun hat, sondern entspricht auch den historischen Tatsachen — ob in jedem Detail möge freilich dahingestellt bleiben. Aber das ist nebensächlich, denn Paganinis Lebenslauf ist durchaus noch nicht nach allen Einzelheiten hin ausgeheilt. Existiert doch ein Zeitraum von nicht weniger als zwölf Jahren, von dem wir überhaupt nichts wissen; auch der Meister selbst hat sich darüber später nie geäußert. Auf die Ereignisse, die diesen zwölf Jahren am Hofe von Lucca vorausgingen und die vielleicht Anlaß für das jahrelange freiwillige oder unwillkürliche Verschwinden Paganinis von der Bildfläche waren, nimmt das von Knepler und Zembach geschriebene Legbuch Bezug; Paganini flüchtet aus den Armen der Fürstin von Lucca wie aus denen der Primadonna der Lucaner Oper, um fortan nur seiner geliebten Kunst zu dienen. In einer Regung von Edelemt läßt ihn die Fürstin samt seinem Impresario ziehen, das Herz der Sängerin findet aber Erfolg in Pimpinelli, den fürstlichen Kammerorchester. Das ist in kurzen Zügen die eigentlich etwas magere Handlung, sie ist aber so geschickt hergerichtet, daß man kaum je auf wirklich leerlaufende Stellen stößt. Und vor allem hat Franz Lehár dazu ein Musik geschrieben, die meines Erachtens zum Besten gehört, was dieser fruchtbare Komponist bisher geleistet hat, eine Musik, die sich in allem und jedem wirklich hören lassen kann, in der alte und moderne Tanzweisen, Arien und Duette, Chöre, Marsche usw. in der glücklichsten Weise einander ablösen, eine Nummer packender ist als die andere in ihrer Erfindung, Rhythmus, Instrumentation. — Das Werk erlebte unter Czechowskys Spielleitung, der speziell die geschickte Verwertung des Chores im zweiten und dritten Akt als verdienstlich gebucht sei, und unter Direktor Köhlers musikalischer Leitung eine gut vorbereitete, hübsche Aufführung. Den Paganini gab Hugo Bauer recht sympathisch, aber doch nicht ganz so, wie man ihn sich vorstellt; Paganini ist vor allem eine dämonische Figur und in dieser Hinsicht blieb mancher Wunsch unerfüllt. Daß Sella Weingart „a. G.“ die gefanglichen Qualitäten für eine italienische Primadonna nicht besitzt, wird sie wohl selbst wissen; eher für eine Primadonna. Was aber sonst in den Hauptrollen tätig war, füllte seinen Platz voll aus: Grete Ehrlich als hochstehende Fürstin ebenso wie als liebendes Weib, der aus unverwundlicher Komik zusammengesetzte Dithmar Jäbro in der Partie des Pimpinelli und Theo Knapp als geschäftstüchtiger Impresario. Die zahlreichen Chöre trugen ebenso zum Erfolg des Abends bei, ganz besonders aber Konzertmeister Bela, der die schwierigen violinistischen Einlagen mit Bravour wiedergab. Dem Stück wurde von Seiten des Publikums eine herrliche Aufnahme zuteil.

Theater in St. Nikolaus. Am Dienstag den 2. März abends 8 Uhr gelangt im Theaterpark Innstraße 107 unter der Spielleitung J. M. Kainers das vieraktige Volksstück „Der Bergfried“ von Caroline Häußer, das seinerzeit zu den Zugzügen des Pradler Bauerntheaters zählte, mit Herrn Karl Rauter als Gast zur Aufführung. Kartenvorverkauf bei Frischhuf, Kirchgasse 11, und Max Sunkosky, Innstraße 31.

Puppentheater. Sonntag den 28. d. M. 5 Uhr nachmittags „Hänsel und Gretel“, nach dem gleichnamigen Märchen von Grimm, hierauf „Die kleinste Sängerin“ und zum Schluß „Peter bei Doktor Faust“. Kartenvorverkauf bis Samstag abends 6 Uhr bei Irma Ghedina, Maria-Theresienstraße 25, Sonntag ab 2 Uhr im Puppentheater.

Musikverein Innsbruck. Am Donnerstag den 25. d. M. abends 8 Uhr im Musikvereinsaal Liederabend der Konzertjungen Frau Emilie Rutschla, Wien. Im Klavier Direktor Emil Schennich. Restliche Karten und Liedertexte an der Tages- und Abendkasse. Donnerstag den 4. März im großen Stadtsaal Hofintendant des Konzertmeisters an der Wiesbadener Staatsoper Josef Veisacher; am 11. März im Hoftheatergebäude. Kartenvorverkauf am 2., 3. und 4. März im Musikvereinsgebäude.

Radio Wien 590. 8.15 Uhr: Opernaufführung „Siegfried“ von R. Wagner (3. Akt).

Radio Graz 397. Wiener Programm.

Turnen+Sport+Spiel

Der Wasserport auf den bayerischen Flüssen, München, am 24. Febr. Der Wasserport auf den bayerischen Flüssen, der bisher von einer Erlaubnis abhängig war, soll nach einer vom bayerischen Innenministerium beantragten Aenderung des Wassergesetzes freigegeben werden. Das Befahren aller Ströme mit Rudern, Falt- und Segelbooten soll grundsätzlich gestattet sein, dagegen nicht das Fahren mit Motorbooten und anderen Fahrzeugen mit eigener Antriebskraft. Im einzelnen soll der Wasserport, da sich nicht alle Flüsse zum Befahren eignen und das Ministerium die öffentlichen Interessen und die Sicherheit zu schätzen beabsichtigt, polizeilich geregelt werden. Die Freigabe erstreckt sich nicht auf nichtöffentliche Seen und andere geschlossene Gewässer.

# Der Bericht über die Untersuchung in der Frankenfälscher-Affäre.

AB. Budapest, 24. Februar.

Der in der Nationalversammlung heute eingezeichnete Bericht des Untersuchungsausschusses über die Frankenfälschungssache kommt hinsichtlich der politischen Beurteilung des Verbrechens zu folgendem Resümee:

Nach gründlicher und gewissenhafter Prüfung und Erwägung des zur Verfügung stehenden Materiales hat der Ausschuss festgestellt:

1. Der Idee des Verbrechens, seiner Anregung, Unterstützung und Deckung standen sowohl die Regierung wie alle Mitglieder der Nationalversammlung fern.
2. Nach Aufdeckung des Verbrechens nehmen der Ministerpräsident und die Regierung alle Mittel in Anspruch, um die Strafangelegenheit in jeder Richtung aufzuklären und die Täter und Teilhaber an dem Verbrechen vor die zuständigen Gerichte zu stellen.
3. Im Zusammenhang mit der Verübung des Verbrechens tauchten in bezug auf die Vorbeugung und Verhinderung sowie in bezug auf die Feststellung der Rolle der Täter und der Teilhaber keinerlei Erscheinungen auf, aus denen die politische Verantwortung irgend eines Regierungsmitgliedes festgestellt werden konnte, sei es in der Form irgend einer tatsächlichen Verfügung oder sei es in der Form einer Unterlassung der rechtzeitigen Vornahme der notwendigen Maßnahmen.

Da der Ausschuss in dieser Angelegenheit keinerlei Notwendigkeit weiterer Maßnahmen erblickt, möge die Nationalversammlung den Ausschussbericht billigen zur Kenntnis nehmen und das Verfahren des Ausschusses als beendet betrachten.

In dem Bericht wird darauf verwiesen, daß der Ausschuss sich zu Beginn seiner Tätigkeit folgende drei Punkte zur Aufgabe gemacht habe:

- a) Was wurde mit dem Verbrechen der Frankenfälschungen bezweckt und von welchen Zielen ließen sich die Täter bei der Begehung des Verbrechens leiten?
- b) Falls sie von politischen Zielen geleitet wurden: Sündet es sich um die Tätigkeit einer Gesellschaft, die sich gelegentlich zusammengefunden hätte oder können die Täter in Verbindung gebracht werden mit irgendeinem in verantwortlicher Stellung befindlichen oder führenden Politiker, bezw. mit einem politischen oder gesellschaftlichen Verein?
- c) Sind im Zusammenhang mit der Begehung des Verbrechens, hinsichtlich seiner Vorbeugung und Verhinderung sowie hinsichtlich der Feststellung der Personen der Täter Erscheinungen zutage getreten, auf Grund deren die politische Verantwortlichkeit der Regierung festgestellt werden könnte?

Der Bericht gibt eine sehr ausführliche und mit der Anklageschrift in fast allen Einzelheiten übereinstimmende Darstellung des Tatbestandes. Der Gedanke der Geldfälschung stammt nach Aussage Windisch-Graetz nicht von ihm, sondern vom Ausland, nach Aussage Rabas aus Deutschland. Windisch-Graetz hat sich, nachdem er sich im Auslande ein Fachgutachten über die technischen Einzelheiten der Geldherstellung verschafft hatte, mit dem Leiter des kartographischen Instituts in Verbindung gesetzt und von ihm unter Berufung auf patriotische Ziele einen geeigneten technischen Fachmann verlangt. Hajits hat dann Windisch-Graetz mit Gerö bekannt gemacht, der sich dem Unternehmen anschloß, nachdem eine Berufung auf Radosy erfolgte.

### Die erste Mitteilung an Bethlen.

Was die Mitteilungen des Leiters des Ung. Tel.-Korr.-Büros Rozma an den Ministerpräsidenten anlangt, so hat dieser keine Information, die er von einem ihm bis dahin vollkommen unbekanntem Manne erhalten hat, dem Ministerpräsidenten in den Wandelgängen des Abgeordnetenhauses ein passantes mit den Worten zur Kenntnis gebracht: „Erzellenz! Man hat mir gestern einen so phantastischen Blödsinn zugetragen, daß ich ihn kaum zu erzählen wage. Ein Herr, den ich nicht gekannt habe und dessen Namen ich auch nicht nennen darf, hat mir die Mitteilung gemacht, im Nationalverband befänden sich falsche Frankennoten, die binnen kurzem wertlos werden sollen.“

Nach Aussage Rozmas habe ihn der Ministerpräsident erstaunt angeblickt und sei mit den Worten: „Ich danke“ weitergegangen.

Auf Grund der Mitteilung hat Bethlen an Baron Perenyi ein Schreiben gerichtet, das mit der darauf ergangenen Antwort bereits in der Presse veröffentlicht worden ist.

Alle Teilhaber der Strafhandlung berufen sich im allgemeinen auf die patriotischen Ziele, ohne jedoch eine einheitliche Richtung zu bezeichnen. Namentlich übereinstimmend seien auch ihre Angaben, daß sie den

### Sturz der gegenwärtigen Regierung

herbeiführen wollten. Es könne auch festgestellt werden, daß die Aktion nicht frei von gewissen materiellen Absichten war.

Nach Darstellung des Tatbestandes und der wesentlichen Momente geht der Bericht auf die Frage der Verantwortlichkeit über. Raba hat in seiner vor dem Ausschusse gemachten Aussage erklärt, die Regierung habe um die Sache gewußt. Der Ausschuss stellte fest, daß Raba diese Erklärung nicht als eine Tatsache hinstellte, die er aus unmittelbarer Erfahrung wisse, sondern als eine Folgerung aus den angeblichen Neußerungen Windisch-Graetz' und Radosy's abgeleitet habe.

Die sonstigen vom Ausschuss erfohten Daten lassen diese Erklärung nicht nur nicht als unwahrscheinlich erscheinen, sondern widerlegen sie auf das entschiedenste. Es kann festgestellt werden, daß nicht nur

### Keinerlei positive Daten für eine Unterstützung von Seite der Regierung

vorhanden sind, im Gegenteil, die vorgebrachten Umstände beweisen und die logischen Folgerungen sprechen gerade für das Gegenteil einer solchen Voraussetzung.

Windisch-Graetz hat auf die Frage, ob die Aktion die Unterstützung der Regierung gefunden habe, die Antwort verweigert. Daß jedoch auch er dies nicht voraussetzen konnte, geht aus den vor dem Ausschuss gemachten und mit Tatsachen gestützten

### Neußerungen des Grafen Bethlen

heraus, der erklärt hat, daß die Behauptung, die Tätigkeit der Geldfälscher wäre mit seinem Wissen und seiner Zustimmung erfolgt, eine reine Lüge sei. Im Gegenteil, Radosy habe wissen müssen, daß Bethlen eine Geldfälschung, sei es zu irredentistischen oder zu anderen Zwecken, auf das entschiedenste verurteile, da er Radosy ausdrücklich angewiesen habe, solche Versuche zu verhindern.

Der Ausschuss hat auch die Aussagen der eine sekundäre Rolle spielenden Teilhaber der Aktion geprüft und festgestellt, daß der Vorwurf, als ob diese Aktion die Unterstützung der Regierung gefunden hätte, vollkommen grundlos sei.

Der Ausschuss machte weiter die Feststellung, daß die Mitteilung Rozmas keinerlei Anzeichen gleichkomme, die eine Einleitung eines politischen Verfahrens notwendig gemacht hätte. Trotzdem habe Ministerpräsident Graf Bethlen sofort von Baron Perenyi Aufklärungen verlangt. Der Ausschuss stellt fest, daß der Ministerpräsident im Zusammenhang mit den Mitteilungen Rozmas und dem Brief Perenyis alle notwendigen Maßnahmen getroffen hatte und daß ihn in dieser Hinsicht nicht die geringste Unterlassung treffe. Was die

### politische Verantwortung des Ministers des Innern

betrifft, hat der Ausschuss festgestellt, daß der Minister am 18. Dezember von der Frankenfälschungssache Kenntnis erhalten hat,

**MUSIKVEREIN INNSBRUCK**  
 Donnerstag, 25. Februar, 8 Uhr, im Musikvereinsaal  
**Lieder-Abend**  
 der Konzert- und Oratoriensängerin  
**Emilie Rutschka (Wien)**  
 am Klavier: Direktor Emil Schennich.  
 Gesänge von: Schubert—Pfitzner—Schennich—Wolf—Reger. 5464

**Behufs Ehe**  
 wünscht intelligenter, sehr gut situerter und tüchtiger arischer Kaufmann, Mitte Zwanzig, von Renommee, aus distinguerter Familie, eine ebenbürtige, sympathische und häuslich wohlgezeugte Tochter aus gutem Hause, die Vorliebe und Fähigkeiten für ein größeres Geschäftshaus besitzt, kennen zu lernen. Korrespondenz streng diskret unter „Frühliche Ostern 1926 Nr. 25 g“ an die Verwaltung dieses Blattes.

als Jankovich in Holland wegen Inverkehrsetzung falscher Frankennoten verhaftet wurde. Ueber Aufforderung des Ministerpräsidenten habe der Innenminister den Polizeichef Radosy angewiesen, in dieser Angelegenheit einen Bericht zu erstatten. Radosy hat diesen Bericht am 19. Dezember erstattet und gestanden, daß er die Befehle des Ministerpräsidenten nicht erfüllt habe. Dies mußte zu einem Verdacht Anlaß geben, der jedoch nicht über die Voraussetzung hinausgehen konnte, daß sich Radosy ein amtliches Pflichtversummäis habe zuschulden kommen lassen. Am 22. Dezember traf die Mitteilung der Amsterdamer Polizei ein, Jankovich habe sich auf Radosy berufen. Radosy wurde am gleichen Tage von der Polizei einvernommen, leugnete jedoch auf das entschiedenste, von einer Frankenfälschung etwas zu wissen. Er gestand nur, den Kurierpaß für Jankovich verschafft zu haben.

Der Minister des Innern forderte nach Erhalt der Haager Zuschrift Radosy sofort auf, sich an den Erhebungen nicht weiter zu beteiligen, seinem Amte fern zu bleiben und um einen Urlaub anzufuchen. Am 25. Dezember ließ der Minister des Innern Radosy und Windisch-Graetz zu sich bestellen, um von ihnen weitere Daten für die Untersuchung zu erlangen. Durch das Gespräch wurde der Minister in der Annahme bestärkt, daß Windisch-Graetz an der Strafangelegenheit unbedingt beteiligt wäre und daß auch Radosy davon wissen müsse.

Der Verdacht bestand also. Zur Einleitung des Strafverfahrens standen jedoch keine genügenden Daten zur Verfügung.

Im Zusammenhang mit dem Untersuchungsverfahren wurde in den Ausschussberatungen mit Recht die Frage aufgeworfen, warum den Ausschussmitgliedern mit Recht die Frage aufgeworfen, warum Rozma, der dem Ministerpräsidenten die erste Mitteilung im Zusammenhang mit der Frankenfälschungssache machte, und Baron Perenyi, der den Brief an den Ministerpräsidenten gerichtet hatte, nicht verhört worden sind. Es wurde jedoch festgestellt, daß sich der

### Ministerpräsident gar nicht mehr erinnerte,

daß ihm Mitteilungen von Rozma gemacht wurden. Windisch-Graetz leugnete nach am 31. Dezember bei der Polizei seine Schuld auf das entschiedenste, worüber der Innenminister an den Ministerpräsidenten einen Bericht erstattete. Der Ministerpräsident und der Innenminister beschloßen einmütig, die Strafangelegenheit bis in die kleinsten Details aufzudecken. Es konnte jedoch auch keinem Zweifel unterliegen, daß aus der Aufdeckung des Verbrechens sich ein ungeheurer Skandal entwickeln werde, der für das Land sowohl innen- wie außenpolitisch von schweren Folgen begleitet sein müßte. Dieses Motiv ermahnte zu einer gewissen Bedachtsamkeit und weitgehender Umsicht, um zu verhindern, daß etwa unbegründete Anschuldigungen gegen hohe Funktionäre erhoben werden. Aus diesem Grunde vereinbarte der Ministerpräsident mit dem Minister des Innern, die Presse und die Parteien in einer gewissen Richtung zu informieren, damit die Verhaftung Windisch-Graetz' und Radosy's auf die öffentliche Meinung nicht eine übermäßig beunruhigende Wirkung ausübe. Windisch-Graetz wurde nach am selben Tage in Gewahrsam gebracht. Am 3. Jänner gestand Radosy dem Innenminister, nachdem ihm die Verdachtsmomente vorgehalten wurden, seine Schuld, daß er zu einer schriftlichen Abfassung seines unter vier Augen gemachten Bekenntnisses nur unter der Bedingung geneigt, wenn er mit Windisch-Graetz, dem er versprochen hatte, keine Aussagen zu machen, eine Unterredung führen dürfe. Als Folge dieser Unterredung legte auch Windisch-Graetz am 4. Jänner ein Geständnis ab, worauf die Verhaftung der beiden erfolgte.

Der Ausschuss stellt daher fest, daß eine politische Verantwortung des Ministers des Innern, sei es durch faktische Maßnahmen, sei es durch Unterlassungen nicht vorliege. Nach der Erörterung der Frage der falschen Fälscher kommt der Bericht auch auf die angelegte

### Rolle des Erzherzogs Albrecht

zu sprechen und stellt als Tatsache fest, daß keinerlei Daten dafür vorhanden sind, als ob die Aktion mit irgendeiner royalistischen Bewegung im Zusammenhang gestanden wäre. Die Leiter des kartographischen Instituts gaben an, daß sie ihrer vorgeordneten Behörde in keinerlei Form über die Bonhnotenaffäre jemals Bericht erstatteten. So bedauerlich auch der tragische Vorfall ist, muß festgestellt werden, daß die vorgeordnete Behörde des kartographischen Instituts nicht in der Lage war, die Fälschungen zu verhindern. Der Ausschuss hat auch den

### Grafen Teleki einvernommen,

dessen Aussagen der Oeffentlichkeit bereits bekannt gegeben wurden, als sie Graf Teleki vor der Polizei abgab. Der Ausschussbericht weist punktweise nach, daß Teleki in der Uebersetzung lebte, die geplante Aktion sei undurchgeführt geblieben. Im Zusammenhang mit der Frage, ob der Ministerpräsident, der bereits im Jänner 1922 Kenntnis davon hatte, daß sich Windisch-Graetz mit dem Plane der Fabri-

Wollen befreit; das ist die wahre Lehre von Wille und Freiheit.  
Friedrich Nietzsche

## Tirol, Oesterreich und Deutschland.

Von Dr. Herm. Wopfner, o. Professor an der Universität Innsbruck.  
(Schluß)

Im Zusammenhang mit politischer Freiheit steht immer auch die Wehrhaftigkeit. Ohne diese lassen sich die politischen Rechte auf die Dauer nicht behaupten. Seit dem Mittelalter besaß Tirol seine Wehrverfassung, die dann 1511 auf lange hinaus durch Landtag und Landesfürsten gesetzlich geregelt wurde. Um das Volk wehrfähig zu erhalten, wurde Bedacht genommen, es schon in Friedenszeiten im Gebrauch der Waffen zu üben. Das für Tirol charakteristische Schützenwesen und die Schießfähigkeit erreichten im Zusammenhang mit der durch die Landesverteidigungsgefeße gegebenen allgemeinen Wehrpflicht eine Blüte, wie sie den übrigen österreichischen Ländern unbekannt war.

Die Zusammensetzung des tirolischen Volkstums und die Eigenart seiner kulturellen Entwicklung bringen eine ausgesprochene Sonderstellung der Tiroler gegenüber den anderen Bewohnern der österreichischen Ostalpenländer mit sich. Trotz dieser tirolischen Eigenart mußte die Verbindung Tirols mit Oesterreich nicht notwendig nachteilig wirken, so lange die österreichische Regierung diese Eigenart anerkannte und ihre Politik danach einrichtete. Wohl aber mußte im Laufe der Zeit die Angliederung an Oesterreich mit den Verkehrsinteressen des Landes, wie sie sich aus seinen von der Natur vorgeschriebenen Verkehrsbedingungen ergaben, in Widerspruch geraten. Durch die Art, wie Tirol durch Täler und Pässe nach außen aufgeschlossen ist, sind dem Verkehr des Landes die Wege nach Norden und Süden gewiesen. Die nordüblichen Verkehrslinien über Brenner und Reschen-Scheidel sind seit alters für die Wirtschaft und die Kultur des Landes entscheidend gewesen. Schon von den vorgeschichtlichen Zeiten an hat der Brennerweg internationale Bedeutung besessen. Im deutsch-italienischen Verkehr des Mittelalters und der Neuzeit rückt der Brennerweg an die erste Stelle. Demgegenüber tritt die Bedeutung der westöstlichen Verbindungen, der Wege aus dem Innthal ins Salzburgerische und durch das Drautal nach Kärnten weit zurück; sie vermitteln nur Verkehrsbeziehungen von untergeordneter Art, diefer inneralpine Verkehr verband nicht

Gebiete von ähnlich hoher Kultur und ähnlicher Intensität des Wirtschaftslebens wie Süddeutschland und Italien.

Seine Verkehrsbeziehungen, wie sie von der Natur vorgezeichnet waren, forderten den engsten Anschluß Tirols an Süddeutschland, namentlich an das stammesverwandte Bayern. Nach dem Anschluß an Oesterreich trat die staatliche Verbindung in Widerspruch mit der wirtschaftlichen und kulturellen. Fühlbar wurde dieser Widerspruch, als in Oesterreich ein Zentralismus zur Ausbildung kam, der das ganze Ostalpengebiet zu einem einheitlichen Wirtschaftskörper zusammenfügen wollte. Seit den Zeiten Karl VI. begannen die Bestrebungen — die, vom gesamtösterreichischen Interesse aus betrachtet, gewiß verständlich sind —, den Handel nach Triest bemuht zu fördern und von Venedig abzulernen. Den Verkehrsinteressen Tirols mußte eine solche Verkehrspolitik natürlich aufs schärfste widersprechen. Die geographische Lage Tirols, das in der Planie der österreichischen Ländermasse nach Westen vorgelagert und zu meist von staatsfremdem Gebiet umschlossen war, machte es sehr schwer, ja oft geradezu unmöglich, die Interessen des Landes mit jenen des Gesamtstaates in Uebereinstimmung zu bringen.

All die erwähnten Gegenstände traten solange wenig in Erscheinung, als Tirol innerhalb des österreichischen Länderkomplexes sich der größten Selbständigkeit erfreute. Bis 1663 hatte Tirol zumeist seine eigenen Landesfürsten. Auch nach dem Erlöschen der tirolischen Sekundogenitur des Hauses Habsburg ist zunächst an der Selbständigkeit des Landes nicht allzuviel geändert worden. Erst der Zentralismus, wie er unter Karl VI. einzusehen beginnt und von Maria Theresia und Josef II. durchgeführt wurde, mußte die Interessen-gegenstände zwischen Tirol und Oesterreich zum Bewußtsein der Tiroler bringen. Jetzt sehen denn auch entsprechende Klagen am Tiroler Landtag ein. Im Innsbrucker Landtag von 1790 bezeichnete einer der Abgeordneten es als größte Beschwerde, die er vorzubringen habe, daß man seit Maria Theresia auf keine Landesbeschwerde mehr höre, wie Tirols Eigentümlichkeit gar nicht mehr beachtete und es ganz wie andere Länder behandelte. Ein anderer Abgeordneter meinte damals: „Die Tiroler haben ihren eigenen Souverän, ihre eigenen Rechte, ihre eigene Verfassung, ihr eigenes Land. Es ist bloß zufällig, daß ihr Fürst auch noch andere Staaten beherrsche, es ist zwar schmeichelhaft für sie, daß sie einen so großen Monarchen, einen Beherrscher so vieler Provinzen zu ihrem Regenten ... haben, allein sie wollen die Ehre nicht so teuer, nicht mit dem Verlust ihrer fundamentalen Rechte bezahlen, worüber ihnen Gott und die Stände Bürgschaft leisten.“

Unter Kaiser Leopold und Kaiser Franz besserte sich das Verhältnis zwischen Wien und Tirol einigermaßen. Kaiser Leopold ermahnte den Wünschen der Tiroler Kluges Entgegenkommen und auch unter Kaiser Franz wußte man den Zentralismus wenigstens in ein

gefälligeres Gewand zu kleiden als unter Josef II. Jedem letzten damals die Kriegsanträge die Aufmerksamkeit von inneren Fragen ab.

Der Friede von 1805 bewirkte die Loslösung Tirols von Oesterreich und seine Verbindung mit Bayern. Schon zu wiederholten Malen waren im Laufe der Jahrhunderte Versuche unternommen, die alte Verbindung Tirols mit Bayern wieder herzustellen. Im 14., 15., 18. und 19. Jahrhundert lehren solche Versuche wieder, ohne dauernden Erfolg zu erzielen. Wie ist dies zu erklären, wenn, wie wir annehmen, die Verbindung Tirols mit Bayern dem Interesse beider Länder entsprach? Ganz allgemein wäre da zu bemerken, daß an sich der Verlauf der Geschichte nicht durchwegs eine Verwirklichung politischer Zweckmäßigkeiten darstellt. Macht geht jeweils nicht bloß vor Recht, sondern auch vor Vernunft. Andererseits muß man im Auge behalten, daß Tirol vor den Zeiten des Zentralismus seine Eigenart und seine Interessen zu wahren vermochte und daher keinen Anlaß hatte, an einer gewaltsamen Änderung des bestehenden Zustandes mitzuwirken. Es darf auch nicht übersehen werden, daß Ideen, die jenseits von Zweckmäßigkeitsüberlegungen liegen, den geschichtlichen Verlauf mitbestimmen. Die Idee der Treue zum Landesfürsten, eine Form der uralten germanischen Gefolgschaftstreue, hat das politische Verhalten der Tiroler beeinflusst; die Förderung der Landesinteressen und der Freiheit des Landes durch einzelne Fürsten, wie einen Friedrich mit der leeren Tasche, hat beigetragen, das Verhältnis zwischen Land und Fürsten innig zu gestalten. Weil der Landesfürst zugleich auch Herrscher über die österreichischen Länder war, ist die Anhänglichkeit der Tiroler an den Landesfürsten auch der Erhaltung der Verbindung mit Oesterreich zustatten gekommen.

Die Bayern ihrerseits verstanden es nicht, während der Zeit ihrer Herrschaft Sympathien im Land zu gewinnen, sondern taten alles, um den Tirolern die Wiederherstellung der österreichischen Herrschaft erstrebenswert erscheinen zu lassen. Die Verbindung der Bayern mit den verhassten Franzosen hat mehr als man bisher glaubte die Stimmung des Tiroler Volkes gegen Bayern aufgebracht; die Franzosen verabscheute man als alte politische Feinde und — seit der Revolutionszeit — als Feinde des christlichen Glaubens. Der bayerische Zentralismus eines Montgelas überbot den österreichischen in tödlicher Mißachtung der Eigenart des Landes und plumper Zertrampfung der Sonderrechte und Selbstbestimmungsrechte, die das freie Tiroler Volk schon seit dem Mittelalter für sich in Anspruch nahm.

Freilich, nach der Rückkehr der österreichischen Herrschaft, gab es große Enttäuschung. Die alte Tiroler Landesverfassung mit ihren freiheitlichen Bestimmungen wurde nur dem Schein nach wiederhergestellt; in der Wirklichkeit machte sich der öde, absolutistische Wiener Zentralismus breit. Jetzt begann man in Tirol anders



kation von falschem Gelde beschäftigt, nicht eine Unterlassung begehren habe, als er nach den Mitteilungen Rozmas die Unterjuchung gegen Windisch-Graetz nicht angeordnet habe, stellt der Ausschuss folgende Tatfachen zur Erwägung:

1. Teleki hat seine Mitteilung etwa drei Jahre vor den Mitteilungen Rozmas gemacht.

2. Teleki hat dem Ministerpräsidenten die Sache in dem Sinne erzählt, daß Windisch-Graetz gewisse Pläne begehren, von denen er jedoch auf die Ueberredung Telekis Abstand genommen habe.

3. Der Ministerpräsident habe trotzdem den Landespolizeichef Radossy angewiesen, der Sache sein Augenmerk zuzuwenden und eventuelle Geldfälschungspläne unbedingt zu verhindern. Der Ausschuss hat auch festgestellt, daß Rozmas anlässlich seiner Mitteilung den Namen des Prinzen Windisch-Graetz dem Ministerpräsidenten nicht erwähnte.

Auf Grund dieser Tatsachen ergibt sich selbstverständlich die Erklärung dafür, daß der Ministerpräsident, als er die Mitteilung Rozmas hörte, nach seinen eigenen Angaben nicht an das vor drei Jahren erfolgte Gespräch dachte und keine Ahnung hatte, daß zwischen beiden ein Zusammenhang bestehen könnte.

Der Ausschuss betont wiederholt, daß der Ministerpräsident keine Urteile zu der Annahme hatte, der Reichsfiskus Radossy werde die erteilte Weisung nicht ausführen. ... wenn der Ministerpräsident zwischen den Mitteilungen Rozmas und dem vor drei Jahren geführten Gespräch mit Teleki einen Zusammenhang gefunden hätte, so wäre die Betragung des Polizeichefs mit der Ausdehnung der Angelegenheit vollständig genügend gewesen.

Es kann festgestellt werden, daß Graf Bethlen seine Pflicht in vollster Weise erfüllt und die zur Verfügung stehenden Vorkehrungen in Ansehung der Angelegenheit in dem bestmöglichen Umfange, das das Verbrechen dennoch begangen wurde, das Vorhandensein einer

**politischen Verantwortung dem Ministerpräsidenten gegenüber nicht konstruiert**

werden kann. Der Ausschuss bezieht sich auch mit den Sokalfälschungen in den Jahren 1920 und 1921 und konstatiert, daß sie mit der Frankenfälschungsaffäre in keinem Zusammenhang stehen. Der Bericht schließt sodann mit dem bereits erwähnten Resümee.

**Ein Minderheitenbericht.**

Berichterstatter Rubinek unterbreitete gleichzeitig mit dem Bericht des Parlamentsausschusses in der Angelegenheit der Frankenfälschungsaffäre auch den Minderheitsbericht und das Separatvotum des unabhängigen Abgeordneten Parkas. Das Haus sprach sich für die dringliche Behandlung der Berichte aus.

Der Minoritätsbericht führt aus, die Geldfälschung müsse von einer geheimen Gesellschaft verübt worden sein, wie sie Baron Perenyi in seinem Brief an Bethlen erwähnt. Auch die Verteidigung durch den Bischof Zadrawecz spreche für das Vorhandensein einer geheimen Gesellschaft. Vom Gesichtspunkte der politischen Verantwortung sei der erste, der sich in die Aktion einschaltete, Polizeichef Radossy, der am Beginn der Untersuchung alle Verantwortung auf Windisch-Graetz zu schieben trachtete. Das zweite staatliche Amt, das in der Affäre gerät, sei das k. k. Hofkassendirektorat. Es sei notwendig, eine verlässliche Erscheinung, das in einem staatlichen Institut die Vorarbeiten zur Frankenfälschung länger als ein Jahr fortgesetzt werden konnten. Das dritte staatliche Amt in der Affäre sei das Außenministerium, das im Zusammenhang mit Jankovich in eine unangenehme Lage geraten sei. Diese hätte vermieden werden können, wenn die erste Informationen über die Affäre auch im Ministerium bekannt gegeben worden wäre. Auch Zadrawecz und Baroch seien öffentliche Funktionäre.

Die Leiter einzelner Staatsämter hätten sich Jahre hindurch mit Geldfälschungen beschäftigt und im staatlichen kartographischen Institut sei die Fälschung solcher Franken unter dem Schutze des Landespolizeichefs sogar öffentlich länger als ein Jahr erfolgt. Diese Tatsache allein genügt zur Feststellung der politischen Verantwortlichkeit der Regierung, denn bei entsprechender Kontrolle und Sorgfalt hätte Ungarn von diesem traurigen Ereignis verschont bleiben können.

Die volle politische Verantwortung traffe die Regierung auch dafür, daß Schulke und ein anderer fremder Staatsbürger, dessen Namen bisher nicht genannt ist, von der Fremdenpolizei nicht beobachtet wurden. Der Bericht bemängelt es, daß Graf Bethlen anlässlich der ersten Einvernahme im Ausschuss über die vom Grafen Teleki abgegebene Tatsache keine Angaben gemacht hat.

Das Minderheitsvotum des Abg. Balzong sucht den Nachweis zu erbringen, daß die Angestellten der kartographischen Anstalt den Einbruch haben mühten, an einer offiziellen Aktion mitzumachen.

Der Bericht befaßt sich dann mit der

**Sokalfälschungsaktion.**

Die Kiste mit den falschen tschechoslowakischen Banknoten, die von Reszaros nach Ungarn geschafft wurde, sei unter dem Schutze Radossys in die Villa des Prinzen Windisch-Graetz auf dem Rosenhügel befördert worden. Hiemit sei der persönliche Zusammenhang zwischen der Verbreitung falscher Sokalnoten im Jahre 1922 und der Frankenfälscheraffäre hergestellt. Der Bericht verweist sodann auf einen vertraulichen Bericht Gerö's, der Anspielungen enthält, daß es auch in Deutschland ähnliche Aktionen gab. Auch Baroch habe ausgelegt, daß Windisch-Graetz ihm mitgeteilt hätte: „Das ist eine deutsche Erfindung“. In seinen neueren Aussagen habe Prinz Windisch-Graetz zugegeben, daß es sich um eine deutsche Idee handle sowie daß Raba die Wahrheit gesagt habe, als er vor dem Untersuchungsausschuss erwähnte, daß Gerö eine Verbindung mit dem kartographischen Institut in München beauftragt habe hinzugefügt, er lege Wert darauf, dies zu erklären, erstens weil Windisch-Graetz nicht der intellektuelle Urheber der Fälschungspläne sei und zweitens, weil er es nicht als im Interesse Ungarns liegend betrachte, daß die ganze Last der Verantwortung auf Ungarn falle, obwohl die Urheber der Idee sich in Deutschland befänden.

Der Bericht spricht sodann die Vermutung aus, daß es sich bei dem ganzen Frankenfälschungsaffäre um die

**Umtriebe einer geheimen Gesellschaft**

handele. Raba habe am 5. Jänner als Ziel des ganzen Unternehmens nebst dem Dienste für die Irredenta auch die Unterstützung vaterländischer Vereinigungen und der patriotischen Presse, ja sogar die Ueberlassung einer bestimmten Geldsumme für Regenerationszwecke bezeichnet. Baroch habe ausgelegt, daß mit einem Teil des Erlöses der falschen Gelder die Athenäumdruckerei angekauft werden sollte.

Das Minoritätsvotum führt aus, daß Reszaros und Genossen die falschen Sokalnoten in Weiskeldorf bei Graf erzeugten. In dieser Angelegenheit haben Ministerpräsident Graf Bethlen und Justizminister Pesthy dem Ausschuss Aufklärungen erteilt. Dem Ministerpräsidenten zufolge, heißt es in dem Bericht, ist Reszaros am 30. Juni 1921 in Wien verhaftet worden und er habe sich bei dieser Sache nicht eingemischt, weil Reszaros und Genossen

**in Oesterreich die falschen Sokalnoten mit Wissen und Unterstützung gewisser dortiger Behörden angefertigt**

haben. Dem Ministerpräsidenten zufolge war es daher Sache Oesterreichs, dort ist die Freisetzung des Reszaros und die Einstellung der Angelegenheit erfolgt. Von entscheidender Wirkung war diesbezüglich ein Bericht der ungarischen Staatspolizei, der Details über die Mitwirkung gewisser österreichischer Behörden enthält. Dieser Bericht ist auf diplomatischem Wege der österreichischen Regierung mitgeteilt worden. In der Folge wurde die Angelegenheit in Oesterreich eingestellt. (Hierzu ist die Amtliche Nachrichtenstelle ermächtigt, zu erklären: Gegenüber diesen Darstellungen muß neuerlich auf die Erklärungen hingewiesen werden, die Bundeskanzler a. D. Schöber und Landeshauptmann Dr. Kintele in dieser Angelegenheit abgegeben haben, aus denen hervorgeht, daß von einer Unterjuchung der Sokalfälscher durch österreichische Behörden selbstverständlich nicht die Rede sein kann und in denen die Gründe für die Abolierung des Verfahrens gegen Reszaros und Genossen auf das Klarste dargelegt wurden.)

Der Ministerpräsident habe bloß davon gehört, daß Frau Reszaros vom Grafen Mikolaj Panffy einen Beitrag zu den Anwaltskosten erbeten habe, aber ob sie denselben erhalten habe, darüber konnte bloß Graf Panffy Auskunft erteilen. Justizminister Pesthy zufolge ist im Anschluß an die Wiener Angelegenheit auch in Budapest ein Verfahren gegen Friediger, Böttig und Genossen eingeleitet worden. Da die Angelegenheit in Wien auf dem Gnadenwege eingestellt wurde, ist am 26. Jänner 1923 auch gegen die „Budapester“ das Verfahren eingestellt worden. Die Begründung hierfür gibt der Ministerpräsident damit, daß die Sokalfälschungen noch auf das Jahr 1920 zurückzuführen, da man den Frieden von Trianon noch nicht unterjuchrieb hatte.

Falls Teleki dem Ministerpräsidenten mitgeteilt hat, was zwischen Teleki, Windisch-Graetz und Reszaros vorgefallen ist, so mußte der

**Ministerpräsident bereits seit drei Jahren darum gerufen**

haben, daß Windisch-Graetz sich mit Frankenfälschungen beschäftigt hätte und sich damals nicht damit begnügen dürfen, den Landespolizeichef anzuweisen, ein Augenmerk auf diese Angelegenheit zu haben, sondern hätte unverzüglich das Strafverfahren gegen Windisch-Graetz einleiten müssen. Der Ministerpräsident hätte an die Sokalfälschung und an den Zwischen-

mühungen zur Wahrung der Landesfreiheit Unterstützung bei der Krone. Jetzt ist auch diese Stütze in Wegfall gekommen.

Das Gefühlsmäßige spielt im politischen Leben eine größere Rolle als eine handwerksmäßige betriebene Parteipolitik sich träumen läßt. Die Abhandlung des Gefühlsmäßigen durch die Wiener Politik tritt gerade in der Südtirolfrage in Erscheinung. Die Haltung der Regierung in dieser Herzenssache der Tiroler wird dazu beitragen, daß man in Tirol den letzten Rest von Vertrauen auf Wien verliert; es wird den Tirolern klar werden, daß der künftige Anschluß Tirols aus Tirol nicht unter Wiener Führung und nicht einmal in Verbindung mit Wien und Oesterreich vollzogen darf. Tirol wird einsehen, daß es seine wertvolle Eigenart und seine Freiheit nur dann wahren kann, wenn es als selbständiges Land ins Reich heimkehrt.

**Der Pfannenflicker.**

Nichts zu flüchten, gute Leute? Blumen, Töpfe — meiner Frau, Alles mach' ich wieder neu! Schickt uns morgen nicht das Heute. — Taktat, taktat, immerfort, Heute hier und morgen dort. — Schneide Glas, verlitte Fenster — Weil ich selber glücklich bin, Bring' ich Glück ins Haus, Gewinn und verschleihe Nachtgespenster. — Taktat, taktat, immerfort, Heute hier und morgen dort. — Pfannen flücht' ich Fürsten, Grafen — flücht' mit des Königs Gunst Seinem Hof und voller Kunst Selbst des Königs goldenen Haufen. — Taktat, taktat, immerfort, Heute hier und morgen dort. — Alles gut? Ei! Seht! Ans Sterben Ruß ja glauben alt und jung — Raum zu sehen war der Sprung, Doch das Krüglein brach in Scherben. — Taktat, taktat, immerfort, Heute hier und morgen dort.

B. Del-Pero.

fall Teleki-Windisch-Graetz denken, den Mitteilungen Rozmas beziehungsweise Terenzio einen größeren Ernst zuschreiben und statt zu konfessionieren handeln sollen.

Auch dem Polizeichef Radossy hätte Misstrauen entgegengebracht werden müssen, in dem Augenblick, als es sich herausstellte, daß auch er Informationen über eine Geldfälschungsabsicht besitzt, ohne daß er darüber dem Ministerpräsidenten oder dem Innenminister Bericht erstattet hätte.

Der Minoritätenbericht gelangte zur Schlußfolgerung, daß sich die

**Regierung schwere Unterlassungen**

sowohl vom Gesichtspunkte der Prävention wie auch der Vertagung der Untersuchung zu Schulden kommen ließ. Besonders schwerwiegend sei, daß Windisch-Graetz trotz wiederholten Verhöres die Frage, ob die Regierung von dem Unternehmen gewußt habe, mit einem „Nein“ zu beantworten geneigt ist. Die Verantwortung belaste in erster Reihe den Ministerpräsidenten, in zweiter Reihe den Minister des Innern und den Staatssekretär des Ministerpräsidentiums, schließlich den Landesverteidigungsminister und den Justizminister.

Die Regierung, unter der eine solche Affäre vorkommen konnte, dürfe nicht weiter auf ihrem Platze bleiben. Die weitere Untersuchung müsse von einer mitinteressierten Regierung geführt werden, denn nur diese wäre geeignet, die volle Wahrheit unparteiisch aufzudecken.

**Eine Verhaftung in Frankreich.**

**Ein österreichischer Student als Verbreiter von falschen Frankennoten.**

W. Sieres, 23. Febr. Der österreichische Student Adolf Samuely, der falsche Banknoten verbreitete und in den Hotels von Sieres und Toulouse verschiedene Verfrägereien verübt hatte, ist hier verhaftet worden.

W. Sieres, 24. Febr. Der Student Samuely erklärte im weiteren Verlaufe seiner Vernehmung, er sei von München kommend am 12. Dezember über Straßburg in Frankreich eingereist. Er hatte 100.000 Franken bei sich und zwar 20.000 echte französische Franken und 80 falsche Noten zu je 1000 französische Franken, welche letztere er in Spanien in Umlauf setzen wollte. Er habe sich in Toulouse und Sieres aufgehalten und da ihm dort die Geldmittel ausgingen, sich entschlossen, nach Nizza abzureisen.

**Aus aller Welt**

**Die Fürstenabfindung in Deutschland.**

W. Berlin, 24. Febr. Am Rechtsausschuss des Reichstages beantragte Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.), daß vom Reichsfondsgerichte als Eigentum des Landes im voraus festzustellen und anzunehmen seien:

1. Alle Vermögensstücke, die von Mitgliedern ehemals regierender Häuser auf Grund von völkerrrechtlichen, staatsrechtlichen oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Titeln, insbesondere in den Zeiten der absoluten Monarchie erworben worden sind.

2. Alle Vermögensstücke, die auf Grund privatrechtlicher Titel erworben worden sind, wenn der Erwerb gegen Leistungen erfolgte, die nur kraft der staatsrechtlichen Stellung der regierenden Häuser bewirkt werden konnten oder wenn der Vorbesitzer das regierte Land oder eine dem regierten Lande angehörige öffentliche Körperschaft war oder wenn der Erwerb mit Mitteln einer öffentlichen Kasse oder gegen Vergabe von Vermögensstücken erfolgte, die nach diesen Grundsätzen selbst als staatliches Eigentum zu gelten haben würden.

3. Gegenstände, deren Besitz für das Land aus Gründen der Geschichte, der Kultur, der Volksbildung oder Volksgesundheit von Bedeutung ist, ferner Theater, Schlösser, Museen, Sammlungen, Parkanlagen und dergleichen.

4. Land- und Forstbesitz, soweit dieser für die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes oder für die Durchführung der staatlichen Aufgaben (Zielungsland-Abgabe an Kleinbauern, Städteverweiterungen, Schaffung von Erholungsheimen und dergleichen) von Bedeutung ist.

Ferner soll als § 5. eingefügt werden: Soweit nicht nach den Bestimmungen der vorherigen Paragrafen Vermögensstücke Eigentum des Landes werden, ist das Eigentum gegen Gewährung einer Rente auf das Land zu übertragen. Das Reichsfondsgericht setzt für jedes am 9. November 1918 lebende Mitglied der ehemaligen regierenden Fürstenhäuser eine Rente nach Billigkeit fest.

Der sozialdemokratische Antrag zu § 5 wurde mit 13 gegen 7 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.

**Im „Ordnungsstaat“ Italien.**

**Ergreifung einer Verbrecherbande.**

W. Rom, 24. Febr. Die „Tribuna“ meldet aus Palermo, daß in der Provinz Palermo eine Verbrecherbande von 164 Individuen aufgedeckt wurde, von denen nur 45 entkommen sind, während alle anderen bereits verhaftet werden konnten. Die Bande hat über 100 Verbrechen auf ihrem Gewissen und zwar mehr als 30 Morde. Die übrigen Verbrechen bestehen in Erpressungen, Diebstählen, Mordversuchen usw. Ein Duzend Pastors wurden requiriert, um die Verbrecher nach Palermo zu transportieren.

**Die Pariser gegen den Steuerdruck.**

W. Paris, 24. Febr. Der Verband der Pariser Lebensmittelhändler und die Nationalvereinigung der Gastwirte mit rund 600.000 Mitgliedern haben beschlossen, am 3. März die Geschäfte als Protest gegen die Steuererhöhungen und die ungleiche Steuerverteilung zu schließen.

**Die Amerikanische der Deutschen Städte.**

W. London, 24. Febr. Die „Times“ melden aus New York, daß die 15 Millionen-Anleihe für die deutschen Städte am Dienstag zu einem Zeichnungspreis von 94.75 aufgelegt wurde. Die Zeichnung wurde sofort nach der Eröffnung wegen starker Ueberzeichnung geschlossen.

Krieg dem Schlaf.

Schlaflosigkeitswettbewerbe in Amerika.

Aus New York wird geschrieben: Zwei amerikanische Uni-

versitätsprofessoren beschäftigten sich wieder einmal mit Versuchen,

wie lange und ob der Mensch den Schlaf entbehren kann.

Die Religionskämpfe in Mexiko.

23. Mexiko, 24. Febr. Die Schließung von katholischen Kirchen und Schulen

Die Staaten Veracruz und Puebla werden den mexikanischen Monarchen

Demonstrationen vor dem Regierungsgebäude.

23. Mexiko, 24. Febr. Nach den Demonstrationen bei der Kirche

Schuld- und Kollegengeldbefreiung für die Kinder der Bundesangestellten.

schlechten Befoldung der Bundesbeamten, sondern auch vom allgemeinen Gesichtspunkte

Militärische Nachrichten. Der Bundesminister für Seerwesen

Felssturz in Badgastein. In der sogenannten Straubinger Lehne

Ein mutiger 15jähriger Lebensretter. Aus Nied im Innkreis

Dem Bräuderchen drei Finger abgedacht. Zwei Knaben des Gesellenarbeiters

Der Vorschlag der Stadtgemeinde Linz für 1926 weist ein Gesamterfordernis

Die Gemeinde Wien als Steuereinnahmer. Wien, 24. Febr.

Aspirin-Tabletten Bayer die unübertroffenen Schmerzstiller

gesetzlichen Voraussetzungen fehlen. Solche Unterstützungen werden nur dann

Amnestie im Dolchstoßprozeß. München, 24. Febr. In einer Entscheidung

Die Ermordung einer Greisin durch ihre Liebhaber. Prag, 23. Febr.

Die Folgen der Sprachenverordnung in der Tschechoslowakei

Ein verhängnisvoller Zufall. Dresden, 24. Febr. Als heute vormittags

Jazzband in der Kirche. Berlin, 23. Febr. Die „Vossische Zeitung“

Im Flugzeug über den Mount Everest. Berlin, 24. Febr.

(Nachdruck verboten.)

Das Tal des Grauens.

Von A. Conan Doyle.

„Rein, Herr, White Mason ist ein tüchtiger Kerl.“ „Haben Sie sonst noch irgend etwas?“

3. Kapitel:

Das Drama von Birstone.

Das Dorf Birstone liegt am Nordrande der Grafschaft Suffex

Welle vom Ort erhebt sich in einem alten Park, berührt wegen seiner riesigen Buchen,

und eine fehnige, kraftvolle Gestalt, die nichts von der Elastizität

Auch seine Frau war bei allen, die sie genauer kannten, sehr beliebt.

(Fortsetzung folgt.)

licht bekanntgegeben hat, im nächsten Frühjahre den Mount Everest zu überfliegen. Calisto wird zu seinem Unternehmen ein eigenes konstruiertes Flugzeug benötigen, das bereits im Bau ist.

Ein schönes Beispiel deutscher Treue geben die Bewohner des Dorfes Haid bei Schweinitz in Thüringen, indem fast alle Einwohner, und zwar alle Männer, Frauen, Burschen und Mädchen dem Deutschen Kulturverbande als Mitglieder beigetreten sind. Die Ortsgruppe zählt 124 Mitglieder, alle genau soviel, als der Ort erwachsene Einwohner hat.

Autounfall der Frau des Erzherzogs Wilhelm. Berlin, 24. Febr. Bei Doorn ließ nach einer Meldung der „S. Z.“ am Mittwoch eine Straßenbahn mit einem Automobil zusammenstoßen, in dem sich die Gemahlin des Erzherzogs Wilhelm befand, die unverletzt blieb.

# Gerichtszeitung

## Ein betrügerischer Reisender.

Innsbruck, 25. Februar.

Der 40jährige Alexander Aigner aus Salzburg hatte sich gestern wegen nicht weniger als 24 Betrugsfällen zu verantworten. Den Kaufmann Franz Tomasek in Innsbruck besuchte im Juni 1925 Aigner und verpackte ihn auf eine Reise, die in einer Innsbrucker Tageszeitung erschienen war und die eine „hygienische Erfindung eines Tirolers“ erwähnte, nämlich eine „strenge hygienische Reiseausrüstung“, die ein gewisser Alexander Aigner erfunden haben soll. Wahrscheinlich wurde die Reise von Aigner selbst veranfaßt, denn die Angaben der Zeitungsmerke beruhten nicht auf Tatsachen und es konnte also außer Aigner niemand ein Interesse an der fingierten Reise haben. Unter Berufung auf die Zeitungsmerke gab sich aber Aigner als „Erfinder“ aus und suchte Tomasek zu bewegen, sich an der Auswertung der „Erfindung“ zu beteiligen. Aigner erzählte, er habe das „Musterstück“ der Bundesanwaltschaft in Innsbruck übergeben, weil das Verkehrsministerium dafür großes Interesse an dem Tag lege. Tomasek ließ sich bewegen, einen Betrag von vorläufig 150 Schilling zur Verfügung zu stellen und erklärte sich bereit, nach Vorlage der Patenturkunde einen größeren Betrag flüssig zu machen. Das erhaltene Geld verwendete Aigner für seinen Lebensunterhalt.

Aigner war auch mit dem Chauffeur Maurer bekannt und wußte, daß dieser seine beiden Jagdgewehre verkaufen wollte. Im August 1925 gab Aigner vor, er lasse ins Jillettal und könne die beiden Gewehre dort günstig verkaufen. Maurer übergab ihm die Gewehre und Aigner verpackte sie sofort bei einem Innsbrucker Wirt um 160 Schilling.

Als Reisender der Firma Hefenheimer in Innsbruck bekam Aigner teils Ware auf eigene Rechnung, teils hatte er nur Aufträge entgegenzunehmen. Seine Infanterie oder zur Erregung nur von Anzahlungen war Aigner nicht berechtigt; trotzdem ließ er sich von drei Bestellungen Beträge von zusammen 120 Schilling anziehen und verwendete das Geld für sich. Waren im Werte von 450 Schilling, die Aigner auf eigene Rechnung bezogen hatte, verkaufte er und blieb bei der Reisenden Firma bis heute schuldig. Die Reiburga C. A. E. in Kramsach kaufte durch Aigner von der Firma Hefenheimer Dederln und Seide im Werte von 18 Schilling. Bei einem späteren Besuche der Ennemofer den Umtausch einiger Dederln, die ihr nicht gefielen. Aigner sagte dies zu und nahm die Dederln, die einen Wert von drei Schilling hatten, mit sich. Außerdem zahlte ihm Frau Ennemofer den ganzen Rechnungsbetrag, in der Meinung, Aigner werde die zurückgegebenen Waren umtauschen. Aigner führte aber weder den von ihm zu unrecht kassierten Rechnungsbetrag ab, noch führte er den Umtausch durch, sondern verkaufte die Dederln einfach ein zweites Mal auf eigene Rechnung. Bei einem geschäftlichen Besuche des Pferrers in Brlegg ließ sich Aigner von diesem, unter der Vorpiegelung, er habe keine Briefstücke zu Hause liegen lassen, einen Betrag von 10 Schilling ausgeben, den er in drei Tagen zurückzahlen versprach, jedoch heute noch schuldig ist.

Vom April bis November 1924 war Aigner bei der Drucker- und Verlagsanstalt J. J. in Innsbruck angestellt. Er hatte insbesondere Inserate und Druckaufträge zu sammeln, für die er eine Provision von 20 bis 30 Prozent zu vereinbaren hatte. Die Provisionsbeträge wurden Aigner sofort nach Ueberbringung des Auftrages auf Grund der von ihm vorgewiesenen Bestellscheine ausbezahlt. Aigner hat nun in vielen Fällen fingierte Bestellscheine vorgezeigt, auf denen er die Unterschrift der Parteien nachgemacht oder ohne ihr Wissen deren Geschäftskampagnen aufgedruckt hatte. Dadurch erreichte Aigner, daß die Firma J. J. ihm um 200 Schilling mehr an Provisionen auszahlte, als er auf Grund der tatsächlich zu Recht bestehenden Aufträge zu fordern gehabt hätte.

Seinem Quartiergeber, dem Buchbinder Lusch, erzählte Aigner, er sei

ein vertrauter Freund des Bankiers Rothschild

in Frankfurt am Main, bei dem er ein Depot von Edelsteinen und Goldbarren besitze. Aigner ließ durchblicken, daß er durch finanzielle Unterlagen werde, damit dieser sein Geschäft vergrößern könne, auch versprach er Lusch, mit ihm nach Frankfurt zu Rothschild zu fahren. Da Aigner die Frankfurter Reise immer wieder hinausgeschob, fuhr Lusch selbst zu Rothschild und es gelang ihm auch tatsächlich, vorgezahlt zu werden. Der Bankier freute sich zwar sehr, einen Herrn aus Tirol kennen zu lernen, mußte ihn jedoch eröffnen, daß er weder Aigner kenne, noch dieser bei ihm ein Depot unterhalte. Noch vor der Frankfurter Reise Luschs hatte Aigner sich diesem erdösigt gerückt, eine Geschäftsanzeige im „Tiroler Wochenspiegel“ kostenlos einschalten zu lassen. „Der Ordnung halber“ sollte Lusch ein Formular unterschreiben. Auch mit diesem Bestellschein schickte Aigner die Firma J. J. um die Provision. Bei einer ganzen Reihe von anderen Aufträgen, die ein oder zwei Anzeigen betrafen, schickte Aigner die Bestellscheine auf größere Aufträge, um sich eine höhere Provision herauszuschlagen.

Im April 1925 trat Aigner eine Stelle als Reisevertreter der Verlagsanstalt Tyrolia an. Es oblag ihm die Anzeigenwerbung für verschiedene Zeitchriften. Auch der Firma Tyrolia überbrachte Aigner gefälschte und fingierte Aufträge, ähnlich wie im Falle der Firma J. J., um so Provisionen herauszuschlagen. Dadurch wurde die Verlagsanstalt um 240 Schilling geschädigt. Aber außerdem lockte Aigner noch dem Leiter der Tyrolia-Filiale Kuffner einen Betrag von 150 Schilling heraus; dabei gab er an, er habe eine schon ausfertigte Ueberweisung von Provisionsgeldern von der Zentrale zu erwarten und werde aus diesen Geldern den Betrag entnehmen. Auch einen Reiseleiter und eine Montafische kaufte Aigner bei der Kaufsteiner Filiale „auf Verrechnung“. Dann fuhr Aigner nach München und ließ sich auch noch von der dortigen Filiale einen Vorschuß von 34 Schilling ausbezahlen. In der Folgezeit ließ Aigner dann nichts mehr von sich hören. In München pumpte sich Aigner noch vom Verlagsinhaber Schiemer unter Berufung auf seine Anstellung bei der Tyrolia einen Betrag von 10 Mark und wendete sich dann nach Salzburg.

In Salzburg lebte Aigner überhaupt nur mehr von Betrügereien. Vom Spiritus des Welterhauses, Dr. P. R. M., borgte er sich 30 Schilling aus, ohne sie jemals zurückzugeben. Beim Arzt Dr. Schuchter nahm er ärztliche Behandlung in Anspruch, blieb

aber nicht nur das Honorar von 180 Schilling schuldig, sondern lockte diesem unter allerhand Vorpiegelungen auch noch einen Betrag von 14 Schilling heraus. Auch die Wirtin des Arztes schädigte Aigner um 35 Schilling. Er ließ sich von ihr diesen Betrag unter Hinweis auf einen von ihm selbst gefälschten Brief aus, in dem ihm die Auszahlung eines Betrages von einigen Millionen von einer Innsbrucker Bankfirma ausfertigt wurde. Auch gab er sich als Herausgeber einer Innsbrucker Zeitung aus, um mehr Vertrauen zu erwecken. Unter der Vorpiegelung, Redakteur zu sein und von Innsbruck Geld zu erwarten, entlich er sich „auf einige Tage“ 20 Schilling.

### Der „Herangeber“ des „Tiroler Sonntagsblatt“.

Dem Universitätsprofessor Dr. Abfalter in Salzburg stellte sich Aigner als Herausgeber des „Tiroler Sonntagsblatt“ vor und zeigte ihm eine Anweisung auf 500 Mark; momentan sei er aber in Geldverlegenheit und brauche ein Darlehen von 60 Schilling. Einige Tage wurde Dr. Abfalter um weitere 100 Schilling gedröpft. Im Juni 1925 nahm Aigner in Salzburg wieder eine Stelle als Provisionsreisender der Buchhandlung Neugebauer an. Seine Stelle nützte er aber wieder nur zu betrügerischen Handlungen aus. Ganz gleich wie bei den Firmen J. J. und Tyrolia schickte Aigner auch diesen Auftraggeber ein herausgeschwindeltes Provisionen in der Höhe von 120 Schilling. Auch kassierte er Gelder im Betrage von 170 Schilling ein und verwendete sie für sich.

Anlässlich eines Besuchs in Wien gab sich Aigner dem Kaufmann Eduard Sauer gegenüber neuerlich als Herausgeber des „Tiroler Sonntagsblatt“ aus und bewog ihn zur Ausgabe eines Inseratenauftrages. Aigner hob als Anzahlung 40 S ein, gab aber nicht einmal den Inseratenauftrag weiter. Bei seiner Abreise von Wien blieb er noch im Hotel die Zimmerrechnung in der Höhe von 42 Schilling zum Schaden des Portiers schuldig.

Einen gewissen Rufus Heider aus Alpbach machte Aigner um 70 Schilling leichter. Auch in diesem Falle gab er sich als Herausgeber des „Tiroler Sonntagsblatt“ aus. Der Kaufmann Hermann Egger büßt auf 15 S ein, die sich Aigner „zur Ausübung eines wertvollen Postfaches“ auf einige Tage ausbezogte.

Aigner legte in den meisten Straffällen vor dem Schöffengericht (Vorsth. O. B. Dr. Köllensperger) ein Geständnis ab. Der Angeklagte ist wegen Betruges und Veruntreuung schon fünfmal mit schweren Kerkerstrafen belegt worden. Die letzte Strafe wurde ihm im Jahre 1924 und neun Monaten bemessen. Nach Verhängung dieser Strafe, von der fünf Monate bedingt erlassen wurden, mußte sich der Angeklagte einer schweren Magenoperation unterziehen. Um die nach der Operation auftretenden Schmerzen zu lindern, griff Aigner zur Morphiuminjection und wurde schließlich

ein schwerer Gewohnheitsmorphinist.

Das Kettengefängnis lähnte seine ohnehin schwache Willenstraft vollends und so kam es, daß er bedenkenlos Verbrechen auf Verbrechen häufte.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Cecher, bemühte sich in einzelnen Fällen, die Schädigungsabsicht als nicht bestehend nachzuweisen und die geltend gemachten Ansprüche der Geschädigten als nur auf das Zivilrecht sich stützend zu verwerfen. Durch das Ausschreiben dieser Straftaten vermindert sich auch der Schaden etwas. Das Gericht nahm aber doch einen Schaden von über 1500 Schilling als erwiesen an und bemah die Strafe mit drei Jahren schweren Kerkers. Bedingt des Betruges zum Schaden des Arztes Dr. Schuchter in Salzburg, der Kuffner Filiale der Tyrolia und des Verlagsunternehmens Schiemer wurde Aigner freigesprochen. Der Beraterteilte abot sich Bedenkzeit.

### Strafverhöhnungen durch das Berufungsgericht.

Der 35jährige Hochstapler Emil Kollatt aus München, der unter der Vorgabe, Vertreter eines bedeutenden internationalen Finanzunternehmens zu sein, Kreditfugende in raffiniertester Weise um große Summen schädigte, wurde Ende des vergangenen Monats vom Schöffengericht zu einer Kerkerstrafe von fünfzehn Monaten verurteilt. Gegen dieses Urteil wurde vom Staatsanwalt Berufung eingelegt und Kollatt wurde gestern vom Berufungsgericht zu einer schweren Kerkerstrafe von zwei Jahren verurteilt.

Witte Jänner stand der letzte der Bande der „Glockenbohrer“, die im Jahre 1918 und anfangs 1919 die Gegend des Unterinntales und des Jillettals unsicher machten, der 35jährige Adolf Weigner, vor dem Schöffengericht. Er wurde in Anbetracht der langen Zeit, die seit dem 33 Einbruchsjahren, an denen Weigner beteiligt war, verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte der Staatsanwalt Berufung wegen zu geringer Strafe eingelegt und das Berufungsgericht verurteilte gestern Weigner zu einer Strafe von fünf Jahren Kerkers.

Späte Strafe für Viehhändler. Zur Verhütung des Rechtsanwaltes Dr. Fritz Berger in Landeck vom 18. d. M. werden wir unter Berufung auf das Brechtgesetz um die Aufhebung folgender Verurteilung ersucht: „Nichtig ist, daß Bahler am Verhandlungstage mit dem Auto des Mietautobestehers Pichler von Nied i. T. nach Landeck gefahren ist, wobei der um 6 Uhr 54 früh nach Innsbruck fahrende Personenzug verunfallt wurde. Nichtig ist, daß Bahler daraufhin am 8. März 30 vormittags in meiner Wohnung erschien und mich ersuchte, ihn in 1 1/2 Stunden nach Innsbruck zu fahren. Nichtig ist, daß ich dieses Verlangen rundweg ablehnte; richtig ist vielmehr, daß den Bahler der ausbezahlte Fahrpreis, trotzdem ich ein Drittel des tarifmäßigen Jahrespreises nachgelassen hatte, zu hoch war, weshalb sich die Verhandlungen zerlegten. Gustav Kristian, Mietautobestehiger in Landeck.“

# Landwirtschaft

(Tierzuchtanstellungen.) Der Tiroler Landeskulturrat teilt mit, daß folgende Anstellungen angemeldet sind, bei denen sich eine günstige Gelegenheit bietet, streng gezeigte, größtenteils mit Abstammungsnachweisen versehene, etwa 1/2 Jahre alte Zuchstiere der verschiedenen Tiroler Rassen und Schläge zu erwerben. 27. Febr. Hofjüngermännlein (Oberinntal) und graubraunes Tiroler Gebirgsvieh); 1. März Rind im Oberinntal (graues Oberinntaler, graubraunes Tiroler Gebirgsvieh, Zucht- und Schlachtvieh); 11. März Zell am Ziller (Unterinntal) Fleckvieh und graubraunes Tiroler Gebirgsvieh); 13. März Rottenberg (Unterinntal) Fleckvieh); 13. März Zwieselstein, inneres Deptal, 9 Uhr vormittags, und Au, Deptal, 3 Uhr nachmittags (Oberinntal) und graubraunes Gebirgsvieh); 15. März Rotholz (Unterinntal) Fleckvieh); 27. März Sulzmes (Oberinntal) und graubraunes Gebirgsvieh); 29. März Schwaz (graubraunes Gebirgsvieh und Luxer-Zillertaler); 29. März Wenna (Pitztal), 30. März Imst, 24. April Lans (Oberinntal) Gebirgsvieh); 27. April Mutters (Oberinntal) und Unterinntal) Fleckvieh). Der Tiroler Landeskulturrat teilt noch mit, daß voraussichtlich im Anschluß an die genannten Anstellungen noch weitere Stierföhren stattfinden werden. Weitere Anstellungsdaten sind von den zuständigen Berufsvereinigungen bis zur Stunde dem Landeskulturrat noch nicht mitgeteilt worden. Die Seuchenverhältnisse sind in Tirol als sehr günstig zu bezeichnen.

(Wiener Schweinemarkt.) Wien, 23. Febr. Der Anstieg auf dem Wiener Schweinemarkt betrug 931 Fleisch- und 5021 Fettschweine. Fleischnachfrage zu 1.80 bis 2.45, Fettschweine zu 1.80 bis 2.05, Verlehr lebhaft. Fleischnachfrage zuerst um 5 bis 10 g billiger, später zum Vorwochenpreise. Fettschweine um 20 g billiger.

(Wiener Pferdemarkt.) Wien, 23. Febr. Man notierte: Kutschperde 600 bis 1200, leichte Zugperde 400 bis 1200, schwere 600 bis 1400, Schlächterperde 0.65 bis 0.95, II. 0.45 bis 0.60, Wurftweh 0.20 bis 0.40 S. Verlehr lebhaft.

(Rohfuttermarkt.) Wien, 23. Febr. Die Zufuhr zum Rohfuttermarkt betrug 45 Wägen. Man notierte: Steirerklee 14 bis 18, Luzerne 16, Bergwiesenheu 13 1/2 bis 15 1/2, Talwiesenheu 12 1/2 bis 14, faures Heu 12 bis 13. Reichliche Zufuhr, lebhafter Marktverlehr. Klee um einen Schilling per Meterzentner billiger, Heu unverändert.

(Herabsetzung der italienischen Bahnfrachtarife für Viehtransporte.) Mit 1. März l. J. gilt auf den italienischen Bahnen ein neuer Tarif für Viehtransporte. Der Kilometer-Basistarif ist herabgesetzt für Pferde von 4 auf 2 Centesimi, für Rinder von 3 auf 1.5 Centesimi und für Schafe von 0.8 auf 0.5 Centesimi.

# Volkswirtschaft

## Eine Auslandsanleihe der A. E. G.-Union.

Wien, 24. Febr. (Brio.) Die Verhandlungen, die seit längerer Zeit behufs Erlangung eines großen Auslandskredits für die A. E. G.-Union geführt werden, sind zu einem Abschluß gelangt. In Zürich wird morgen bei dem Bankhaus Baur & Co. eine mit 7 Prozent hypothetisch sichergestellte Prioritätsanleihe der A. E. G.-Union in Wien im Betrage von 7 Millionen Schweizer Franken ausgesetzt werden. Die Emission der Anleihe erfolgt zum Kurse von 94 Prozent. Die Anleihe ist innerhalb 25 Jahren rückzahlbar und bis zum Jahre 1931 nicht kündbar. Der Erlös der Anleihe wird zum Teile zum Abbau der drückenden Bankschulden der Gesellschaft zum Teile zur Bewirtlichung des Arbeitsprogrammes derselben verwendet, was durch das obige Auslandsgeld jedenfalls erleichtert wird.

(Firmaprotokollierung.) Bei der Firma Anglo-Austrian-Bank Limited, Filiale Innsbruck, wurde folgende Veränderung eingetragenen: Eingetragene als Mitglied der Repräsentanz: Generaldirektor Jolian Hajdu, Wien, 18. Bezirk, Pöhlensdorferstraße 59. Geschäft als Mitglied der Repräsentanz: Paul Engel, Wien.

(Insolvenzen in Tirol.) Im Ausgleichsverfahren des Fiskus Hans Lang in Innsbruck wurde bei der Ausgleichstagung am 20. d. M. nur eine der beiden für die Annahme eines Ausgleiches erforderliche Mehrheiten erreicht. Der Ausgleichsplan hat seinen Ausgleichsvorschlag nie selbst geändert. Die Gläubiger, deren Forderungen kein Vorrecht genießen, erhalten zur vollen Befriedigung ihrer Forderungen eine Quote von 60 Prozent, zahlbar in 20 gleichen aufeinanderfolgenden Monatsraten, beginnend mit der ersten Rate zwei Monate nach der Annahme des Ausgleiches. Der Schuldner unterwirft sich der Wiedererwerbeklausel für alle Gläubiger. Die nächste Tagung wurde auf den 20. März 9 Uhr vormittags anberaumt.

(Verschiebung in den Insolvenzen.) Aus den Aufstellungen des Wiener Kreditorenvereines geht hervor, daß in der letzten Zeit immer mehr Bankrotfälle in der allgemeinen Geschäftslage betroffen werden. Während bis zum Herbst 1925 fast ausschließlich Kriegs- und Nachkriegsunternehmungen in Zahlungsunvermögen gerieten und liquidiert werden mußten, sind seit etwa fünf Wochen auch die älteren Firmen fast in Mitleidenschaft gezogen. Bis zum Ende des Jahres 1925 befanden sich unter den insolvent gewordenen Firmen etwa 25 Prozent vor dem Kriege gegründeter Firmen, gegenwärtig ist dieser Prozentatz bereits auf etwa 50 Prozent gestiegen. Allerdings zeigt die Zahl der Insolvenzen in Oesterreich in der letzten Zeit eine ständige Abnahme. Die Februarziffern sind neuerlich niedriger als die Jännerziffern und in der Höhe auch nicht annähernd mit den Februarziffern des Vorjahres zu vergleichen.

(Ergänzung der Gebührensverordnungen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds.) Wien, 24. Febr. Amtlich wird verkündet: Zur Erlangung der Gebührensverordnungen für Urkunden (Schuldenscheine, Kredit-, bezw. Pfandbestellungsurkunden) über Darlehen oder Kredite, die von öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften oder von gemeinnützigen Bauvereinigungen gewährt werden, muß dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds eine Erklärung vorgelegt werden, wonach sich die Darlehens(Akredit)nehmer verpflichten, auf den dem beginnenden Zweck dienenden Liegenschaften (Baurechten) binnen drei Jahren nach Errichtung der Urkunde, für die die Gebührensverordnungen in Anspruch genommen sind, Gebäude mit Kleinwohnungen denjenigen herzugeben oder Wohn- und Kleinwirtschaftswohnungen zu errichten und diese Liegenschaften (Baurechte) binnen zehn Jahren nach dem genannten Zeitpunkt ohne Zustimmung des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds nicht zu veräußern oder zu belasten; diese Erklärung hat auch die Zustimmung zu enthalten, daß die vorgenannte Verpflichtung als Realakt zugunsten des Bundes grundbüchlich eingetragen werde. Erklärungen der vorerwähnten Art sind gebührenfrei. Von der Vorlage der Erklärung wird abgesehen, wenn im Zeitpunkt der Kundmachung dieser Verordnung die vorgeschriebene Bestätigung des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds bereits ausgefertigt war.

(Das Fusionsbegünstigungsgesetz.) Wien, 24. Febr. Die Vorlage der Bundesregierung über das Fusionsbegünstigungsgesetz wird nach Einlagen der Räte der Kommission (Handels- und Arbeiterkammern), die mit 5. März befristet sind, ungeändert dem Nationalrat vorgelegt werden.

(Forderungen der Mineralölindustrie.) Wien, 24. Febr. In der heutigen Sitzung der Wirtschaftsausschüsse des Handelsauschusses wurden die Verhältnisse in der Mineralölindustrie erörtert. Es wurde der Wunsch nach Eliminierung des Rohölzölles, dessen Ertrags sehr gering sei, ausgesprochen. Weiter wurde gebeten, einen Weg zu suchen um die Automobilsteuer, die die Entwicklung des Automobilwesens und dadurch auch die Mineralölindustrie drückend belastet, auf ein erträgliches Maß herabzusetzen. Weiter wurde Beschwerde über die großen Schwierigkeiten bei der Auffüllung von öffentlichen Abzapsstellen geführt. Der Vorschlag wurde erachtet die Regierungskommission, in diesen beiden Fragen mit den Landesregierungen zu verhandeln. Schließlich wurden Beschwerden über die geringe Berücksichtigung bei staatlichen Lieferungen vorgebracht.

(Vor dem Abschluß der Handelsvertragsverhandlungen mit Ungarn.) Wien, 24. Febr. Wie der „Reichspost“ mitgeteilt wird, können die österreichisch-ungarischen Handelsvertragsverhandlungen praktisch als abgeschlossen angesehen werden. Der Erledigung harren nur noch einige formale Fragen, so daß der definitive Abschluß der Verhandlungen Ende dieser Woche oder spätestens Anfangs nächster Woche erfolgen wird. Die Verhandlungspunkte, in denen die Interessengegenstände der beiden Partner am stärksten aufeinanderstießen, nämlich die Frage des Weizen- und Weizenjollens, sind schon bereits vollkommen vereinigt, und zwar ist man sich beim Weizenjoll auf einen Satz von 30 Goldkrone geeinigt. Sollte sich jedoch im Laufe der Zeit aus diesem Joll ein tiefer greifender Schaden für die Volkswirtschaft ergeben, so wird man nach den getroffenen Vereinbarungen einen Weg finden, um eine Erleichterung herbeizuführen.

(Die deutsche Handelsbilanz.) Berlin, 24. Febr. Die Bilanz des deutschen Außenhandels ist auch im Jänner aktiv. Der Ausfuhrüberschuß im Jänner beträgt insgesamt 68 Millionen Reichsmark, der reine Warenverlehr 87 Millionen Reichsmark (gegen 36 Millionen Mark im Vormonat). Die reine Warenausfuhr

einjahr zeigt gegenüber dem Vormonat eine Verminderung um 50 Millionen Reichsmark. Zurückgegangen ist die Lebensmittelzufuhr um 19 Millionen, die Rohstoffeinfuhr um 27 und die Fertigmareineinfuhr um 3 Millionen Reichsmark.

(Ein deutscher Milliardenkredit für Rußland.) Berlin, 24. Febr. Das „Acht-Uhr-Abendblatt“ meldet: Die Verhandlungen über einen 100-Millionen-Kredit der deutschen Industrie an Rußland mit einer Laufzeit von vier Jahren sind im vollen Gange. Sie werden auf russischer Seite von der russischen Handelsvertretung in Berlin und anderen russischen Behörden unter Führung Stanomiatows, dem früheren Leiter der russischen Handelsvertretung und Initiator des Kapitalverkehrs, geleitet. Von den Banken werden hinsichtlich der Zinsverpflichtungen gewisse Schwierigkeiten gemacht, deren Beilegung jedoch zu erwarten ist, weil nach den Mitteilungen des Reichswirtschaftsministers die Reichsregierung hinsichtlich der Garantie der Kreditfähigkeit im Verein mit den Bändern bestimmte Verpflichtungen, und zwar bis zu 60 Prozent auf sich nehmen wird.

# Kurse und Börse

## Wiener Börse.

Wien, 24. Febr. Der Spekulation fehlte es an Anregungen und private oder ausländische Kaufaufträge lagen nicht vor, so daß das Geschäft mit einzelnen Realisationen und Deckungen erledigt war. Dann trat wieder Geschäftslage ein. In der Ruffie eröffnete die Mehrzahl der Effekten tiefer. Die Abgaben waren aber nicht drückend und die Kurse nicht nennenswert. Im Schranken herrschte gleichfalls lustlose Stimmung und die wenigen Umschlüsse erfolgten zu meist nur wenig geänderten Kursen. Das Geschäft stagnierte bis zum Schluß. Auf dem Anlagemarkte waren Renten meist begehrt.

## Schlussnotierungen der Wiener Börse.

(Alle Notierungen sind in Tausendern angegeben.)

Wien, 24. Febr. Böhmerlandanleihe 71.8; Mairants 2.28; Oesterreichische Goldrente 4.3; Oesterreichische Kronenrente 2.2; Donau-Save 76.2; Wiener Bauverein 106; Oesterreichischer Bodenkredit 168; Britisch-ungarische Bank 30; Zentralbank 22.4; Zentralboden 1.75; Oesterreichische Kreditbank 116; Ungarische Kreditbank 271; Anglo-Bank 138; Kroatische Eskompte 153.5; Niederösterreichische Eskompte 283; Kompost 11.9; Länderbank 145; Recurbank 86; Nationalbank 1.785; Wiener Unionbank 108.5; Bergproben 44.8; Zinsoftensabank 900; Donaudampfschiff 560; Ferdinands-Nordbahn 7,180; Graz-Köflacher 228; Staatseisenbahn 376; Südbahn 59; Korn Bau 7.6; Perlmöcker 1.770; Wienerberger 600; Viefinger 565; Allgemeine Bau 185; Auhig Chemische 1.450; Jungbunzlauer 4.600; Glafide 10; Städtstoff 218; Alpine Montan 255; Austria Email 231; Berg-Hütten 4.435; Enzesfelder 34; Felten 322; Finze 160; Fränk 38; Greinitz 123; Hutter, Schranz 316; Kobel Draht 125; Krain. Eisen 322; Krupp 201.4; Dittmar-Lampen 1.208; Goldhütte 1.050; Kima 100; Rothmüller 7; Schöller-Stahl 21.8; Waagner 162; Waffensabrik 50; Barcalomski 110; A. E. G. Union 66.2; Brown Boverie 152; Bereinigte elektr. 261; Celn 30; Siemens 91.9; Rundus 1.020; Bortois u. Fir 370; Timber 320; Galiz. Montan 18.1; Oberung. Kohlen 302; Salgo 441.9; Steir. Magnetit 26; Trifalfer 488.5; Betsch. Kohlen 639; Nech 70; Brunner Walf. 908; Daimler 4.41; Grayer Waggon 36.5; Heid Walf. 21.7; Hofherr, österr. 25.15; Hofherr, ungar. 108.5; Sigs. Lokomotiv. 122; Sommeringer 186; Jeleniemski 95; Leytam 145; Reufelder 1.630; Steyermühl 1.665; Janto 130; Gal. Karpathen 101.1; Galicja 860; Sedonica 120; Cosmanos 915; Berggroß 80; Rothlosteher 724; Leppich Haas 65.2; Schöller Jander 4.850; Eisenbahnverf. öst. 507; Eisenbahnverf. ung. 199; Eisp.-Baug.-Verh. 270; Sempert 150; Fundobligationen 14. bis 23. E. 78, 25j., 1. bis 5. E. 64; Linz. Tramw. 88.

## Wiener Saluten-Kurse.

Wien, 24. Febr. Amerikanische 707.80 Gold, 711.60 Bore; Belgische 32.16 (32.40); Deutsche 168.82 (169.22); Französische 26.30 (26.60); Italiensische 28.40 (28.60); Jugoslawische 12.43 (12.49); Polnische 91.25 (92.25); Schweizer 136.12 (136.92); Tschechische 20.9550; (21.0750); Ungarische 99.35 (99.75).

## Wiener Devisen-Kurse.

Wien, 24. Febr. Amsterdam 283.60 Gold, 284.60 Bore; Belgrad 12.46 (12.50); Berlin 168.70 (169.20); Brüssel 32.19 (32.31); Budapest 99.27 (99.57); Bukarest 2.9525 (2.9725); Kopenhagen 184.50 (184.90); London 34.4550 (34.5550); Madrid 99.93 (100.35); Mailand 24.45 (28.57); Newyork 708.15 (710.65); Oslo 132.55 (132.95); Paris 25.85 (26.01); Prag 20.9850 (21.0650); Sofia 5.15 (5.19); Stockholm 189.70 (190.30); Warschau 91.35 (91.85); Zürich 136.33 (136.83).

## Berliner Devisen-Kurse.

(In Goldmark für 100 Einheiten mit Ausnahme von Newyork und London für eine Einheit, Budapest für 100.000 Einheiten.)

Berlin, 24. Febr. Wien 59.11; Prag 12.416; Budapest 58.73; Holland 168.02; Oslo 89.79; Kopenhagen 109.01; Stockholm 112.23; London 20.397; Newyork 4.195; Italien 16.87; Paris 13.3250; Schweiz 80.73; Belgrad 7.37.

## Schlussnotierungen der Berliner Börse.

Berlin, 24. Febr. 1. Deutsche Schatz-Anw. 90.35; 4. bis 5. Deutsche Schatz-Anw. 0.3325; 6. bis 9. Deutsche Schatz-Anw. 0.33; Deutsche Reichsanleihe 0.355; 4pro. Bayer. Staatsanleihe 0.35; Anatol. Eisenbahn 10.50; Hamb. America Paketf. 131.62; Hamb. S. America 101; Hanja Dampfsch. 139.50; Nordd. Lloyd 129.73; Darmstädter Bank 128; Deutsche Bank 127; Disconto 121; Dresdener 115.50; Reichsbank 157.25; A. E. G. 96; Augsb. Nürnberger Walf. 7.70.50; Badische Anilin 75; Bergmann Elektr. 82.75; Bing 45; Bodum 85.5; Daimler Motoren 34; Deutsche Waffen 63.50; Donnersmarkt 5. 62.75; Deutsch-Luxemburg. Bergw. 88.87; Faber Bleistift 71.50; Geleisenfabrik Bergwerk 89.25; Hirsch-Kupfer 86; Harburg Gummi 52; Harpener Bergbau 107.75; Höchster Farben 126.75; Hohenlohe 11.87; Laurahütte 35.25; Rheinische Metallwaren 20.50; Rammesmaun 85.50; Phönix Bergw. 76.12; Schudert El. 81.25; Siemens und Halske 100.50; Deutsche Kali 117; Rombacher Hütte 21.62; Gesellschaft für Elektro 130; Bayerische Vereinsbank 120.75.

## Schlussnotierungen der Münchner Börse.

München, 24. Febr. Bayer. Handelsbank 74; Bayer. Hypothekenbank 82; Löwenbräu 175; Haderbräu 119; Schwärze 84; Münchener-Dachauer-Papier 45.80; Kraus Lokomotiven 42.

## Südtischer Devisen-Kurse.

Zürich, 24. Febr. Berlin 123.7250; Holland 208.10; Newyork 519.50; London 2526.75; Paris 19.-; Mailand 20.8750; Prag 13.39; Budapest 0.007285; Bukarest 2.20; Belgrad 9.13; Sofia 3.75; Wien 73.20; Brüssel 23.62; Kopenhagen 135.-; Stockholm 130.05; Christiania 112.-; Madrid 73.20; Buenos Aires 212.50.

# Vereinsnachrichten

**Academische Tiroler Heimatgruppe.** Donnerstag abends 8 Uhr Ausschussung im Gasthof „Schwarzer Adler“, Saggengasse.  
**Alt-herren-Verband der akademischen Sängerschaft „Staden“.** Donnerstag A.-H.-Abend im Gasthof „Hellenstolner“.  
**Acad. Burschenschaft der „Pappenheimer“.** Donnerstag 8 Uhr c. t. A. H. C. auf der Bude.  
**Freier Radiobund, Ortsgruppe Innsbruck.** Donnerstag Vereinsabend im Hotel „Sonne“, Zimmer 6.  
**Männergesangverein Prabl.** Donnerstag Probe.  
**Verein der Wiener und Niederösterreich. Rittwoch, 3. März, 1/8 Uhr abends, im Großgasthof „Grauer Bär“ (Glasveranda) ordentliche Generalversammlung. Eventuelle Anträge hierzu sind bis längstens Montag im Vereinsheim Cafe „Diener“ einzubringen.**  
**Randolinen- und Gitarrenklub.** Donnerstag abends 8 Uhr Vollprobe im Klubheim Gasthaus „Weißes Röhl“.  
**Verein der Deutschen aus Böhmen.** Donnerstag Vereinsabend im Gasthof „Sailer“, Baumgasse. Gefeiene Bürger mitbringen.  
**Krautentasse selbständiger Handels- und Gewerbetreibender.** Freitag abends 8 Uhr Vorstandssitzung im Gasthof zum „Goldenen Hirschen“, Seilergasse.

**Bund der Industrieangestellten, Ortsgruppe Innsbruck.** Donnerstag abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Eingang Saturnerstraße Nr. 2, roter Saal, Vortrag über „Wege zur Schönheit und Kraft“ mit Lichtbildern. Vortragender Fachlehrer Hr. Abg. Prantl.  
**Acad. Sektion Innsbruck des D. u. O. A. B.** Donnerstag 9 Uhr c. t. Sektionsabend beim „Brennöhl“ (Bürgerzimmer).  
**Acad. Alpiner Verein.** Donnerstag halb 9 Uhr i. t. Vereinsabend auf der Bude. Lichtbildvortrag B. B. Cartellieri: „Silvretta-Bergfahrten“.  
**Deutsch-alpine Gesellschaft „Melzetaappen“.** Donnerstag Kneipe im Vereinsheim Cafe „Baumann“.  
**Alpiner Klub „Karmadler“.** Donnerstag abends halb 9 Uhr Klubabend im Gasthof „Alt-Steinprugg“.  
**Oesterreichischer Gebirgsverein.** Donnerstag abends ordentliche Jahreshauptversammlung im Vereinsheim „Weißes Kreuz“. Gleichzeitig Ausstellung der Pläne für die im Bau befindlichen neuen Schutzhütten.  
**Deutsch-alpine Gesellschaft „Alpiner“.** Donnerstag abends 8 Uhr Wochenkneipe im Vereinsheim Gasthof „Goldenes Röhl“, 1. Stock.  
**Deutsch-alpine Gesellschaft „Bergbrüder“.** Donnerstag abends 8 Uhr Wochenabend im Vereinsheim, Rod ausstehende Vorträge werden erwartet.  
**Alpine Gesellschaft „Wettersteiner“.** Donnerstag Wochenabend im Gasthof „Sailer“.  
**Alpenklub „Tirol“.** Donnerstag abends 8 Uhr Klubabend im Klubheim „Saginger“, Anatomiestraße.  
**Deutsch-alpine Gesellschaft „Raffstätter“.** Donnerstag abends Abschiedskneipe des Bergbrüders Zwiefinger im Gasthaus „Grüner Baum“.  
**Sportklub „Tirol“.** Donnerstag abends halb 9 Uhr Vereinsabend im Cafe „Weiß“. Vorbereitungen für die Generalversammlung.  
**Tiroler Rad- und Rennfahrervereinigung.** Donnerstag Klubabend im Vereinsheim „Steden“.  
**Deutschösterreichische Turngemeinde Innsbruck.** Donnerstag und Freitag kein Turnen wegen Reinigung der Halle. Samstag Unterhaltungsabend beim „Audenhofer“. Nächste Turnstunden am Montag den 1. März von 6 bis 7 Uhr für Schülerinnen, von 8 bis halb 10 Uhr für Turnerinnen.  
**Turnverein Hall 1862.** Donnerstag halb 8 Uhr abends ordentliche Jahreshauptversammlung in Seidners Brauhaus.

# Antworten der Schriftleitung

? „Eingabe“: Sie mühten sich schriftlich oder mündlich an das Bezirksgericht wenden, das Ihnen auch über die Stempelpflicht Auskunft gibt.  
? A. B. in W.: 1. Wir haben bereits eine Notiz darüber gebracht, daß das Verbot, Kinder auf Bahnrädern mitzunehmen, von der Landesregierung aufgehoben werden wird. Durch diese Verfügung sind mit Ihrer Zustimmung viele andere, die uns in dieser Sache zugehen, überholt. 2. Ihr Urlaubsantrag wird durch die 14tägige Unterbrechung wohl nicht geschädigt. Das läßt sich im gütlichen Einvernehmen am besten regeln.  
? „R. M. in Teils“: Die Bearbeitung des Bauholzes dürfen Sie ohne weiteres vornehmen, doch müssen die Zimmermannsarbeiten beim Bau unter Aufsicht eines konzessionierten Baumeisters stehen.  
? „Schlafwagen 2. Klasse“: Es kostet die Fahrt Innsbruck—Paris Schlafwagen 2. Klasse 101 S. 7.35 Goldfranken, 7.85 Schweizer Franken, 92.15 französische Franken. — Wien—Paris 157.30 S. 14.30 Goldfranken, 7.85 Schweizer Franken, 92.15 französische Franken.  
? „Oh-Schweiz“: Wenn Sie die gewünschten Adressen im Bundes-Postbüro, Raurerstraße, oder in einem Adressenbüro nicht erhalten, so wenden Sie sich an das österreichische Konsulat in Zürich, Rämistrasse 7.  
? „D. G.“: 1. Diese Frage kann Ihnen einwandfrei das Landesgesundheitsamt (Landesregierung, Abt. II b) beantworten. Schmelzhüter gibt es in Mehrzahl bei Briglegg, Obidos, ein Thermofofen in Hintertux, röhrenartige Bäder in Weillombrunn, Heiligenkreuz, St. Moritz im Obodenwald, ein Moorbad in Rißbüchel 2. Seidene Stoffe reinigen sich vorzüglich in Kartoffelwasser aus rohen, geriebenen und ausgepreßten Kartoffeln.

# Austria-Tanz-Palast ! Heute der beliebte Familienabend ! mit dem großen Großstadt-Tanzprogramm

**Achtung! Praktische Neuheit Achtung!**  
**für Fabriken, Kaufleute und Gewerbetreibende!**  
Kein langwieriges Anbringen von Schildern und Aushängeschildern, sondern direktes Beschriften der Gegenstände mit unserem gesch.  
**Zedko-Numerationsstusch**  
wie: Glas, Porzellan, Stahl, Eisen, Gold, Silber, Horn, Galalith, poliertes Holz, Hartgummi usw.  
Trocknet sofort! Ist rostfrei.  
Haltet fest und ist, wenn nötig, mit einem benutzten Lappen sofort und spurlos wieder zu entfernen.  
Versuchen Sie unseren Zedko-Numerationsstusch in rot, schwarz, blau oder weiß. Beim Beschriften harter Stoffe verwenden!  
1 Probeflasche S 1.99 ab Lager Wien gegen Vorauskassa oder Nachnahme.  
**Paul Zehndner & Co., Wien.**  
VI., Gumpendorferstraße 34.  
Vertreter gesucht!

**Gärtner verdienen mehr**  
mit ihrer Arbeit und erzielen nicht großen Absatz, wenn sie extra-schönen Gemüse besonders frühzeitig auf den Markt bringen. Verlangen Sie die kostenlose Zusendung unseres reichhaltigen, reich-illustrierten Kataloges mit zahlreichen Denkschriften. Schreiben Sie noch heute an  
**Samen- und Pflanzenzüchtung Jak. Ziegler's Söhne, Salzburg.**  
Geschäftsbestand seit 1860 bürgt für Reinität unserer Lieferungen. Herr Viktor Buchstätter, Gärtner in Feldbach, Steiermark, schreibt: „Ihr Karbol-Hilfsmittel war eine Riesenernte. Meine Rosen mit 1 1/2 kg. Frühhaut Ziegler's Rosen war am drei bis vier Wochen früher fertig wie bei anderen Gärtnern.“

**Geschäftslokal**  
mit schöner *Auslage*, in zentral gelegener Straße, baldmöglichst zu mieten gesucht.  
Offerte unter „Günstig 5657“ a. d. Verw.  
**Eingeführte Agentur in Bregenz sucht Vertretung**  
Büro mit Telephonanschluß steht eventuell zur Verfügung.  
Zuschriften an Germania „Nr. 50“, Bregenz.

**Haarausfall und Wochenbett!**  
An den Silvikrinvertrieb.  
Ihr Silvikrin habe ich in einem Falle von überaus starkem Haarausfall nach einer Entbindung angewendet und wenn es ja auch bekannt ist, daß diese Fälle oft auch von selbst wieder sich bessern, so scheint mir doch das innerhalb einer Woche feststellbare völlige Aufhören des Haarausfalles auf die Anwendung von Silvikrin zurückzuführen zu sein. Einen Fall von Alopecia areata habe ich gebessert gesehen. Nun hätte ich noch einige Fälle, weshalb ich um weitere Sendungen bitte. Ergebenst  
Dr. Erich N., Gemeindevater E.  
Solche und ähnliche Urteile erhalten wir täglich und bezeugen die erstaunliche Wirkung der Silvikrin-Präparate, die auf Grund wissenschaftlicher Forschung hergestellt sind.  
1 Packung Silvikrin-Haarpflege mit allem, was zur rationalen Haarpflege nötig ist, S 7.-, 1 Einzeltasche Silvikrin-Shampoo 30 g, 1 Großtasche S 1.-, Erhältlich in allen größeren Apotheken und Drogerien. Generaldepot: Andreas-Hofer-Apotheke, Innsbruck.

**Staatlich geprüfte Fieberthermometer**  
Wärmekissen, Wärmeflaschen, Irrigatoren u. a. Hunderte einschlägige Artikel finden Sie sehr günstig bei  
**Ludwig Tachezy, Innsbruck.**

**Alle Artikel zur Körper- u. Schönheitspflege**  
finden Sie in bester Wahl bei  
**Ludwig Tachezy, Innsbruck.**

**Tiroler Landes-Lagerhaus- und Expeditions-Gesellschaft m. b. H.**  
**Öffentliches Lagerhaus, Innsbruck.**

**Versteigerungsedikt.**  
Am 26. Februar l. J. werden öffentlich versteigert:  
Sonntags 8 1/2 Uhr, Zollerstraße Nr. 1, part., ein Kabiner, verschiedene Stoffe, Böden, Kleider, Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände.  
Schillerstraße Nr. 4 (Keller), vier aufgerichtete Betten und einige Einrichtungsgegenstände.  
Dienstags 2 Uhr, in Gärberhof, S.-Nr. 46, drei Kühe, zwei Kälber, zehn Schüner, eine Jentmaschine mit 100 Liter Stundenleistung, eine Nähmaschine und andere Gegenstände.  
**Bezirksgericht Innsbruck**  
Zustell- und Exekutionsabteilung,  
am 24. Februar 1926.  
Meha, Kanzleidirektor.

**Heimatrecht**  
(Am und Ausland), Dokumentenbeschaffung, Papiere und Papierelegenheiten, Konz. Titul., Konz. Innsbruck, Maria-Theresien-Str. 20, 40 c  
**Bubikopf schneiden**  
Damenfrisieren gratis  
ab heute jeden Montag, Dienstag, Donnerstag um 8 Uhr abends im Gewerbe-Verkehrsbüro, Innsbruck, Weinbühelstraße Nr. 12, 2. Stock, Friseurgeschäft, 2847  
**Feichtinger**  
Verkaufszentrale für Tirol von: Glitzer- und Pfalz-Nähmaschinen, Puch- und Vorkopp-Fahrräder, Puch- und Frers-Motorräder, Automobile, Fahrradgummi, Grammophon, Milchenträger, Reparaturwerkstätte, Billigste Einkaufsquelle für Wiederverkäufer, 1251  
**Josef Feichtinger, Innsbruck**  
Maria-Theresien-Str. 42, Filiale Kufstein

Auf Grund der Bestimmungen des § 31 der Betriebsordnung gelangen am 4. März 1926 um 10 Uhr im Landes-Lagerhaus, Sterzingerstraße 1, größere Mengen Wasserwagen, Holzstäbe, Rehschere, 11 Sportherde und 1961 Tenderschrauben zur  
**öffentlichen Versteigerung.**  
Die Ausrufspreise und sonstigen näheren Bedingungen können im Landes-Lagerhaus eingesehen werden.  
Die Versteigerung der Güter ist bis mit 3. März 1926 auf fallweisen Antrag jederzeit, eine Stunde vor Beginn der Versteigerung allgemein freigegeben.  
R 258

**Dauer-Existenz**  
findet technisch gebildeter Herr, repräsentative Erscheinung, mit feinmechanischen Apparaten vertraut, in den Alpenländern nachweisbar beim Handels-u. Gewerbebetriebe eingeführt. Offerte mit Lichtbild und Zeugnisabschriften unter „Mitarbeiter Nr. 5639“ an die Verwaltung dieses Blattes.

**Insolvenz-Verhütung,**  
Wirtschaftsfragen usw., nur Fachmann kann helfen. Diskreteste Behandlung. Vertreter eines Wiener behördlich konzessionierten Kommerzialbankers Sonntag, den 28. Februar, hier, Adresse an den Anskunftstafeln unter Nr. 3590. **Kostenlose Auskünfte.** Auf Wunsch komme ich überallhin.

